

Editorial

Die „Mitteilungen“ des Jahres 2021 stehen ganz im Zeichen wichtiger Jahres- und Erinnerungstage der Geschichte der Arbeiterbewegung: Nachdem am 18. Januar 1871 das kaiserliche Deutsche Reich von Bismarcks Gnaden mit Blut und Eisen in Versailles geschmiedet worden war, erhob sich die Arbeiterklasse in Paris zur Pariser Kommune. Die 99-tägige Revolution hinterließ der Nachwelt nicht nur die „Internationale“, sondern auch mutige Bekundungen der Solidarität, auch und gerade von der deutschen Arbeiterbewegung. 1871 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie Friedrich Ebert geboren. An Rosa Luxemburg erinnert Eckhard Müller mit einem von ihm selbst transkribierten Dokument aus der Feder von Marie Geck, der linken Sozialdemokratin und Briefpartnerin von Rosa Luxemburg. Friedrich Eberts kürzlich verstorbener Enkel Prof. Dr. Georg Ebert gehörte zu den Gründungsmitgliedern unseres Förderkreises, der am 6. März 1991 aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung und weiteren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der historischen Forschung und Lehre, dem Bibliotheks- und Archivwesen hervorging. Das Interview mit Dr. Inge Pardon erinnert mit vielen Details an die Gründungszeit des Förderkreises vor exakt 30 Jahren und ist gewiss ein ganz besonderes zeitgeschichtliches Dokument. Prof. Dr. Günter Benser, von 1992-2011 Vorsitzender des Förderkreises, durfte am 12. Januar 2021 seinen 90. Geburtstag feiern. Auch an diesem Heft wirkte er wieder durch mehrere Beiträge mit, zum Beispiel durch eine Besprechung des Buches von Heinz Niemann „Kleine Geschichte der SED“. Die 75. Wiederkehr der Gründung der SED, am 22. April 1946 von Sozialdemokraten und Kommunisten gebildet, wird uns in diesem Jahr ganz sicher weiter beschäftigen. Es jähren sich außerdem die Märzkämpfe in Mitteleuropa vor 100 Jahren, die Gründung der SAP vor 90 Jahren und der faschistische Überfall auf die Sowjetunion vor 80 Jahren.

Archive, Bibliotheken und Erinnerungsstätten der Arbeiterbewegung nehmen in unserem Heft 59 einen erfreulich breiten Raum ein. Auch die Zukunft der BStU-Unterlagen wird bewertet. Der Geschäftsbericht des Jahres 2020 dokumentiert das Wirken unseres Förderkreises unter den letztjährigen schwierigen Bedingungen. In Zeiten der Corona-Pandemie glauben wir ein interessantes Literaturangebot unterbreitet zu haben. Bleiben Sie gesund!

Herausgeber und Redaktion

Inhalt

Editorial	1
90 Jahre und kein bisschen leise. Prof. Dr. Günter Benser zum 90. Geburtstag <i>Holger Czitrich-Stahl</i>	7
Aus den Archiven	11
Das Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes, des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und zur Einrichtung einer oder eines SED-Opferbeauftragten <i>Günter Benser</i>	11
Erschließungsarbeiten, Internetpräsentation und Bestandszugänge der SAPMO-BArch <i>Günter Benser</i>	15
Das SEW-Archiv <i>Gerhard Seyfarth</i>	16
Die Sammlung der Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution <i>Charlotte Großmann</i>	17
Das Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann- Gesellschaft e. V. <i>Christoph Stamm</i>	22
Bibliotheken und Erinnerungsstätten	27
Die Biografische Bibliothek in Berlin-Neukölln <i>Katinka Krause</i>	27
Die Herstellung des Lernortes Prager-Haus <i>Peter Franz</i>	28

Das Institut für Historische Sozialforschung <i>Florian Wenninger</i>	31
Besondere Zeitdokumente	35
Marie Geck: Zum Gedächtnis Rosa Luxemburg's <i>Entziffert und vorgestellt von Eckhard Müller</i>	35
Minna Faßhauer – Volkskommissarin für Volksbildung und Volks- wohlfahrt während der Novemberrevolution im Land Braunschweig <i>Heide Janicki</i>	39
Lazar Fundo 1935 zur Herausbildung der KP Albanien <i>Erwin Lewin</i>	43
Berichte	53
30. Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv am 19. November 2020 <i>Günter Benser</i>	53
50 Jahre IALHI	54
Die Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“ 2018-2021 <i>Bernd Hüttner</i>	54
„Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewe- gung“ und Zeitschrift „Arbeit–Bewegung–Geschichte“: Historische Forschung zwischen alten und neuen sozialen Bewegungen <i>Fabian Bennewitz / Ralf Hoffrogge</i>	57
Neues aus der Forschung	61
Verbrechen in Albanien, Ehrung in Oberbayern. Ein Beitrag zu Verbrechen und Tradition der Gebirgstruppe auf Grundlage des neu erschienenen Buches „Erinnerung Ehrung Leug- nung. Kontinuitäten rechter Traditionspflege in Oberbayern“ <i>Max van Beveren</i>	61

Aus dem Vereinsleben	65
Geschäftsbericht 2020 des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V.	65
Dr. Jürgen Stroeck zum 90. <i>Günter Benser</i>	70
Prof. Dr. Adrian Piper erhält den Kaiserring der Stadt Goslar	72
Nachruf Prof. Dr. Georg Ebert (26.1.1931–11.12.2020) <i>Holger Czitrich-Stahl</i>	72
30 Jahre Förderkreis	75
Interview mit Dr. Inge Pardon	75
Buchbesprechungen & Literaturhinweise	93
Vera Bianchi: Feministinnen in der Revolution. Die Gruppe Mujeres Libres im Spanischen Bürgerkrieg, 2. überarb. Auflage, Unrast Verlag, Münster 2020 <i>(Yvonne Rauter)</i>	93
Florence Hervé: Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist. Verlag Dietz, Berlin 2020 <i>(Holger Czitrich-Stahl)</i>	95
Reinhard Rürup: Revolution und Demokratiegründung. Studien zur deutschen Geschichte 1918/19, herausgegeben und mit einem Nachwort von Peter Brandt und Detlef Lehnert, Göttingen (Wallstein) 2020 <i>(Rüdiger Hachtmann)</i>	96
Ronald Friedmann (Hrsg.): Was wusste Thälmann? Unbekannte Dokumente zur Wittorf-Affäre, Karl Dietz Verlag, Berlin, 1. Auflage, 2020 <i>(Elke Reuter)</i>	100

Oliver Reschke: Der Kampf der Nationalsozialisten um den roten Friedrichshain 1925-1933. 2. Auflage, Berlin 2020 (<i>Axel Weipert</i>)	102
Horst Groschopp: Weltliche Schule und Lebenskunde. Dokumente und Texte zur Hundertjahrfeier ihrer praktischen Innovation 1920 (<i>Holger Czitrich-Stahl</i>)	104
Mario Candeias (Hrsg.): Klassentheorie. Von Making und Remaking, Argument Verlag, 2021 (<i>Bernd Hüttner</i>)	106
Ingo Stütze (Hrsg.): Work-Work-Balance. Marx, die Poren des Arbeitstags und neue Offensiven des Kapitals, Dietz Berlin, 2020 (<i>Jürgen Wasem-Gutensohn</i>)	107
Bernd-A. Rusinek, Der Fall Greifeld, Karlsruhe – Wissenschaftsmanagement und NS-Vergangenheit, KIT Scientific Publishing, Karlsruhe 2019 (<i>Ridvan Ciftci</i>)	109
Gerhard Feldbauer: Mussolini und kein Ende? Die Saat ist fruchtbar noch. PapyRossa Verlags GmbH, Köln 2020 (<i>Siegfried Prokop</i>)	111
Günter Benser: Zeitsprung. Tagesnotizen 1948 und 2018. Mit einem Geleitwort von Jürgen Hofmann, edition bodoni, Berlin 2021 (<i>Walter Schmidt</i>)	114
Heinz Niemann: Kleine Geschichte der SED. Ein Lesebuch, verlag am park in der edition ost, Berlin 2020 (<i>Günter Benser</i>)	116
Baudenkmal bundesschule bernau e. V. (Hrsg.): Der Architekt Georg Waterstradt – Ein Lebensbild, 2020 (<i>Holger Czitrich-Stahl</i>)	118
Inhaltsverzeichnis „Beiträge ...“ 4/2020	121

90 Jahre und kein bisschen leise.

Prof. Dr. Günter Benser zum 90. Geburtstag

Prof. Dr. Günter Benser beging am 12. Januar 2021 seinen 90. Geburtstag. Das beinahe biblische Alter sieht man dem langjährigen und dienstältesten Vorsitzenden unseres „Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ mitnichten an. Noch immer vermag Günter Benser mit Scharfsinn Entwicklungen in Sachen SAPMO oder historische Prozesse zu analysieren oder Diskussionen zu strukturieren. Und das immer mit einer Seelenruhe und einer gesunden Portion Humor, die ihresgleichen suchen.¹

So wie Günter Benser nun sein 90. Lebensjahr vollendet, vollendet unser Förderkreis am 6. März 2021 sein 30. Lebensjahr. Es ist müßig zu erwähnen, dass die Begehung dieses Jubiläums auf das Engste mit Günter Bensers Wirken verknüpft ist, denn während der Umbruchprozesse in der DDR seit dem Herbst 1989 vollzog sich auch auf demokratischer Basis die Neugründung des ehemaligen Instituts für Marxismus-Leninismus als Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA) am 4. Januar 1990. Es nahm mit Günter Benser als seinem am 21. Dezember 1989 gewählten Direktor die Arbeit wieder auf. Sie wurde jedoch am 31. März 1992 auf Geheiß der Treuhandanstalt zwangsbeendet. Günter Benser hat diesen chancenlosen Überlebenskampf des Instituts in seinem Buch „Aus per Treuhand-Bescheid“ dokumentiert.²

Er selbst trug aktiv durch sein Engagement und seine Expertise zu längst überfälligen Diskussionen und Schlussfolgerungen innerhalb der SED bzw. SED/PDS bei, denn im Winter 1989/90 vollzog die sich erneuernde SED den endgültigen Bruch mit dem Stalinismus, das IfGA erarbeitete zur Rehabilitierung der deutschen kommunistischen Opfer von Stalins Verfolgungen und Säuberung eine eigene Publikation.³ Das IfGA durchlebte in den fünf Phasen seines kurzen Daseins jene Entwicklungsschritte, denen auch die Ostdeutschen als Bevölkerungsteil des staatlich vereinten Deutschlands unterzogen wurden. Dem Aufbruch und der Gründung des IfGA folgte eine kurze demokratisch geprägte Blüte während der Regierungszeit Hans Modrows. Die veränderten Bedingungen der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 wirkten sich nun erstmals einengend für das Institut und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

1 Die ausführliche Laudatio ist abgedruckt in „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ Heft 4/2020, S. 121-132. Dort werden auch seine wissenschaftliche Leistung und seine Publikationen entsprechend gewürdigt.

2 Aus per Treuhand-Bescheid. Der Überlebenskampf des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 2013.

3 In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR, Berlin 1991.

aus. Doch erst seit dem 3. Oktober 1990 verschlechterten sich die Rahmenbedingungen signifikant, da das Institut nun der westdeutschen Gesetzgebung unterstand und zugleich von deren rigider und antikommunistischer Personalpolitik betroffen wurde. Der Todesstoß erfolgte, nachdem der PDS sämtliche Konten gesperrt wurden und das IfGA nun unter der Kuratel der Treuhandanstalt stand. Günter Benser als erster und letzter demokratisch gewählter Direktor hat zu seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gestanden und mit ihnen für den Erhalt des IfGA gekämpft. Aber, um Siegfried Prokop zu zitieren: „Durch ihn wissen wir, wie es zur Bildung der SAPMO beim Bundesarchiv kam, und auch das kann hier gesagt werden, er selbst hatte einen großen persönlichen Anteil daran, dass das enorme Kulturgut, das in den Mauern des IML schlummerte, die Gefährdungen und Turbulenzen der Wende unbeschadet überlebte und heute im Bundesarchiv der Forschung zur Verfügung steht“, hob Siegfried Prokop 2011 hervor.⁴ Und es ist kaum verwunderlich, dass Günter Benser auch aktuell hellhörig und mit spitzer Feder alle Versuche bekämpft hat, die SAPMO in einem ideologisch verbrämten Monstrum namens „Archivzentrum SED-Diktatur“ zu zerschlagen.⁵ Er ist seit 1993 Stellvertretendes Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. Und dort ist er unverzichtbar. Manchmal würde man sich sogar wünschen, dass die politischen Adressaten, die die Interessen der Einbringer bei der SAPMO vertreten, entschiedener seinem Rat folgen würden. Dass die SAPMO-Bestände im Bundesarchiv verbleiben, so wie es die Einbringer forderten und vertraglich zugesichert bekamen, ist auch Günter Bensors Erfolg und ein Gewinn für die historische und politikwissenschaftliche Forschung.

Am 6. März 1991 gehörte er gemeinsam mit prominenten Kolleginnen und Kollegen aus Ost und West und Mitstreiterinnen und Mitstreitern des IfGA zu den Gründungsteilnehmerinnen und -teilnehmern des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Der erste Vorsitzende des Vereins wurde Dr. Henryk Skrzypczak (1926-2017), der Herausgeber der Internationalen Wissenschaftlichen Korrespondenz (IWK).⁶ Günter Benser folgte auf ihn und war von 1992-2011 Vorsitzender und Herausgeber der halbjährlich erscheinenden „Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“.⁷

4 Siegfried Prokop, Laudatio für Günter Benser, in: Holze, Prokop (Hrsg.): Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Günter Benser zum 80. Geburtstag, Berlin 2012, S. 12.

5 Droht eine zweite Enteignung? Warum der Historiker Günter Benser ein „Archivzentrum zur SED-Diktatur“ für ein unakzeptables Konstrukt hält. Neues Deutschland vom 3. Juni 2019.

6 Dr. Henryk Skrzypczak (3. Mai 1926 – 2. Mai 2017), in: Mitteilungen. Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 2017, Heft 52 (September 2017), S. 4 ff.

7 Zwei Dokumente und eine Bibliographie zur Vereinsgeschichte, in: Rainer Holze, Birgid Leske

In diesen Jahren hat er den Verein lebendig gehalten, die Weiterentwicklung der „Mitteilungen“ von einem Vereinsorgan zu einer immer umfangreicheren, vielfältigeren und respektierten Fachzeitschrift mit eigenem Profil mit befördert und den Verein nach außen vertreten. Das galt auch für die jährlich stattfindende „Internationale Tagung der Historikerinnen und Historiker der Arbeiter- und sozialen Bewegungen“ (ITH), die seit 1964 meistens in Linz durchgeführt wurde und zunächst Historikerinnen und Historikern diesseits wie jenseits der Systemgrenze den wissenschaftlichen wie persönlichen Austausch ermöglichte. Günter Benser berichtete darüber in den „Mitteilungen“.

2011 kandidierte Günter Benser nicht mehr für die Funktion des Vorsitzenden. In Heft 39 der „Mitteilungen“ vom März 2011 schrieb er: „Das ist der Abschied von einem Amt, kein Abschied von unserem Förderkreis. Es würde mir auch äußerst schwerfallen, diesen Teil meines Lebenswerkes einfach ad acta zu legen. So dies die Zustimmung der bevorstehenden Jahresmitgliederversammlung findet, werde ich mich dem neu zu wählenden Vorstand als Beisitzer zur Verfügung stellen und meine bei der Vertretung unserer Vereinsinteressen gesammelten Erfahrungen weiterhin in unsere Tätigkeit einbringen.“⁸ Wer Günter Benser nur ein wenig kennt weiß, wie ernst er dieses Angebot genommen hat, das im Übrigen bis heute sehr gern angenommen wird. Günter ist überdies eine regelrechte Vereinszyklopädie mit all seinem Wissen aus seiner Arbeit, seinen Ämtern und seinen Auseinandersetzungen, zuletzt um das Schicksal der SAPMO. Noch immer trägt er durch Beiträge und Besprechungen zur Zeitschrift bei. So nebenbei führt er die Vereinschronik fort.⁹ Und seine Beiträge werden von den Leserinnen und Lesern stets hochgeschätzt.

Dass in den jüngsten Festreden zur 30. Wiederkehr des 3. Oktober 1990 endlich einmal auch die wunden Punkte des Einheitsprozesses, die nicht eingelösten Versprechen und ausgeschlagenen Chancen Erwähnung fanden, ist gewiss im Sinne Günter Bensors. In den letzten Jahren wurde er mehr denn je zu einem fragten Betrachter und Kommentator dieser unbeleuchteten Schattenseiten eines Beitritts, den er selbst häufig als „Anschluss“ zuspitzte. Und er weist als Historiker darauf hin, dass die Geschichte vielfältige Entscheidungsalternativen bot und bietet. Für 1990 gilt: „Die um den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl gescharten Schmiede deutscher Einheit berufen sich regelmäßig darauf, dass es zu ihrem Vorgehen keine Alternative gegeben habe. Und bis heute ist die

(Hrsg.), Festschrift 25 Jahre Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Neuruppin 2016, S. 34 ff.

- 8 Abschied, doch nicht in Gänze. Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 39 (März 2011), S. 1.
- 9 Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung: Chronik 1991 – 2019. Zusammenestellt von Prof. Dr. Günter Benser, <http://www.fabgab.de/downloads/Chronik2019.pdf>, Zugriff am 20. Oktober 2020.

Phrase, ‚dazu gibt es keine Alternative‘ eine der meistgebrauchten Leerformeln unserer tonangebenden Politiker.¹⁰ Von ostdeutscher Seite aus hätte es sie gegeben, auch in der Opposition im Deutschen Bundestag der Bundesrepublik gab es manch andere Stimme als nur die für eine schnelle Auflösung der DDR. Günter Benser verwies mehrfach auf diese basisdemokratischen Orientierungen, die vor allem eine bessere DDR erstrebten, keinesfalls aber eine schnelle Vereinigung und schon gar kein Einschmelzen der Deutschen Demokratischen Republik in der vergrößerten Bundesrepublik Deutschland.¹¹ „Da hilft nur, die anmaßende Gleichsetzung von deutsch und bundesdeutsch zu beenden und den einseitigen Geschichtserzählungen einen differenzierten Umgang mit zwei deutschen Staaten im 20. Jahrhundert entgegenzusetzen.“¹² Oder wie es Benser an anderer Stelle mündlich formulierte: „Solange unter ‚deutsch‘ nur bundesdeutsch verstanden wird, ist es um die deutsche Einheit nicht gut bestellt.“¹³ So bleibt er eine mahnende Stimme für die Interessen der Ostdeutschen und eine anklagende Stimme gegen die Versäumnisse und die Ignoranz der selbsternannten Sieger der jüngeren deutschen Geschichte. Dies betrifft im Übrigen auch die Wahl des 3. Oktober als des Datums des Tages der deutschen Einheit. Hier stand nicht das historische Erinnern Pate, sondern eher eine Mixtur aus Zweckmäßigkeit und Dilettantismus.¹⁴ Und deshalb gebühren dem Jubilar zu seinem 90. Geburtstag unser herzlichster Dank für seine wissenschaftliche Lebensleistung¹⁵ und unsere Anerkennung für sein nimmermüdes Hinweisen auf Versäumnisse und vertane Chancen in einem Land, das mit sich nicht ins Reine kommt und deshalb nicht zur inneren Einheit gefunden hat. Es ist so unglaublich selbstverständlich, dass Günter Benser immer da war und da ist, dass man kaum glauben möchte, dass ihm am 12. Januar 2021 zu seinem 90. Geburtstag zu gratulieren sein wird. Dass der Rahmen in Zeiten der Corona-Pandemie diesem Anlass kaum entsprechen kann, ist deshalb zutiefst zu bedauern. Günter Benser ist kein bisschen leise, auch wenn er immer die feine Tonart bevorzugt. Möge das noch möglichst lange so bleiben!

Holger Czitrich-Stahl

10 Die vertanen Chancen von Wende und Anschluss, Berlin 2018, S. 10.

11 Basisdemokratie gestern, heute und morgen, in Rainer Holze, Siegfried Prokop (Hrsg.): Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Günter Benser zum 80. Geburtstag, Berlin 2012, S. 46 f.

12 Ein doppeltes Lottchen. Das offizielle Bild unterschlägt das ostdeutsche Erbe der heutigen Bundesrepublik. Neues Deutschland vom 5. Oktober 2019.

13 Zitiert nach Holger Czitrich-Stahl, Vereitelte Chancen. Nachdenken über die „doppelte Staatsgründung“ 1949 und die Abwicklung der DDR 1989/90, in: Mitteilung, Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 57 (März 2020), S. 32/33.

14 Wieso der 3. Oktober? Neues Deutschland vom 2. Oktober 2020.

15 Eine Auswahlbibliographie bis zum Jahr 2011 findet sich im Sammelband von Holze, Prokop (Hrsg.), a.a.O., S. 279-287.

Aus den Archiven

Das Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes, des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und zur Einrichtung einer oder eines SED-Opferbeauftragten, Drucksache 19/23709

Als am 13. März 2019 vom Bundesbeauftragten für die MfS-Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Roland Jahn und vom Präsidenten des Bundesarchivs Dr. Michael Hollmann das Konzept über die „Zukunft der Stasi-Unterlagen“ vorgelegt wurde, nahm dies die Jahresversammlung unseres Förderkreises zu Anlass, sich eingehend mit den hier anvisierten Strukturen und Maßnahmen zu befassen. Wir kamen zu der übereinstimmenden Auffassung, dass dieses Konzept in der vorliegenden Fassung aus juristischen, archivfachlichen, praktisch-finanziellen sowie kultur- und erinnerungspolitischen Gründen abzulehnen ist. Wir unterbreiteten unsere Argumente in einer Stellungnahme den Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE.¹ Wie in unserem Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2019² belegt ist, wurden vielfältige Initiativen unternommen, um kompetenten Persönlichkeiten und involvierten Instanzen unsere Positionen nahezubringen. Während nur die Linksfraktion auf unsere Eingabe an den Bundestag reagierte, konnten wir eine erfreuliche Unterstützung einzelner Persönlichkeiten und interessierter Gremien registrieren. Wir wurden aber auch mit Ahnungslosigkeit, Uninformiertheit und Ignoranz konfrontiert.

Nachdem das Jahn/Hollmann-Konzept längere Zeit aus dem Focus verschwunden war, erfuhren wir, dass am 2. September 2020 auf der Tagesordnung der 111. Kabinettsitzung stand: Formulierungshilfe für einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesarchivgesetzes, des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und zur Einrichtung einer oder eines SED-Opferbeauftragten, eingebracht von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien. Sobald der Entwurf dieses Änderungsgesetzes als Drucksache einsehbar war, befassten sich die Mitglieder unseres Förderkreises Günter Benser, Kurt Metschies und Sylvia Gräfe eingehend mit diesem 52-seitigen Gesetzesentwurf (einschließlich seiner Begründung). Sie hielten es für geboten, dass sich der Förderkreis auch zu diesem Text kritisch positioniert und zu Wort meldet. Wir kamen aber nicht mehr zum Zuge, da das Gesetz bereits am 19. November 2020 vom Deutschen Bundestag angenommen wurde.

Da wir – anders als beim Konzept „Zur Zukunft der Stasi-Unterlagen“ – diesmal mit unserer Positionierung nicht in die Öffentlichkeit vorgedrungen sind, halten

1 Diese Stellungnahme ist abgedruckt in MFK Nr. 56. Siehe auch das in der Zeitung „neues deutschland“ am 3. Juni 2019 veröffentlichte Interview mit Günter Benser.

2 Siehe MFK Nr. 57.

wir es für geboten, an dieser Stelle einige unserer grundsätzlichen Bemerkungen zum Gesetzestext vorzutragen.

Ohne Zweifel ist mit dem Übergang der Federführung aus dem Hause Jahn in die Behörde der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien eine spürbare Versachlichung in der Erarbeitung und Erörterung der Gesetzesvorlage eingetreten, was sich auch in den Ausschüssen und im Plenum des Deutschen Bundestages widergespiegelt hat. Das Gesetz zeugt von einer Zurücknahme politisch-ideologischer Überfrachtungen und durch Konkretisierung der anstehenden Probleme, Regelungen und Maßnahmen. Die Festlegungen zur Zugänglichkeit der Akten, zum Datenschutz entsprechen den bisherigen Gepflogenheiten und sehen einige Erleichterungen vor. Zu begrüßen ist die konkrete Aufgabenbeschreibung der vorgesehenen Ombudsperson und deren Anbindung direkt an den Deutschen Bundestag. Vorausgesetzt, die in dieser Drucksache nicht erneut auftauchenden, am meisten umstrittenen Vorhaben, Empfehlungen und Benennungen des ursprünglichen Konzeptes sind damit unumkehrbar vom Tisch, stellt dieses Gesetz hinsichtlich der Eingliederung der MfS-Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in das Bundesarchiv einen aner kennenswerten Fortschritt dar. In diese Richtung hat auch der Präsident des Bundesarchivs Dr. Michael Hollmann in einem Begleitpapier einige Akzente gesetzt.³

Trotzdem weist das Änderungsgesetz Lücken, Tücken und Ungereimtheiten auf, die bei seiner Verabschiedung nicht thematisiert worden sind, auch nicht von der Sprecherin der Linkspartei.

Von führenden Vertretern des Bundesarchivs wurde schon vor Jahrzehnten darauf hingewiesen, dass die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR nicht als Archiv, sondern als politische Institution konzipiert wurde und entsprechend arbeitet. Demzufolge erfordert eine Eingliederung der Behörde des BStU eine archivwissenschaftliche Bewertung der zu übernehmenden Bestände. Diese hat unseres Wissens bisher nie stattgefunden. Doch Archivgut ist immer bewertetes Schriftgut beziehungsweise bewertete Unterlagen und Datenträger. Weder international noch national ist Behörden schriftgut bisher qua Gesetz zu Archivgut umbewertet worden. In der Begründung des Gesetzes (S. 31) wird hingegen argumentiert, „dass die Unterlagen ohne archivfachliche Bewertung im Einzelfall in Gänze als archivwürdig zu bewerten sind.“ Und auch der Bundesarchivpräsident hat sich diese den Traditionen und der Philosophie seiner Institution widersprechende Regelung zu eigen gemacht. In seiner Erläuterung heißt es: „Im Bundesarchiv wird der Gesamtbestand der Stasi-Unterlagen – eine bewertende Auslese wird es nicht geben – als Archiv-

3 Michael Hollmann. Die Stasi-Unterlagen im Bundesarchiv. Vorlage des Präsidenten des Bundesarchivs für die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages, 4.11.2020. Das Dokument ist einsehbar auf der Website des Bundesarchivs.

gut dauerhaft Teil des kollektiven Gedächtnisses der deutschen Gesellschaft.“⁴

Das liest sich wie eine besonders geschichts- und verantwortungsbewusste Herangehensweise, ist aber in der Praxis die Umsetzung eines politisch-ideologischen Konzeptes, mit dem zugleich die Disproportionen in der personellen und finanziellen Ausstattung des Bundesarchivs in all seinen Facetten und die höhere Dotierung der Stasi-Unterlagen-Behörde gerechtfertigt werden.⁵ Es ist schlechterdings nicht vorstellbar – und Insider haben dies überzeugend bestätigt –, dass sich unter den Unmengen Papier der BStU nicht Massen an historisch bedeutungslosen kassationswürdigen Aufzeichnungen befinden. Andererseits hat aber das Ministerium für Staatssicherheit auch in hohem Maße Dokumente an sich gezogen, die nicht auf Dauer in diesen Archivkorpus gehören und den ursprünglichen Aktenbildnern zuzuordnen wären.⁶

Das Sakrosankt-Sprechen jeglicher Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes lässt sich nur damit erklären, dass entgegen mancher Beteuerungen aus jüngerer Zeit der Umgang mit der Geschichte der DDR aufs engste an das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit gekoppelt werden soll. Und dies in einer sehr einseitigen Weise, denn wo vom Aktenbildner MfS die Rede ist, geschieht dies in tendenziöser Einseitigkeit, losgelöst vom Kalten Krieg, von der Interaktion beider deutscher Staaten, von Gemeinsamkeiten aller Geheimdienste, ohne Abwägung, was die Unterlagen der Staatssicherheit über die DDR als Ganzes zu sagen vermögen. Es ist nicht vorgeesehen, die jüngere deutsche Geschichte als Doppelbiografie zweier Staaten zu untersuchen und zu vermitteln. Da stellt sich die Frage, ob sich die Gesetzgeber bewusst sind, von wo die Bedrohungen der Demokratie heutzutage eigentlich ausgehen – von der verblichenen DDR oder von gewaltbereiten Demokratieverächtern, die sich zunehmend in einer Internationale der Trumpisten zusammenfinden?

Wenn die Befürworter des Änderungsgesetzes das MfS als Hauptinstrument eines Repressionsapparates anprangern und dies als nicht zu leugnenden Teil der DDR-Geschichte hervorgehoben haben, waren sie dazu natürlich absolut

4 Ebenda, S. 1.

5 Im Gesetzesentwurf sind folgende Daten ablesbar: Haushaltsmittel 2020: BStU 107 797 T€ – Bundesarchiv insgesamt 82 119 T€; Personalausstattung: BStU ca. 1280 – Bundesarchiv ca. 920. Während für andere Bereiche sehr detaillierte Durchführungsanweisungen erfolgen, gibt es keinen Hinweis, wie dieses Missverhältnis behoben werden soll.

6 Das betrifft zum Beispiel Gerichtsakten (Oberländer-Prozess 1960, – Globke-Prozess 1963, – Prozess KZ-Arzt Dr. Fischer 1966, – Solvay-Werke AG-Prozess 1950), die Akten der Abt. IX/11 (Akten von Behörden und Institutionen aus der Zeit vor 1945), die Dokumentationssammlung „Biografie Dr. Sorge“ und anderes. Als am 7. April 1957 von der Regierung der UdSSR der Regierung der DDR in bedeutendem Maße Archivalien übergeben wurden, ging der größte Teil (17 784 Akten) an das Ministerium für Staatssicherheit, dessen endgültige Zuordnung zu klären wäre. (Übernahmeprotokoll BArch, DY 30/5304.) Beim Ableben Walter Ulbrichts gelangten aus dessen Arbeitszimmer erhebliche Unterlagen ins MfS, die in den Bestand Büro Ulbricht beziehungsweise seinen Nachlass zu überführen wären.

berechtigt. Gleichwohl wird eine Beschreibung der Stellung, der Aufgaben und der Funktionsweise des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, der fast ausschließlich auf Observierung und Repressierung von Bürgern der DDR abhebt, ohne die breitgefächerten Zuständigkeiten und Aktivitäten dieses Ministeriums in ihrer Gesamtheit zu erfassen, der widersprüchlichen Realität nicht gerecht. Damit entsteht auch ein verzerrtes Bild der vom Bundesarchiv zu übernehmenden Überlieferungen, denn die Personenakten machen nach Auffassung von Insidern maximal 20 Prozent des Bestandes aus und sind zu beträchtlichen Teilen der heute üblichen Vorratsdatenspeicherung vergleichbar.

Im Kern regelt das Änderungsgesetz die Übertragung und Festschreibung der Bestimmungen und Normen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes auf das Bundesarchiv und läuft wesentlich auf eine Umfirmierung der bisherigen Gesetzeslage hinaus. Das geschieht mit weitgehenden Detailfestlegungen, die bloßen verfahrenstechnischen oder die Mitarbeiter betreffenden dienstrechtlichen Charakter tragen. Das stellt eine unübliche Überfrachtung eines Gesetzes und eine weitgehende Reglementierung des Bundesarchivs dar.⁷

Offengeblieben ist auch, ob bei der vorgesehenen Konzentration von Überlieferungen der DDR nun die von der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung anmaßend vereinnahmten Archive der CDU (Ost) und der LDPD der zuständigen SAPMO-BArch übergeben werden.

Das Änderungsgesetz geht davon aus, dass keine zusätzlichen Haushaltsausgaben erforderlich sind und den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft kein neuer Erfüllungsaufwand entsteht. Das scheint allenfalls möglich zu sein, wenn die Schaffung der materiellen Voraussetzungen für die Errichtung der vorgesehenen Strukturen ausgeklammert bleibt. Der Gesetzentwurf beziehungsweise dessen Begründung gibt keine Auskunft über die im Komplex Normannenstraße erforderlichen baulichen Aufwendungen⁸ beziehungsweise die Kosten von Verlagerungen von Beständen; es sind Außenstellen in Orten vorgesehen, die bisher gar keine Archivstandorte sind; in den Medien ist neuerdings die Rede von einem aufwendigen Archivbau in Rostock zur Aufnahme der Überlieferungen der drei Nordbezirke der DDR.

So verwehrt die Gesetzeslage dem Bundesarchiv das Recht, den zu übernehmenden Aktenkorpus und die sonstigen Überlieferungen und Asservate nach archivwissenschaftlichen Prinzipien zu bewerten und zu bereinigen.

Günter Benser

7 Da wurde bei der Integration anderer Archive (Militärarchiv, Stiftungserlass der SAPMO-BArch, Berlin-Document-Center, Lastenausgleichsarchiv, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, Wehrmachtsauskunftstelle) viel zurückhaltender verfahren.

8 Nach dem Brand in der Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar wären dabei aufwändige Sicherungsmaßnahmen zu realisieren.

Erschließungsarbeiten, Internetpräsentation und Bestandszugänge der SAPMO-BArch¹

Zum 31.12.2019 waren von 403.085 Verzeichnungseinheiten (VE) Schriftgut (einschließlich der Nachlässe sowie des Sammlungsgutes) 274.615 VE erschlossen zugänglich. 68.808 VE sind zugänglich, aber noch nicht in jedem Fall bedarfsgerecht erschlossen. Schwerpunkte in der Bewertung und Erschließung bildeten wie in den vergangenen Jahren unzugängliches Schriftgut und audiovisuelle Dokumente (Bild und Ton) aus den Beständen DY 30 SED, DY 34 FDGB, DY 24 FDJ, DY 6 Nationalrat der Nationalen Front der DDR sowie verschiedene Nachlässe. Das war mit Umsignierungen verbunden, als Voraussetzung für eine verlustfreie Datenübertragung. 91 lfd. M. Schriftgut wurden kassiert.

Vollständig erschlossen sind inzwischen die Abteilungen Parteiorgane und Dietz Verlag. Die Erschließung des Bestandes DY 25 Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ konnte abgeschlossen werden. Bei den Nachlässen wurden abschließend bearbeitet: – NY 4306 Gerhard Reinhard – NY 4507 Willy und Ella Rumpf – N 2762 Irina Modrow – N 2793 Peter Joachim Lapp – N 2805 Heinz Günter Behnert – NY 4656 Solweig Steller-Wendland. Zur Verfügung stehen unter Wahrung der Urheberrechte 1.610 Tonträger aus verschiedenen Beständen – so TONY 5 Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft – TONY 7 Nationalrat der Nationalen Front der DDR – TONY 8 Demokratischer Frauenbund Deutschlands – TONY 9 Walter Ulbricht – TONY 10 Verband der Journalisten der DDR – TONY 12 National-Demokratische Partei Deutschlands – TONY 13 Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR.

In der Bibliothek in Berlin-Lichterfelde befinden sich ca. 1,7 Mio. Bände an Bibliotheksgut. Davon sind 50 Prozent im Bibliotheksprogramm nachgewiesen, ca. 30 Prozent in Zettelkatalogen erschlossen und ungefähr 20 Prozent sind noch unerschlossen. Als zusätzliche Aufgabe erwies sich die Ermittlung und Restitution von NS-Raubgut. Das bisher wesentlichste Ergebnis war das Aufspüren von 407 Bänden aus der Provenienz des Instituts für Sozialforschung Frankfurt am Main, die 1948 in die Bibliothek des IML gelangten.

Bei den archivalischen Neuzugängen handelt es sich vor allem um ergänzendes Nachlassschriftgut. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung übergab Dokumente aus dem Büro Axen und Eingaben an Egon Krenz aus der „Wendezeit“. Die Neuzugänge sind jetzt keine kompakten Organisationsüberlieferungen mehr und können hier nicht alle im Einzelnen aufgeführt werden,

Günter Benser

1 Dieser Beitrag stützt sich auf die Berichte der Stiftungsdirektorin für die Jahre 2018 und 2019.

Das SEW-Archiv

Unter den politischen Akteuren in Westberlin in der Zeit von 1945 bis 1990 war auch die aus der SED hervorgegangene SEW vertreten. Gewöhnlich hinterlassen Parteien Archive, aus denen Historiker wichtige Erkenntnisse schöpfen können (oder nicht). Im Fall der SEW ist das anders. Laut Aussage eines dem Autor bekannten Augenzeugen wurden sämtliche vorhandenen Unterlagen der SEW 1990 vernichtet, indem sie einem Säurebad unterzogen wurden. Der Autor war auch selbst Zeuge, als führende SEW-Funktionäre ihre persönlichen Unterlagen von Zeit zu Zeit vernichteten.

Trotzdem gibt es noch Unterlagen, die derartige Massaker überlebt haben. Sie befinden sich im Schriftgut anderer Parteien, vor allem der SED. Dies ist zugänglich im Landesarchiv und in den Beständen der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), wo die Unterlagen des ZK der SED aufbewahrt werden. Im Archivgut des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) sind auch Dokumente mit Bezug zur SEW erhalten. Das Landesarchiv Berlin (Eichborndamm 115-121, 13403 Berlin) bewahrt Unterlagen zur Geschichte der SEW bzw. ihrer Vorgänger aus der Zeit von 1951 bis 1970 auf. Dem Archivgut ist die Signatur C Rep. 908 zugeordnet. Korrespondierende Bestände sind C Rep. 902 (Bezirksleitung Berlin der SED) und C Rep. 903-02 (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Westberliner Kreisleitungen). Das Landesarchiv ist für jedermann bei Vorlage des Personalausweises zugänglich. In der SAPMO (Bundesarchiv, Finckensteinallee 63, 12205 Berlin) lagern die weitaus meisten Dokumente. Auf dem weitläufigen Gelände an der Finckensteinallee befand sich nach 1945 die US-Kaserne Andrews Barracks, heute sind hier u. a. die erhalten gebliebenen Bestände des ZK der SED und des Instituts für Marxismus-Leninismus der SED gelagert. In der Bibliothek kann man die verfilmten Ausgaben der Parteizeitung „Die Wahrheit“ (bis Dezember 1988) ansehen. Das ist auch ab Herbst 2020 in der Zeitungssammlung der Staatsbibliothek (Haus Unter den Linden) möglich.

Die vorhandenen Unterlagen zur SEW entstammen der Hinterlassenschaft der „Westabteilung“ des ZK der SED, die ab Mai 1984 „Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft“ hieß. Das Findbuch dafür hat Ute Rump-Räuber verfasst. Die SAPMO ist ebenfalls für jedermann bei Vorlage des Personalausweises zugänglich; die Angabe des Interessengebiets führt bei der Anmeldung zu einer beschleunigten Kopplung mit den Beständen.

Außer den Parteiakten sind im Bundesarchiv auch die persönlichen Hinterlassenschaften des langjährigen „Wahrheit“-Chefredakteurs Hans Mahle vorhanden, der Zugang bedarf der Genehmigung durch Mahles Erben.

Wichtige visuelle Informationen über die SEW und Westberlin enthält auch das ca. 25.000 Negative umfassende Foto-Archiv des „Wahrheit“-Fotografen Jürgen Henschel, das er dem Friedrichshain-Kreuzberg-Museum hinterlassen hat und das jetzt im Internet zugänglich ist: <https://1000x.berlin/bezirke/>

Im BStU-Archiv (Ruschestraße 103, 10365 Berlin) sind Unterlagen erhalten, weil das MfS für die SEW die Funktion einer Abwehr gegnerischer Aktivitäten erfüllte, worunter auch jegliche fraktionelle Arbeit innerhalb der SEW fiel. Der Zugang zu diesen Akten ist auf Antrag möglich, wenn ein zu begründendes Forschungsinteresse vorliegt.

Um die Unterlagen der SEW einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, hat der Autor dieser Mitteilung sämtliche Dokumente aus dem SAPMO zu dieser Partei konспектиert. Das Ergebnis ist im Internet unter www.sew-dokumente.org einsehbar. Die Website ist mit einer Suchfunktion ausgestattet, die zu PDF-Dokumenten führt. Eine Zeittafel zeigt die Eckdaten der Parteientwicklung. In Planung ist die Auflistung sämtlicher Veröffentlichungen zur SEW sowie die Anfertigung von Rezensionen zu den vier bisher (Stand: August 2020) veröffentlichten gedruckten Schriften und zu universitären Arbeiten über die Partei.

Gerhard Seyfarth

info@sew-dokumente.org

Die Sammlung der Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution

Die Arolsen Archives sind ein internationales Zentrum über nationalsozialistische Verfolgung mit dem weltweit umfassendsten Archiv zu den Opfern und Überlebenden des Nationalsozialismus. Damit bieten die Arolsen Archives breites Wissen über NS-Verfolgung, Zwangsarbeit, den Holocaust, Displaced Persons sowie die Folgen von Diskriminierung und Rassenhass. Die Sammlung mit Hinweisen zu rund 17,5 Millionen Menschen gehört zum UNESCO-Weltdokumentenerbe. Die Arolsen Archives, die vormals als International Tracing Service (ITS) bekannt waren, haben ihre Sammlung digitalisiert und stellen diese in weiten Teilen in ihrem Online-Archiv frei zur Verfügung.

Geschichte und Zusammensetzung der Sammlung

Von 1933 bis 1945 verschleppten und ermordeten die Nationalsozialisten Millionen von Menschen aus ganz Europa. Seit 1943 hatten sich unter den Alliierten mehrere Informationsstellen für die Suche nach Vermissten etabliert, die nach

Kriegsende im nordhessischen Arolsen zu einem zentralen Suchbüro zusammengeführt wurden, das die Anfragen vieler Tausend Angehöriger koordinieren sollte. 1947 ging das Mandat für die Sucharbeit von der UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) an die IRO (International Refugee Organization) über. Im darauffolgenden Jahr erhielt die Einrichtung den Namen International Tracing Service und den Auftrag alle verfügbaren Informationen zu den Opfern der NS-Verfolgungspolitik zentral zu sammeln, zu archivieren und Auskünfte an Angehörige und staatliche Stellen zu geben.

Der ITS sammelte erhaltene Bestände aus Konzentrationslagern und anderen Haftstätten, die zum Teil von Überlebenden gerettet worden waren. Verwaltungen, Firmen und Versicherungen wurden ab 1946 zudem aufgefordert, Dokumente zu Zwangsarbeit herauszugeben. Außerdem durchkämmten ITS-Mitarbeiter*innen Standesämter und Waisenhäuser auf der Suche nach Hinweisen zu vermissten Kindern. Überlebende wurden befragt, um zusätzliches Wissen über den nationalsozialistischen Terrorapparat, Haftorte und Massenverbrechen zu sammeln. Schließlich trug der ITS weitere Millionen von Unterlagen über die Registrierung, Versorgung und Auswanderung von Displaced Persons zusammen und übernahm weitere Bestände im Original oder in Kopie. So entstand die weltweit umfassendste Sammlung zu den Opfern der NS-Verbrechen.

Neben der Schicksalsklärung sollte die Sammlung die Grauen der NS-Verfolgung dokumentieren, die Strafverfolgung unterstützen und dabei helfen, mögliche Entschädigungsansprüche geltend zu machen.

Bei der Gründung des ITS war man davon ausgegangen, dass die Aufgaben nach wenigen Jahren beendet sein würden. Als die Anfragen zehn Jahre nach Kriegsende nicht abrisen, wurde 1955 ein Internationaler Ausschuss berufen, der die Richtlinien für die Arbeit der Arolsen Archives festlegt. Diesem Ausschuss gehören heute Vertreter*innen von elf Staaten an, die die Interessen der Verfolgten vertreten. Mit der Einberufung des Internationalen Ausschusses ging die operative Leitung der Institution auf das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) über. Finanziert wird die Institution bis heute durch die Bundesrepublik Deutschland.

Lange arbeitete der ITS abseits des Lichtes der Öffentlichkeit. Bis Anfang der 1980er-Jahre hatten die vom IKRK gestellten Direktoren die Vernetzung mit Verfolgtenverbänden und Gedenkstätten gesucht und das Archiv für die Forschung geöffnet. Umso folgenschwerer wog die Entscheidung, das Archiv für die Öffentlichkeit zu schließen. Begründet wurde die Abschottung einerseits mit der wachsenden Bedeutung von Datenschutzfragen. Andererseits gab es die Meinung, dass der ITS sich strikt auf das 1955 definierte humanitäre Mandat fokussieren müsse. Die Schließung des ITS-Archivs in den frühen 1980er-Jahren wog umso schwerer, als eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen erst

in jenen Jahren einsetzte. Kennzeichnend für die Sammlung ist, dass sich hier Dokumente über alle Verfolgten des Nationalsozialismus finden, also auch über lange marginalisierte Opfergruppen wie Sinti und Roma, Homosexuelle oder als „Asoziale“ oder „Berufsverbrecher“ verfolgte Menschen.

Die Arolsen Archives – ein offener Ort für Forschung, Bildung und Erinnerung

Seit der Wiederöffnung des Archivs 2007 und dem Rückzug des IKRK als Träger des ITS 2012 hat sich viel geändert: Die Institution hat ihr Aufgabenfeld erweitert, sich geöffnet und schlägt neue Wege für eine größtmögliche Zugänglichkeit ein. Spätestens mit der Umbenennung in „Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution“ und der Online-Stellung des Archivmaterials 2019 wurde dieser Wandel auch nach außen sichtbar. Seit Januar 2016 ist die Menschenrechtsexpertin Floriane Azoulay Direktorin der Institution. Die Arolsen Archives verstehen sich als internationales Zentrum für Forschung, Pädagogik und Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus. Sie engagieren sich in verschiedenen erinnerungspolitischen Verbänden wie der International Holocaust Remembrance Alliance und initiieren selbst Forschungs- und Bildungsprojekte. Die Aufbewahrung, Konservierung, Erschließung und Digitalisierung der Dokumentensammlung bleibt weiterhin eine Kernaufgabe.

Im Jahr 2020 erreichten das Archiv knapp 20.000 Anfragen. Die meisten stammen von Angehörigen der zweiten und dritten Generation aus über 70 Ländern, die das Verfolgungsschicksal ihrer Familien rekonstruieren möchten. In 60 Prozent der Fälle finden sich Dokumente zu den gesuchten Personen im Archiv. In rund 30 Fällen pro Jahr können die Arolsen Archives durch ihre Recherchen auch heute noch Familien zusammenführen.

Das Online-Archiv und neue Projekte der Arolsen Archives

2019 haben die Arolsen Archives einen zentralen Teil ihrer Sammlung in einem Online-Archiv veröffentlicht, unterstützt durch die Internationale Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem. Über 26 Millionen Dokumente über die Opfer des Nationalsozialismus können nun von überall auf Welt eingesehen werden.

Das Online-Archiv steht in einer deutschen und englischen Version zur Verfügung und die Bestände können sowohl innerhalb ihrer Systematik, als auch durch eine Schlagwort-Suche nach Namen, Orten oder Themen durchsucht werden. Die letzten bislang noch nicht digitalisierten Bestände werden parallel dazu

gescannt. Die Sammlungen werden so vorbereitet, dass die Inhalte verständlich beschrieben sind und eine Basis-Suche möglich ist. Für Hintergrundinformationen können Nutzer*innen auf den e-Guide zurückgreifen, der die Dokumententypen erklärt und hilft, Informationen aus den Dokumenten in den historischen Kontext einzuordnen. 2020 nutzen knapp 900.000 Menschen die digitalen Recherche-Angebote des Online-Archivs, und die Arolsen Archives erhielten für ihr Online-Archiv den European Heritage Award / Europa Nostra Award, Europas höchste Auszeichnung im Bereich des kulturellen Erbes.

Die Arolsen Archives bemühen sich, ihre Sammlung zu erweitern. Dazu vernetzen sie sich mit großen Archiven und Gedenkstätten wie dem Archiv des Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau, aber auch mit kleinen Archiven und privaten Sammlungen, in denen oftmals wenig bekannte, aber wichtige Dokumente liegen. Gemeinsam mit den Partnern digitalisieren sie Dokumente, veröffentlichen sie im Online-Archiv und schaffen damit neue Möglichkeiten für die Digital Humanities. Auch die Verschlagwortung und Durchsuchbarkeit der Sammlung wird ständig verbessert: Mit der einmaligen Crowdsourcing-Initiative #everynamecounts indizieren die Arolsen Archives seit 2020 zusammen mit mehreren 10.000 Freiwilligen digital Dokumente. Im ersten Jahr der Initiative wurden so über 2,5 Millionen Dokumente bearbeitet. Ziel der Arolsen Archives ist, dass ihr Online-Archiv zu einem digitalen Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus wird, in dem die Namen und Schicksale aller Verfolgten recherchierbar sind.

Da noch nicht alle Bestände im Online-Archiv verfügbar sind, können Interessierte zusätzlich Anfragen stellen, die vom Reference-Service bearbeitet werden. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, vor Ort zu recherchieren oder für umfangreichere Forschungsprojekte einen Remote Access zu beantragen, der die Einsicht in alle Dokumente des Archivs und erweiterte Suchfunktionen ermöglicht. Das Archiv-Team bietet zudem digitale und analoge Workshops an, die in die Nutzung des Archivs einführen.

Die Arolsen Archives entwickeln zudem vielfältige Angebote für Schulen und andere Bildungseinrichtungen – auch für digitales Lernen. Mehrsprachige Bildungsmaterialien bieten die Möglichkeit, Quellenmaterial in den Unterricht einzubinden. Das Angebot reicht von Material zur Vor- und Nachbereitung von Gedenkstättenbesuchen (documentED) hin zu Themen wie sowjetische Zwangsarbeiter*innen oder verfolgte Fußballspieler. Die Arolsen Archives bieten außerdem Workshops und archivpädagogische Beratungen für Multiplikator*innen an.

In verschiedenen Ausstellungsformaten stellen die Arolsen Archives ihre Sammlung und Projekte vor. Vor Ort in Bad Arolsen erklärt die Dauerausstellung „Ein Denkmal aus Papier“ die Geschichte der Institution. Das Projekt #Stolen-Memory, bei dem persönliche Gegenstände von KZ-Häftlingen an die Familien

der Opfer zurückgegeben werden, ist Thema zahlreicher Ausstellungen, die im In- und Ausland gezeigt werden.

Die Sammlungen der Arolsen Archives haben vielerlei Potenziale unterschiedlichster Fragestellungen und Zugänge im Bereich Forschung und Bildung zu bearbeiten. Das reicht von Informationen für eine interessierte Öffentlichkeit über Bildungsprojekte bis hin zur akademischen Forschung. Die Arolsen Archives entwickeln sich stetig weiter und haben als internationales Zentrum zur NS-Verfolgung den Anspruch, das Erbe der Verfolgungsoffer in die Gegenwart zu tragen und eine moderne Erinnerungskultur zu gestalten. Ein Schwerpunkt liegt darin, auch Menschen, die keinen persönlichen Bezug mehr zur NS-Zeit haben, Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung zu bieten.

Charlotte Großmann, Arolsen Archives

Webseite: <https://arolsen-archives.org> | Kontakt: Arolsen Archives, Große Allee 5-9, 34454 Bad Arolsen, Tel: +49 (0)5691 629-0

Das Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V.

Am 19. November 1990 riefen 23 Mitgliedern und Sympathisanten des Neuen Forums, der größten im Vorjahr entstandenen Oppositionsgruppierung der Friedlichen Revolution, die Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. ins Leben. Robert Havemanns Lebensweg durch die einschneidenden gesellschaftlichen und politischen Umbrüche des 20. Jahrhunderts reichte vom während des NS-Terrors zum Tode verurteilten Antifaschisten über den privilegierten, linientreuen SED-Funktionär und Naturwissenschaftler bis hin zum verfolgten Oppositionellen, der die DDR trotz Hausarrest und permanenter staatlicher Observierung nicht verlassen wollte. Aufgrund seiner mutigen Haltung und seines Eintretens für demokratische Freiheitsrechte war er „die zentrale Figur für die meisten DDR-Oppositionellen.“¹ Es war für den Gründerkreis, zu dem u. a. Bärbel Bohley, Katja Havemann, Sebastian Pflugbeil und Jens Reich zählten, daher naheliegend, die Gesellschaft nach ihm zu benennen.

Die Robert-Havemann-Gesellschaft wurde mit dem Ziel gegründet, das gesamte Spektrum und die verschiedenen Phasen von Widerstand und Opposition gegen die kommunistische Diktatur ab 1945, die Geschichte der Friedlichen Revolution sowie die Erfahrungen der ostdeutschen Bürgerbewegung zu dokumentieren und zu vermitteln.

Zu diesem Zweck richtete man im Mai 1992 das ‚Robert-Havemann-Archiv‘ ein, dessen wichtigste Bestände der Nachlass des Namensgebers sowie Überlieferungen der im Herbst 1989 ins Leben gerufenen Gruppierungen der Bürgerbewegung sind. Bereits wenige Monate zuvor war im Januar 1992 das ‚Matthias-Domaschk-Archiv‘ in der Berliner Umwelt-Bibliothek gegründet worden, um das Wirken der DDR-Opposition und deren Bekämpfung durch die staatlichen Repressionsorgane im öffentlichen Bewusstsein zu halten. Der Namensgeber Matthias Domaschk war im April 1981 in der Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Gera unter bis heute ungeklärten Umständen ums Leben gekommen. Mitglieder der Umwelt-Bibliothek unter dem Dach der Berliner Zionskirche hatten bereits im Jahre 1986 begonnen, Dokumente oppositioneller Gruppen zu sammeln und eine Bibliothek mit verbotener Literatur aus dem Westen einzurichten. Zudem brachten sie ab 1987 illegal die Zeitung „Umweltblätter“ in Umlauf. Im Juli 1993 fassten die Verantwortlichen des Matthias-Domaschk-Archivs den Beschluss, sich der Robert-Havemann-Gesellschaft anzuschließen.

1997 zog auch das bereits 1988 angelegte ‚Archiv GrauZone‘ mit seinen Beständen zur autonomen ostdeutschen Frauenbewegung in die Räumlichkeiten der Robert-Havemann-Gesellschaft. Sechs Jahre später wurde es endgültig in die Ge-

1 Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, Bonn 2009, S. 233.

sellschaft integriert, sodass diese drei ursprünglich eigenständigen Einrichtungen als ‚Archiv der DDR-Opposition‘ mittlerweile das größte unabhängige Archiv zur Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR bilden. Hermann Weber – Nestor der bundesdeutschen DDR- und Kommunismus-Forschung – wies bereits 1992 auf die Bedeutung jener im Zusammenhang mit der Oppositions- und Bürgerbewegung entstandenen Archive hin, „die für die Erforschung der Umwälzung in der DDR unersetzliche Dokumente aufbewahren.“²

Kernaufgabe des Archivs der DDR-Opposition ist es, Quellen zu Opposition und Widerstand gegen die kommunistische Diktatur ab 1945 zu sammeln, zu erschließen und zugänglich zu machen. Der Sammlungsschwerpunkt ist inzwischen auf die Zeit nach 1989 ausgeweitet worden und betrifft neben der Bestandsicherung von Aufarbeitungs- und Opferinitiativen auch Zeugnisse aus dem Alltag der Transformation. „In seiner historischen Vielfalt“ – so hielt die erste zur DDR-Aufarbeitung eingerichtete Enquete-Kommission des Bundestages fest – „reichte oppositionelles und widerständiges Verhalten in der SBZ/DDR von der Verweigerung bis zum individuellen Protest, vom bewussten, demonstrativen Aufbegehren bis zu sozialdemokratischem, christlich-demokratischem und liberalem Widerstand, der sich in Gruppen organisierte, von kommunistischer Disidenz bis zu innerparteilicher Opposition, von politischen Streiks bis zur spontanen Massenaktion und zu Unruhen, von der Bildung offen agierender Gruppen und Bürgerinitiativen bis zum Widerstand, der sich konspirativ gesammelt und aktiv gehandelt hat.“³

Die Gründungen von Archiven oder Dokumentationsstellen zur Oppositions- und Bürgerbewegung zu Beginn der 1990er-Jahre standen vor allem im Zusammenhang mit der parallel beginnenden Aufarbeitung der Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit. Die eigenen Dokumente dieser oppositionellen Personen und Gruppen sind neben ihrer allgemeinen Bedeutung für eine kritische Sicht auf 40 Jahre DDR-Geschichte zugleich die korrigierende Gegenüberlieferung zu den staatlichen Akten, vor allem zu den Unterlagen der sie überwachenden Sicherheitsorgane. Dass die Anzahl authentischer Dokumente der Oppositions- und Bürgerbewegung im Verhältnis zu den Überlieferungen der staatlichen Stellen äußerst gering ist, hängt zwangsläufig mit den Entstehungsbedingungen der oppositionellen Selbstzeugnisse zusammen. Sie entstanden bei einzelnen Personen und Gruppen als privates, in der Spätphase der DDR im Schutzraum der Kirchen auch halbprivates Schriftgut und wurden in der Regel mit einfachen Mitteln und

2 Weber, Hermann: Immer Probleme mit den Archiven, in: Deutschland Archiv, 25. Jg. 6/1992, S. 584.

3 Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ vom 31. Mai 1994, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. 1, Baden-Baden 1995, S. 562.

vorwiegend unter Inkaufnahme persönlicher Gefährdung hergestellt. Mit ihrem Besitz und Vertrieb setzte man sich einem hohen Risiko von Verfolgung und Verhaftung aus. Eine systematische Archivierung solcher Unterlagen war nicht geplant und wäre auch kaum realisierbar gewesen, denn selbst wenn sie zunächst aufgehoben worden waren, gingen zahlreiche Dokumente verloren, weil sie später – etwa im Vorfeld drohender Hausdurchsuchungen – vernichtet wurden.

Das Archiv der DDR-Opposition, das im November 2017 in die Liste des national wertvollen Kulturgutes aufgenommen wurde, verfügt über den umfangreichsten geschlossenen Bestand an Selbstzeugnissen und Dokumenten oppositionell und widerständig handelnder Personen und Gruppierungen, die in vielen Fällen eine DDR-weite Ausstrahlungskraft besaßen.⁴

Der Schriftgutbestand (Abteilungen A–E) umfasst knapp 1.500 lfd. M., von denen bislang ca. 900 lfd. M. erschlossen sind. Zu ihm gehören in der Abteilung A etwa 250 Nachlässe und persönliche Archivbestände, u. a. von Marianne Birtzler, Manfred „Ibrahim“ Böhme, Bärbel Bohley, Roland Bude, Bernd Eisenfeld, Edgar Guhde, Robert Havemann, Bernd Holtfreter, Roland Jahn, Freya Klier, Doris Liebermann, Heiko Lietz, Lutz-Peter Naumann, Gerulf und Amrei Pannach, Gerd und Ulrike Poppe, Peter „Blase“ Rösch, Marion Seelig, Wolfgang Templin, Wolfgang Ullmann und Konrad Weiß.

In der Abteilung B wird das Spektrum der „DDR-Opposition bis 1989“ gesichert, u. a. der Bestand ‚Frauen für den Frieden‘, das ehemalige ‚Archiv Grauzone‘ mit Personen- und Gruppenbeständen zur autonomen Frauenbewegung sowie der Mischbestand ‚DDR-Opposition bis 1989‘, dessen Kern die Überlieferung der Berliner Umweltbibliothek bildet. Hier sind u. a. Selbstzeugnisse von Initiativen der Friedens- und Umweltbewegung, von Seminaren, Werkstätten und Aktionen überliefert sowie eine Sammlung zur Evangelischen Kirche.

In der Abteilung C „Bürgerbewegung ab 1989“ befindet sich Schriftgut von Vereinen, Initiativen, Vereinigungen und Parteien, die ab Sommer/Herbst 1989 entstanden sind. Zu finden ist hier die Überlieferung von Bündnis 90, des Neuen Forums sowie des Unabhängigen Frauenverbandes. Des Weiteren Sammlungen zum Demokratischen Aufbruch, zu Demokratie Jetzt, zur Vereinigten Linken, zur SDP/SPD, zur Grünen Partei und Grünen Liga und zur Initiative für unabhängige Gewerkschaften. Zudem werden in dieser Abteilung u. a. umfangreiche Sammlungen zum Zentralen Runden Tisch sowie zu regionalen und thematischen Runden Tischen verwahrt, darüber hinaus das Redaktionsarchiv der Wochenzeitung „die andere“ und das Archiv des BasisDruck Verlags.

Die Abteilung D „Aufarbeitung“ enthält die schriftlichen Hinterlassenschaf-

4 Zur Arbeit der Robert-Havemann-Gesellschaft und Bestandsvielfalt ihres Archivs der DDR-Opposition erschien unlängst: Ebert, Frank/Schröter, Anja (Hrsg.): Gegenentwurf. Ausschnitte deutscher Demokratiegeschichte, Berlin 2020.

ten von Opferverbänden, Vereinen und Initiativen, die sich mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur befassen, etwa das Archiv der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), und der Bestand des ‚Bürgerkomitees Normannenstraße‘.

In der Abteilung E „Sammlungen“ finden sich Transparente, Plakate, museale Objekte aber auch Audio- und Videomitschnitte. Die Sammlung von Samisdat-Publikationen ist die umfangreichste ihrer Art und ermöglicht einen nahezu vollständigen Überblick über die in den 1980er-Jahren veröffentlichten Schriften. Neben einer sachthematischen und personenbezogenen Pressedokumentation findet sich hier auch eine Ergänzungsdokumentation zum Thema Repression in der DDR.

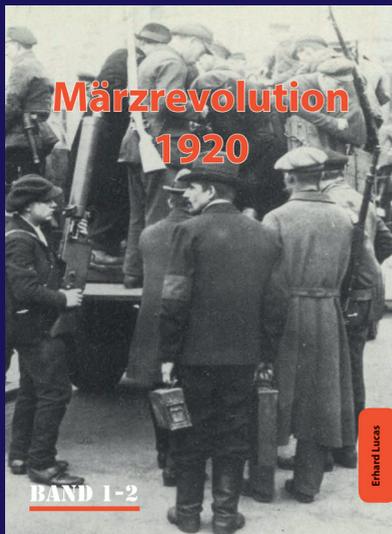
Das Bildarchiv (Abteilung F) umfasst schließlich ca. 500.000 Fotos, von denen bislang 150.000 erschlossen sind. Neben Beständen einzelner Fotografen, etwa von Andreas Kämper, Robert Conrad, Bernd Markowsky, Aram Radomski, Siegbert Schefke, Rainer Steußloff, Rolf Walter und Gerhard Zwickert sind hier u. a. die Fotoarchive der Zeitschriften „die andere“, „Umweltblätter“ und „telegraph“ gesichert.

Das Archiv der DDR-Opposition befindet sich auf dem ehemaligen MfS-Gelände, heute „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“, in der Ruschestr. 103, Haus 17, 10365 Berlin.

Eine Anmeldung ist erforderlich und wird unter Rebecca.Garcia@havemanngesellschaft.de sowie unter +49 30 577 9980 16 entgegengenommen.

Christoph Stamm

Geschichte als Kampffeld und Lernort



Die Buchmacherei

 Mehr Infos unter www.diebuchmacherei.de

Bibliotheken und Erinnerungsstätten

Die Biografische Bibliothek in Berlin-Neukölln

Die Biografische Bibliothek in Berlin-Neukölln habe ich 2005 in der Richardstr. 104 direkt neben der Galerie Olga Benario gegründet. Es handelt sich dabei um das einzige Antiquariat in Deutschland mit dem Spezialgebiet „Biografische Literatur“. Das umfasst Biografien, biografische Romane, Tagebücher, Briefe und Briefwechsel. Inzwischen sind es mehr als 3.000 Bände, die man im Laden aber auch online erwerben kann.

Schwerpunkte des Sortiments bilden Biografien von und über Frauen, Biografien von und über AntifaschistInnen sowie Überlebender der Shoah. Bis zur Zeit der Coronakrise fanden monatliche Vorstellungen neuer (Auto)biografien statt, die zum großen Teil mit dem Programm der Galerie Olga Benario abgestimmt waren. Insgesamt gab es bereits 89 Lesungen. Annelies Laschitzka stellte ihre Biografien über Rosa Luxemburg, die Familie Liebknecht und auch ihre eigenen Erfahrungen und Entdeckungen durch Rosa Luxemburg in mehr als 50 Jahren vor.

In der vorerst letzten 89. Biografischen Lesung von Ingeborg Boxhammer ging es um Margarete Herz. Diese radikaldemokratische jüdische Kämpferin für das Frauenwahlrecht und Mitbegründerin einer Reformbewegung für eine gesunde Lebensweise schuf ein starkes Netzwerk selbständiger Frauen. Der antisemitische Naziterror trieb sie ins Exil.

Bei unserer zuletzt geplanten Biografischen Lesung sollte Andrej Reder sein Buch „Dienstreise“ über das Leben und Leiden seiner Eltern in der Sowjetunion vorstellen. Ich hoffe, dass wir diese Lesung unter anderen Umständen einmal realisieren können.

Katinka Krause

Die Biografische Bibliothek
Das Antiquariat für Biografien, Memoiren, Briefe, Tagebücher
biobib@online.de | www.biobib.info
Richardstr. 104, 12043 Berlin | Tel. 680 59 387
Öffnungszeiten: Mo, Di, Do, Fr 15.00 bis 19.00 Uhr

Die Herstellung des Lernortes Prager-Haus

Mit dem Schild ZU VERKAUFEN an der Haustür begann die eigentliche Geschichte der neuen Nutzung des Prager-Hauses. Freilich: Schon Mitte der 1980er-Jahre hatte sich eine Arbeitsgruppe „Jüdisches Leben“ im Apoldaer Kulturbund gebildet, die mit der Erforschung des jüdischen Lebens der Stadt begann. Die daran beteiligten vier bis fünf Personen trugen und führten zusammen, was sie aus Erzählungen älterer Mitbürger erfuhren, die z. T. noch eigene Erfahrungen mit den verschwundenen Juden berichten konnten. Dazu kamen natürlich auch Recherche-Arbeiten im Stadtarchiv Apolda und im Hauptstaatsarchiv Weimar. Eines der Gruppenmitglieder, Heinz Ginsburg, war selber ein Verfolgter, der die Ermordung seines Vaters in Auschwitz zu beklagen hatte.

Inzwischen rückte ein besonderes Jubiläum in den Blick der Öffentlichkeit: der 50. Jahrestag des Judenpogroms von 1938. Aus diesem Anlass haben Mitglieder der Arbeitsgruppe eine Ausstellung über „Jüdisches Leben in Apolda“ erarbeitet, die in der Kapellendorfer Kirche, in einem Apoldaer Schaufenster und im GlockenStadtMuseum zu sehen war. Höhepunkt dieser Aktion wurde die Anbringung einer Gedenktafel am noch bewohnten Prager-Haus anlässlich seines 100. Geburtstages. Zur Enthüllung der Tafel am 29. Juni 1988 sprach der Shoa-Überlebende Heinz Ginsburg. Nur 100 Meter entfernt in der Fußgängerzone [untere Otto-Nuschke-Straße] hatten sich zahlreiche Einwohner versammelt und wohnten dem Gedenken bei, das von der Arbeitsgruppe „Christliche Kreise“ der Nationalen Front, der Kirchgemeinde Apolda und der SED-Kreisleitung organisiert wurde. Auch daran beteiligten sich Hinterbliebene von Verfolgten des Naziregimes.

Nachdem wir genügend Material in Form von Interviews, überlassenen Fotos und Aufzeichnungen zusammengetragen hatten, konnten wir 1991 eine erste Veröffentlichung herausgeben: „Die Rosewitz, Prager, Lichtenstein ...“. Damit war die selbst gestellte Aufgabe dieser Gruppe erfüllt.

Einige der Teilnehmer arbeiteten aber weiter in einer neuen Gruppe, die sich 1999 gebildet hatte: die Geschichtswerkstatt Weimar-Apolda. Die Mitglieder dieser Gruppe befassten sich zunächst mit den Vorgängerglagern von Buchenwald, die als KZ Nohra und KZ Bad Sulza ins Bewusstsein der heute Lebenden gehoben wurden. Es entstand die Buchreihe „gesucht. Die Vergangenheit für die Zukunft retten“ mit dem Titeln 1-4.

Dann kam das Jahr 2005, als plötzlich eine Tafel am Prager-Haus verkündete: ZU VERKAUFEN. Damit wurde die Geschichtswerkstatt in Alarmzustand versetzt, denn es deutete sich die erschreckende Möglichkeit an, dass sich irgendein Käufer für das Grundstück finden könnte, der dieses authentische jüdische Geschäftshaus durch Abriss beseitigt. Zunächst versuchte die Geschichtswerkstatt,

die Stadt für einen Kauf des Objektes mit dem Ziel seiner Sanierung und Vermietung an die Geschichtswerkstatt, zu gewinnen. Die damalige Stadtregierung antwortete mit einem glatten „Nein“. Da wurde uns klar, dass eine Rettung des Hauses jetzt in unsere Hände gelegt war. Die Geschichtswerkstatt berief eine Versammlung in das Stadthaus ein, zu der ein halbes Hundert Interessenten kamen. Es sprachen die Werkstatt-Vorsitzende Pastorin Ruth-Barbara Schlenker, das Vorstandsmitglied Dr. Harry Stein (beruflich Kustos der Gedenkstätte Buchenwald) und die Shoa-Überlebende Käthe Raphael, deren Großvater, Vater und Tante in Auschwitz ermordet wurden. Ziel der Versammlung war die Gründung eines Vereins, der sich die Rettung des Hauses und seine spätere Nutzung als Lern- und Gedenkort auf die Fahne schrieben. 31 Personen wurden gleich an diesem Abend Mitglied. Die erste und wichtigste Aufgabe bestand darin, den Kaufpreis für das Haus aufzubringen. Den Startschuss dafür gab Marion Schneider, Besitzerin der Toskana-Therme Bad Sulza, indem sie spontan 5.000 Euro als Spende in Aussicht stellte – genau die Hälfte des vom Bund geforderten Preises.

Nun begann eine Wegstrecke, die man nur mit den „Mühen der Ebene“ charakterisieren kann. Es galt, viele weitere Spender zu finden, beim Bund die Kaufsumme neu zu verhandeln (was mit schlussendlich 6.500 € gelang) und unser Projekt in der Öffentlichkeit bekannt zu machen sowie weitere Mitglieder zur aktiven Mitarbeit im Verein zu gewinnen. Es dauerte noch weitere zwei Jahre, bis auch die spanische Textform des Kaufvertrages aufgetrieben wurde, sodass 2009 der Kaufvertrag abgeschlossen werden konnte. (Eine karitative Einrichtung in Barcelona als Eigentums-Erbin einer verstorbenen weitläufigen Verwandten der Pragers musste für ihren Eigentumsanteil ausgezahlt werden.)

Seit 2009 konnten wir daran gehen, bei zahlreichen Subbotniks [freiwillige und unbezahlte Arbeitseinsätze] das Haus zu entrümpeln, zu säubern und erste vorläufige Nutzungen etwa bei Tagen der Offenen Tür zu organisieren. Immer wieder wurden Einwohner, Gruppen und Vertreter der Stadt eingeladen, sich alles anzusehen und dadurch Interesse sowie Unterstützung zu generieren. Allein den Wildwuchs der Natur auf Hof und Nebengebäuden rückgängig zu machen, erforderte manche schweißtreibenden Arbeitseinsätze. Und nebenher wurde in mehreren Anläufen versucht, erste Skizzen für die bauliche Sanierung und eine Nutzungskonzeption zu erarbeiten. Parallel dazu folgte die Suche nach potenten Förderern unseres Sanierungsprojektes. Leider konnten für ein großzügiges Projekt die nötigen Summen nicht aufgetrieben werden. So beschlossen wir 2012, „in kleinen Schritten“ mit der Sanierung selber zu beginnen. Am Beginn stand die Umgestaltung von Pragers Fellküche im Hinterhaus zum Veranstaltungsraum. Lottomittel und eine großzügige Spende der Hamburger Katharina und Gerhard Hoffmann-Stiftung ermöglichten die Grundsanierung der Fellküche und die Ausstattung des Raums mit einer Glas-Faltwand zum Hof. Daneben wurden Mit-

tel aus einem Förderprogramm zur Gebäude- und Dachsanierung generiert, mit denen die Nebengebäude neu gedeckt und der abgehende Ostgiebel stabilisiert werden konnte. Jetzt hatten wir einen Sanierungsstand erreicht, der uns 2016 gestattete, einen 1. TREFF BEI PRAGERS zu veranstalten, bei dem ein Zwei-Personen-Stück „Der König und sein Narr“ auf dem immerhin schon kiesbefestigten Hofraum aufgeführt wurde. Von nun an wurden fast regelmäßig monatlich diese TREFF-Veranstaltungen weitergeführt. Vor kurzem hatten wir den 27. TREFF BEI PRAGERS.

Eine weitere Förderung im Rahmen der Gebäude- und Dachsanierung schloss sich in den Folgejahren an. Damit wurde das Dach des Haupthauses neu gedeckt und die Giebelflächen saniert. Sicherungsanker wurden zwischen den Giebeln eingesetzt. 2017 begann der Innenausbau des Hauses mit Fördermitteln verschiedener Stiftungen aus Hamburg, Heidelberg und Köln. Der Einbau einer behindertengerechten Sanitärzelle wurde durch eine Förderung der Stadt Apolda möglich. Auch von der Thüringer Staatskanzlei kamen zweimal Förderungen, die für Installationen und Ausstattungen zu verwenden waren. Davon wurden ein neuer Hauswasser- und Abwasseranschluss, ein neuer Erdgasanschluss sowie die Arbeiten von zwei Leipziger Firmen zur Gestaltung des Museumsraumes im Erdgeschoss finanziert. Die Gruppe Holstein entwarf nach den Vorstellungen des Vereins die Konzeption zu einer Museumsgestaltung, die durch die Firma URBAN&URBAN ausgeführt wurde. Der Lern- und Gedenkort Prager-Haus wurde im Oktober und November 2018 mit drei separaten Veranstaltungen eröffnet. Wegen der vorhandenen geringen Grundfläche und Kubatur der Räume wurden die Feiern zuerst für die Vereinsmitglieder, danach für die Handwerksfirmen und Helfer und schließlich für die öffentlichen Amtsträger getrennt durchgeführt.

Heute bietet das Prager-Haus verschiedene Räume zur Besichtigung und interaktiven Nutzung an:

- ✓ Das Museum jüdisches Leben in Apolda im 20. Jahrhundert am Beispiel von vier Familien
- ✓ Der Gang der Erinnerung mit Schrifttafeln zum Zeitraum Apolda und Umfeld von 1918 bis 1945
- ✓ Die Bildergalerie von Porträtfotos Apoldaer Opfer des Faschismus
- ✓ Das Medienkabinett im Obergeschoss zur medialen Nutzung und als Computerraum für Schüler-Projekte
- ✓ Die ehemalige Fellküche für Vorträge, Lesungen, Diskussionen und musikalische Darbietungen

Zur Zeit wird von den ehrenamtlich tätigen Vereinsmitgliedern zwischen April und Oktober jeweils samstags und sonntags von 14 bis 16 Uhr das Haus geöffnet mit dem Angebot von Führungen und der Präsentation unserer inzwischen 40

gedruckten Veröffentlichungen. Ein Vereinsmitglied erarbeitete und pflegt fortlaufend unsere Internetseite www.prager-haus-apolda.de, auf der alle wichtigen Informationen zum Verein und seinem Lernort abgerufen werden können.

Wir verstehen uns als Betreiber eines Lern- und Gedenkortes, in dem ausnahmslos aller Opfer das Naziregimes gedacht wird, egal weswegen sie verfolgt wurden: als Juden, als Arbeiterwiderständler, als Kranke und Behinderte, als Wehrmachtsdeserteure, als ZwangsarbeiterInnen und ihre Kinder, wegen ihrer sexuellen Orientierung oder als Christen der Bekennenden Kirche.

Peter Franz

Prager-Haus-Apolda e. V.
Geschäftsstelle SCHALOM
Ritterstr. 19, 99510 Apolda
Tel.: 03644-5188704 | Mobil: 0152-04934420

Das Institut für Historische Sozialforschung

Der Kontext: Die österreichische Arbeiterkammer (AK)

Ob die politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen, die sich in Österreich zwischen 1918 und 1920 ereigneten, das Prädikat „Revolution“ verdienen, ist in der Forschung umstritten. Fest steht einerseits, dass die Sozialisierung von Produktionsmitteln nie über rudimentäre Ansätze hinauskam. Zugleich war das politische System im deutschsprachigen Rumpfstaat der ehemaligen Habsburger-Monarchie aber zweifellos etwas fundamental Neues. Die Arbeiterbewegung setzte nicht nur wesentliche sozialpolitische Anliegen durch (8-Stunden-Tag, Arbeitslosenversicherung, Urlaubsanspruch etc.) und erzwang die Demokratisierung und Republikanisierung des Staatswesens sowie die betriebliche Mitbestimmung, sie verankerte sich auch institutionell in einer für Staaten mit bürgerlicher Besitzordnung beinahe einzigartigen Weise. Um politisch handlungsfähig zu werden und den konservativ dominierten Wissensapparaten in Universitäten, Ministerien und Interessensvertretungen wie der Handelskammer ein eigenes Kompetenzzentrum entgegensetzen zu können, wurde 1920 auf Betreiben von Sozialdemokratie und Gewerkschaften das Arbeiterkammergesetz durch die Konstituierende Nationalversammlung beschlossen. Seither ist die Arbeiterkammer (AK) – mit Unterbrechungen während des Faschismus – die gesetzliche Interessensvertretung aller unselbstständig Beschäftigter in Österreich. ArbeitnehmerInnen gehören der AK verpflichtend an und finanzieren sie auch selbst durch die Arbeiterkammerumlage

(0,5 % des Bruttolohns).

Die gesetzlich verankerte Aufgabe der AK ist die Wahrung der „sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Interessen“ ihrer Mitglieder. Eine zentrale Funktion ist die eines progressiven Thinktanks. Die AK fungiert als Ideenfabrik der Gewerkschaften, erstellt wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Grundlagenstudien, Konjunkturprognosen, Analysen des Bundeshaushaltes, aber auch konkrete Handlungskonzepte für unterschiedlichste Politikfelder, von der Steuer- und Sozialpolitik über Fragen der öffentlichen Infrastruktur, des Wohnbaus, der Bildung, des Umwelt- und Klimaschutzes usw. Zur Rolle als Interessenvertretung gehört auch die Einbindung in den Gesetzgebungsprozess durch das Recht der AK, Stellungnahmen zu sämtlichen Gesetzesvorschlägen des Parlaments abzugeben. Desgleichen beschickt die AK die Paritätische Kommission für Preis- und Lohnfragen, das wichtigste Element der österreichischen Sozialpartnerschaft, in dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik im Rahmen eines institutionalisierten Dialogs erörtern. Die dritte Säule der AK ist der Mitgliederservice. Mitglieder haben Anspruch auf umfassende arbeits-, sozial- und konsumentenschutzrechtliche Beratung. Zudem gewährt die AK nach Prüfung Rechtsschutz in arbeits-, sozial- und konsumentenrechtlichen Verfahren und strengt auch ihrerseits Verbandsklagen an. Das vierte und letzte Aufgabenfeld der AK ist die vielfältige Unterstützung der betrieblichen Mitbestimmung und der Arbeit der Gewerkschaften, etwa durch Beratung von BetriebsrätInnen sowie deren Aus- und Weiterbildung.

Das Institut für Historische Sozialforschung (IHSF)

Die im AK-Gesetz verankerte Wahrung der kulturellen Interessen der ArbeitnehmerInnen beinhaltet neben einer breiten Kunst- und Kulturförderung auch die Auseinandersetzung mit Geschichte. Dabei stand lange die historische Bearbeitung der Arbeiterbewegung selbst im Fokus. Das 1990 von AK und Gewerkschaftsbund (ÖGB) gemeinsam gegründete „Institut zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern“ widmete sich vornehmlich organisationsgeschichtlichen und biografischen Aspekten seiner Trägerinstitutionen. Hinzu kamen Studien zur Entwicklung des österreichischen Wohlfahrtsstaates und zu Veränderungen in der Arbeitswelt. Das Institut, das auch als AK-Archiv sowie als Geschäftsstelle zweier Forschungsfonds fungiert, arbeitet dabei in enger Abstimmung mit der Sozialwissenschaftlichen Studienbibliothek der AK Wien. Diese verfügt nicht nur über eine der umfangreichsten einschlägigen Sammlungen an Literatur in Österreich, sondern war bis zur Jahrtausendwende auch mit vielfältigen sozialwissenschaftlichen Dokumentationsagenden befasst.

Im Jahr 2020 wurde aus dem Institut zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern das Institut für Historische Sozialforschung.

Mit dem neuen Namen veränderte sich auch das Tätigkeitsfeld, das sich nun grob in drei Felder untergliedern lässt: Forschen – Archivieren – Vermitteln.

□ **Forschen**

Die Interessensgebiete des IHSF haben sich geweitet. Sie reichen nun deutlich über die Arbeiterbewegung hinaus und umfassen sozial-, wirtschafts- und politikgeschichtliche Aspekte der österreichischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, die stark aus der Perspektive arbeitender Menschen beleuchtet werden.

Mit vier festen MitarbeiterInnen hat das IHSF in etwa die Größe eines gut ausgestatteten Lehrstuhls. Um seine zahlreichen Projekte dennoch bewältigen zu können, arbeitet das Institut eng mit externen ForscherInnen und Forschungseinrichtungen zusammen, gegenwärtig etwa vor allem mit der Universität Wien. Derzeit laufende Forschungsvorhaben widmen sich unter anderem der Österreichischen Schule der Nationalökonomie rund um Friedrich August Hayek und Ludwig Mises und deren Rolle als politischen Wissenschaftlern; Als Teil eines österreichweiten Forschungsverbundes arbeitet das IHSF außerdem an der Erforschung der politischen Repression unter dem Austrofaschismus 1933-1938. Nach wie vor eine wichtige Rolle spielt aber auch die Gewerkschaftsgeschichte; so laufen gegenwärtig Projekte zur Geschichte der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA), zur Rolle jüdischer AktivistInnen in der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, sowie zum gewerkschaftlichen Bildungstheoretiker Richard Robert Wagner.

Abseits eigener Forschungsarbeiten versucht das IHSF auch, als Geschäftsstelle zweier Forschungsfonds gerade junge WissenschaftlerInnen und kritische Themen zu fördern. Durch den Theodor Körner Fonds wird dabei ein weites wissenschaftliches und künstlerisches Feld abgedeckt, der Edith-Saurer-Fonds unterstützt dagegen gezielt post-docs aus den historischen Kulturwissenschaften. Zudem vergibt das IHSF für Studierende der Geschichts- und Archivwissenschaften Praktika und Stipendien für Scientists in Residence, deren Arbeit sich österreich-spezifischen Fragestellungen widmet.

□ **Archivieren**

Neben der Dokumentation und Archivierung von Unterlagen der AK befindet sich derzeit ein Gewerkschaftsarchiv im Aufbau. Dessen Kernbestandteil ist das vollständige Archiv der GPA seit 1945, umfangreiche Sammlungen zu Einzelpersonen, Oral-History-Interviews mit GewerkschafterInnen unterschiedlicher Ebenen, sowie ein umfangreicher Film- und Fotobestand. Aufgrund der Archivsperrfristen sind weite Teile der Bestände derzeit noch nicht zugänglich und konzentriert sich das IHSF daher vorerst auf deren Aufschlüsselung. Perspektivisch sollen die Geschichtswerkstätten, die der ÖGB in den 1980ern und 1990ern mit

großem Erfolg initiierte, wiederbelebt werden und die zutage geförderten Quellen in die Bestände des IHSF-Archivs integriert werden. Ergänzend zur eigenen Sammlungstätigkeit sucht das IHSF auch Kontakt zu Museen und arbeitet neben dem Haus der Geschichte Österreich etwa auch mit dem Museum Industrielle Arbeitswelt Steyr, dem Jüdischen Museum Wien oder dem Technischen Museum Wien zusammen.

□ Vermitteln

Das öffentliche Interesse an Geschichte ist außerordentlich groß. Hier setzt das dritte Betätigungsfeld des IHSF an. Neben populärwissenschaftlicher Publikationstätigkeit befindet sich derzeit ein Projekt in Vorbereitung, das in Kooperation mit mehreren Geschichtsinstituten und wissenschaftlichen Zeitschriften ein Social Media-gestütztes Geschichtsportale zum Ziel hat. Erreicht werden soll damit eine Zielgruppe von unter 35-Jährigen abseits des akademischen Betriebs. Der durch die COVID-Pandemie erheblich erschwerte Kick-off soll im letzten Quartal 2021 stattfinden. Ein weiteres Vermittlungsprojekt betrifft die Geschichte des Standortes der AK Wien: In der Prinz-Eugen-Straße nahe dem Belvedere im vierten Wiener Gemeindebezirk befand sich seit den 1880ern das Palais des Wiener Zweiges der Bankiersfamilie Rothschild. Dieses wurde nach der Machtübernahme der Nazis 1938 beschlagnahmt und zum Sitz der von Adolf Eichmann begründeten „Zentralstelle für Jüdische Auswanderung“. Diese Behörde neuen Typs organisierte in den darauffolgenden eineinhalb Jahren bis Kriegsbeginn die Vertreibung der heimischen Wiener Bevölkerung unter Abpressung eines größtmöglichen Teils ihres Vermögens. Im Anschluss wurde durch die Zentralstelle die Deportation in die Konzentrations- und Vernichtungslager im besetzten Osteuropa orchestriert. Nach 1945 wurde die Liegenschaft restituiert und in den 1950ern durch die AK erworben, die anstelle des Palais ein Verwaltungsgebäude errichtete. In Erinnerung an die Zentralstelle wird derzeit im Rahmen eines geladenen Wettbewerbes nach Konzepten gesucht, vor dem Haus ein Erinnerungszeichen zu errichten und dieses mit einer Dauerausstellung im Foyer der AK zu kombinieren.

Das IHSF ist an Austausch und Kooperationen stark interessiert, wir freuen uns sowohl über individuelle als auch institutionelle Kontaktaufnahmen,

Florian Wenninger

Kontaktadresse:

Institut für Historische Sozialforschung, Prinz-Eugen-Str. 20-22, 1040 Wien, Tel: +43-1-50165-12341, www.ihsf.at

Besondere Zeitdokumente

Anlässlich des 150. Geburtstages von Rosa Luxemburg am 5. März 2021 wird ein Dokument aus dem Jahr 1919 von Marie Geck (1865-1927), die wie ihr Mann Adolf Geck (1854-1942) in der Sozialdemokratie aktiv war, nach der Handschrift vorgestellt. Marie Geck nahm als Gast am Stuttgarter Parteitag 1898 und am Mannheimer Parteitag 1906 teil. Ab 1900 stand die Familie Geck mit Rosa Luxemburg in innigem Briefwechsel.¹

Eckhard Müller

Marie Geck, Zum Gedächtnis Rosa Luxemburg's²

Es war in den ersten Oktobertagen 1898, da wir uns zum ersten Male begegneten, in Stuttgart. Es tagte dort der deutsche Sozialdemokratische Parteitag. Die revisionistische Bewegung, ausgehend von Ed. Bernstein in London, der den deutschen Verhältnissen entfremdet war, hatte schon ihre ersten Wogen herübergespült in die deutsche Partei; die Leipziger Volkszeitung unter Schoenlank, die Sächsische Arbeiterzeitung unter Dr. Helphand-Parvus nahmen scharfe Stellung dagegen. Die „Umsturzvorlage“ drohte der Sozialdemokratie, der Wilhelm II. wieder einmal scharfe Fehde angesagt hatte in seiner Tafelrede in Bad Oeynhausen; dann hatte er sich aufgemacht zur Wallfahrt gen Jerusalem. Zwischen hinein spielte die Aufdeckung eines Geheimerlasses von Posadowsky,³ Schippel hatte das Wort ergriffen für seine Schutzzollpläne, Heine trat auf den Plan in Wort & Schrift für seine Kompensationspolitik: Kanonen für die Gewährung von Volksrechten; der Zar war mit seinem Abrüstungsvorschlag aufgetreten. – Unter diesen Diskussionsworten trat der Stuttgarter Parteitag im Dinkelackersaale zusammen. –

Am ersten Verhandlungstag stand der Geschäftsbericht des Vorstandes; Reichstagsbericht. – Taktik – zur Diskussion. Es dämmerte schon erheblich im großen Raume, Stadthagen, Peus, Ulrich, Heine, Bebel, Zetkin, Schoenlank hatten sich schon hauptsächlich für oder gegen das neue Stichwort festgelegt: „Die Bewegung ist alles, das Endziel ist nichts.“ Von da an der Schlachtruf der Revisionisten. – An einer Seitensäule lehnt ein junges Weib, eine gebrechliche, kleine Gestalt. Das kurzgeschorene schwarze Haar ist glatt zurückgestrichen. Unscheinbar müsste

1 Vgl. Rosa Luxemburg, Gesammelte Briefe, 6 Bände, Berlin 1982-1993.

2 Auszüge aus diesem handschriftlichen Dokument, in: Annelies Laschitzka: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996, S. 102/103.

3 In diesem Geheimerlass von Arthur Graf von Posadowsky-Wehner, Staatssekretär im Reichsamt des Innern, wurden Forderungen nach gesetzlichen Maßnahmen gegen das Streikrecht und die Koalitionsfreiheit erhoben.

das Weiblein nach seinem Äußerem wirken, sprächen aus dem durchgeistigten Gesichte nicht ein Paar wundervolle Augen, die einen gefangen nehmen. Noch kaum einmal im Leben haben mich Augen derartig hingegangen, heute, nach 18 Jahren steht mir die ganze Szene aber noch so habhaft im Erinnern, als wäre es gestern gewesen! Immer blitzender wurden die Augen, manchmal fährt der Stift über das Papier in der Hand, immer mehr bringt sich das kleine Persönchen vor, fast meinte man, es wüchse während Heines Rede. Meine Umgebung vermag mir keinen Aufschluss zu geben, wer das Mädchen aus der Fremde sei, immer aber zieht 's mich an, sie zu schauen und zu beobachten. Endlich, die Lichter leuchten schon an der hohen Decke: „Das Wort hat die Genossin ‚Rosa Luxemburg‘.“ Ach, das ist die Mitstreiterin von Parvus, mit der verflucht spitzen, aber auch so unerbittlich konsequenten Feder. Da steht meine Unbekannte auch schon oben am Rednerpult. Mitleid überkommt mich; wie will das hilflose Menschenkind da oben durchdringen!? – Und es dringt durch! In etwas süffisantem Ton, man hört einen Unterton des Bewusstseins der geistigen Überlegenheit über die Mehrzahl der Massen zu ihren Füßen heraus; fast etwas Widerspruch herausforderndes hatte dieser Ton. Aber wie fesselte sie den Parteitag, wie zwang ihre Logik. Der Widerspruch der sich da u. dort erhob, galt wohl mehr dem Ton, wohl zuerst der Vollmar, der sich in Zwischenrufen Luft machte. Wie sprach aus jedem Satze die konsequente, kühne Revolutionärin. Es würde zu weit führen, die Einzelheiten wiederzugeben. Mögen die Parteigenossen diese heute so neu wirkenden Verhandlungen nachlesend, im Stuttgarter Protokoll von 1898. Es waren wahrhaft prophetische Worte dort gefallen. – Die Rednerin hatte eben geredet u. geschlossen, dass eine soz. Partei sich immer der jeweiligen Lage gewachsen zeigen müsste u. vor keiner ihrer Aufgaben zurückschrecken dürfe, unsere Ansichten über das Endziel müssten dann geklärt sein u. wir werden es dann verwirklichen, trotz Sturm u. Wind u. Wetter.⁴ – Großer Beifall rauschte durch den Saal, nur Vollmar räusperte sich etwas vernehmlich; das kleine Persönchen war untergetaucht, ich fand es nicht mehr an der alten Säule. Da schreit eine Stockschnupfenstimme recht schnoddrig neben mir: „Gemeinplätze! Die kauf ich mir!“ – Und beim Büro meldet sich großspurig: Herr Anton Fendrich, Vertreter des 6. Badischen Wahlkreises. – Unter den albernsten Banalitäten, berufend auf Urteilslosigkeit, schnodderte er über die „Gemeinplätze“ der Vorrednerin, erntete Widerspruch u. zum Schluss Heiterkeit, als er so sein Programmsprüchlein ledig geworden war, mit dem er später oft noch auf die Zustimmung u. andern Fang ging, vom Herz auf dem rechten Fleck haben, vom Pulver trocken halten u. dass ein Ideal im Herzen mehr wert sei, als Phrasen. „Sie kennen meine Anschauungen u. können sich

4 Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Stuttgart vom 3. bis 8. Oktober 1898, Berlin, S. 99/100.

das übrige denken.“⁵ – Fast möchte ich es der „Rosel“ abbitten, dass ich Fendrich unseligen Namen heute zusammen nenne, mit dem ihres ersten rednerischen Engagements in der deutschen Sozialdemokratie; fast will 's mich eine Leichenschändung bedeuten! Und doch, mit aller Macht drängt sich mir die Feder, fordert auf, Euch Arbeiter zu danken u. zu vergleichen. – Ausgerechnet Anton Fendrich musste es sein, der einer Rosa Luxemburg wagte Gemeinplätze, Phrasen, vorzuwerfen, Mangel an Idealen! – Er ist eine der großen Ironie, die Zeiten gebühren, heute zu konstatieren, wer Anton Fendrich war in der deutschen, in der badischen Partei, war und wo er war u. was er trieb während des Krieges!⁶ – Ja es gibt eben Idealisten und Militaristen! Und aus purem Idealismus suchte sich damals Herr Anton Fendrich als reich verschrienen Genossen Vollmar bemerkbar u. nützlich zu machen! – Als wir bald darauf den Saal verließen, hatte sich mir Klara Zetkin in der Menge eingehängt. Wir sprachen beim Hinausgehen von dem Intermezzo u. Klara meinte, auch wenn die Rosa wollte, wie müsste der Bengel (Fendrich) quietschen! Die hat ja im kleinen Fingernagel mehr Geist u. Wissen, als der in seiner ganzen Figur! Wir waren davon überzeugt. – Im Hotel wollte sich Fendrich vor Vollmar brüsten, da tut es mir heut noch gut, wie dieser ihn, mit ironischer Zustimmung, trotzdem kaltstellte. – Andern Morgen musste ich neben dem „Alten“ (Wilhelm Liebknecht) recht tapfer schreiten, um am Königsplatz die Tram zum Parteitagstempel zu erreichen. Der Alte hatte einen guten Schritt u. ich hatte daheim ein kleines Mädchel von 2 Monaten,⁷ da wollten die Untertanen noch nicht so recht mit dem Dauerlauf. In der Tram saß Parvus mit meiner interessanten Unbekannten von gestern, vor der ich heute einen gewaltigen Respekt hatte! Lieb machte sie der rundlichen Genossin Platz u. bald hatten wir uns auch gesprochen. Ich weiß es heute noch bestimmt, dass ich nicht das Herz hatte, sie anzusprechen. Sobald als sie aber wusste, wer ich war, d. h. zu wem ich gehörte, richtiger gesagt, da kannten wir uns auch schon u. in jenen kargen Minuten war der Grund gelegt zu der treuen Freundschaft, die uns band bis zur letzten Stunde, die für das bleibende Gedenken an Rosa Luxemburg bei meiner ganzen Familie Grab u. Zeit überdauern wird; zu der Freundschaft von der Hochverehrten noch kurz vor ihrem Märtyrertod in der für uns bittersten Seelenstunde⁸ sich so dokumentierte:

„Berlin, Hotel Moltke (Meine jetzige Adresse) 18. November 1918
Meine teuren, geliebten, herzinnigen Freunde!

5 Vgl. Ebenda, 100/101 und 104.

6 Vgl. Anton Fendrich: Die Kluft. Erlebnisse, Briefe, Dokumente aus dem Jahren 1914-1919, Stuttgart 1919.

7 Gemeint ist Rothraud Geck-Weckerle (1898-1983), die jüngste Tochter von Marie und Adolf Geck.

8 Brandel Geck (1893-1918), der älteste Sohn von Marie und Adolf Geck war noch im November 1918 gefallen. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht kondolierten der Familie mit dem nachfolgenden Schreiben.

Eben erhalte ich über Breslau das furchtbare schwarze Kuvert. Mir zitterte schon die Hand und das Herz, als ich die Schrift und den Stempel sah, doch hoffte ich noch, das Schrecklichste würde nicht Wahrheit sein. Ich kann es nicht fassen, und Tränen hindern mich am Schreiben. Was ihr durchmacht, ich weiß es, ich fühle es, wir wissen den fruchtbaren Schlag alle zu ermessen. Ich habe so unendlich viel von ihm für die Partei, für die Menschheit erwartet. Mit den Zähnen möchte man knirschen. Ich möchte Euch helfen, und doch gibt es keine Hilfe, keinen Trost. Ihr Lieben, lasst Euch nicht durch Schmerz überwältigen, lasst die Sonne, die in Eurem Haus immer strahlt, nicht hinter diesem Entsetzlichen verschwinden. Wir alle stehen unter dem blinden Schicksal, mich tröstet nur der grimmige Gedanke, dass ich doch auch vielleicht bald ins Jenseits befördert werde – vielleicht durch eine Kugel der Gegenrevolution, die von allen Seiten lauert. Aber so lange ich lebe, bleibe ich Euch in wärmster, treuester, innigster Liebe verbunden und will mit Euch jedes Leid, jeden Schmerz teilen.

Tausend Grüße Eure Rosa L.

Mein herzlichstes Beileid Ihr K. Liebknecht⁹

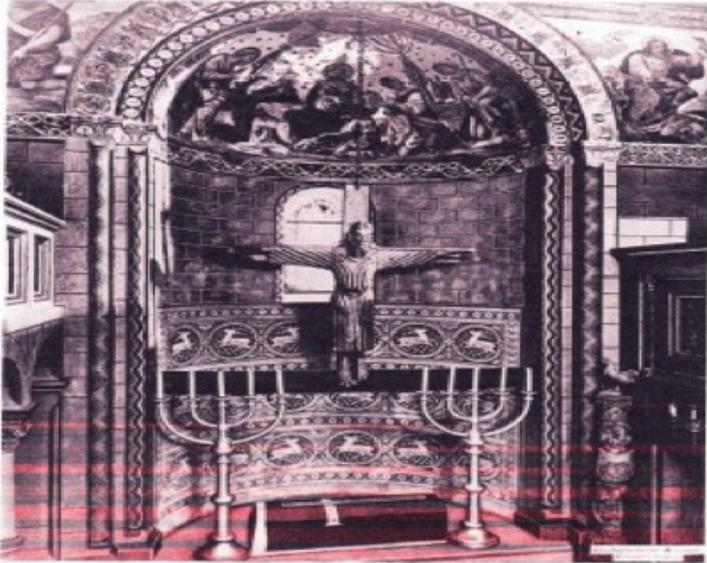
Ein zweites Mal sah ich sie das Podium eines Parteitages betreten, und wieder war es zur Zeit eines ganz markanten Abschnittes in der Parteigeschichte: Der politische Massenstreik [und] die Stellung zum Militarismus stand zur Diskussion. Rosa Luxemburg war eben den russischen Schergen entflohen in Deutschland wieder eingetroffen. Erschöpft kam sie am Begrüßungsabende des Parteitages in Mannheim an; als sie während der Rede Adolf Gecks den größten Saal Deutschlands betrat, von Dr. Frank geleitet, da wollte das Jubeln der vielen Tausenden kein Ende nehmen.¹⁰

Quelle: Generallandesarchiv Karlsruhe, Abt. N Geck, Nr. 259.

9 Rosa Luxemburg an Marie und Adolf Geck vom 18. November 1918, in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Band 5, Berlin 1984, S. 415 und vgl. Rosa Luxemburg: Noch ein Opfer, in: Dieselbe: Gesammelte Werke, Band. 7/2. Hrsg. und bearb. von Annelies Laschitza und Eckhard Müller. Mit einem Vorwort von Annelies Laschitza, Berlin 2017, S. 1115.

10 Marie Geck war Delegierte zur 4. Frauenkonferenz der SPD und nahm als Gast am Parteitag in Mannheim 1906 teil. Im Protokoll des Mannheimer Parteitages 1906 sind nur Begrüßungsreden von August Dreesbach und August Bebel veröffentlicht. Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906 sowie Bericht über die 4. Frauenkonferenz vom 22. u. 23. September 1906 in Mannheim, Berlin 1906, S. 146-153.

Minna Faßhauer – Volkskommissarin für Volksbildung und Volkswohlfahrt während der Novemberrevolution im Land Braunschweig



XXXI. Jahrgang.

— 131 —

Stück 18.

Amtsblatt

des

Braunschweigischen Landes-Konfistoriums.

Wolfenbüttel, den 10. Dezember 1918.

Gesetz über die Neuordnung der Volksschulaufsicht.

Braunschweig, den 21. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat erläßt folgendes Gesetz:

§ 1.

Die bislang von dem Staatsministerium wahrgenommene Oberaufsicht und oberste Leitung des gesamten Unterrichtswesens wird in der Republik Braunschweig von dem Volkskommissariat für Volksbildung ausgeübt, insoweit nicht für einzelne Arten von Schulen (z. B. Fachschulen usw.) abweichende Bestimmungen getroffen werden.

Braunschweig, den 21. November 1918.

Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrats.
Das Volkskommissariat für Volksbildung.

J. Raab.

M. Faßhauer.

Zum Dokument

Dies ist das „Amtsblatt des Braunschweigischen Landes-Konsistoriums vom 10. Dezember 1918“. Es informiert über die „Neuordnung der Volksschulaufsicht“, seinerzeit ein normaler Vorgang kirchlicher Information.

Nicht normal war die Information des Arbeiter- und Soldatenrates in einem Amtsblatt der Kirche darüber, dass die Oberaufsicht und oberste Leitung des gesamten Unterrichtswesens der Sozialistischen Republik Braunschweig nunmehr vom Volkskommissariat für Volksbildung ausgeübt wird. Namentlich gezeichnet von J. Kautz¹ und M. Faßhauer. Ein unerhörter Vorgang und Widerspruch.

Die Geschichte:

Im Herzogtum Braunschweig residierte Herzog Ernst-August zu Braunschweig und Lüneburg seit dem 2. November 1913. In den Erzählungen fehlt allgemein, dass ihm als Adligem auch das Bischofsamt zufiel.

Die Dokumentation über den Regierungsantritt enthält auch den Ablauf des Festgottesdienstes im Dom St. Blasii. Der Hof- und Domprediger Dr. v. Schwartz jubelte: „Nun ist das Sehnen gestillt, nun sind die Gebete erhört: Wir haben unseren Herzog! ... so grüßen wir heute hier im Gotteshause als Christengemeinde den, der fortan oberster Bischof unserer Landeskirche ... sein wird.“²

Dietrich Kuessner, Kirchenhistoriker und Pfarrer i. R., der mir auch das Amtsblatt zur Verfügung stellte, erläutert: „Wie kam Ernst August zum Bischofsamt? 400 Jahre lang übte das jeweils regierende Oberhaupt zugleich die entscheidende ‚Kirchengewalt‘ aus, ... Ursprünglich war diese Konstruktion in der Reformationszeit als Übergangslösung gedacht, aber dann gefiel es den Königen und Herzögen, Macht über die evangelische Kirche zu behalten und ließ sie nicht mehr los. ... ‚Thron und Altar‘ waren also dicht zusammengerückt, und automatisch war Ernst August, auch noch 1913, obwohl erst 25 Jahre alt, Oberhaupt der Braunschweiger Landeskirche. Seelsorge und Kirchenverwaltung waren ihm fremd.“³

Am 8. November 1918 wird der Herzog in der Novemberrevolution durch den Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrat zur Abdankung gezwungen und das Volkskommissariat für Volksbildung mit Minna Fasshauer besetzt. Damit hatte erstmals eine Frau in einem Land des deutschen Reiches, wenn auch nur für vier

1 J. Kautz bleibt unbeachtet, seine Funktion ist unklar und scheint den Auseinandersetzungen um die politische Richtung geschuldet zu sein, siehe: „Die revolutionäre Arbeiterbewegung Braunschweigs von den Anfängen bis 1919, aufgeschrieben von einem, der dabei war, Robert Gehrke, Arbeiterrat, Kommunist, Antifaschist“, Hrg.: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Niedersachsen e.V., ISBN 978-3-00-059572-1.

2 „Braunschweigs Freudentage, Aktenstücke, Reden etc. zur Thronbesteigung Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs Ernst-August zu Braunschweig und Lüneburg“, Braunschweig 1913, Verlag von Hellmuth Wollermann, Hof-Buch- und Kunsthändler, Seite 36.

3 https://www.thzbs.de/uploads/tx_rtgfiles/2013-09-26_Dietrich_Kuessner.pdf.

Monate, ein Ministeramt inne, noch dazu das Kultusministerium, das das kaiserliche Regime ideologisch absicherte. Hier hat die Räteregierung die Machtfrage für sich entschieden. Das war revolutionär, erklärt aber nicht ihre Unterschrift im kirchlichen Amtsblatt.

Minna Faßhauer (1875-1949), war aus armen Verhältnissen im Bördekreis Wanzleben nach Braunschweig gekommen. Nach mündlichen Überlieferungen von Zeitgenossen arbeitete sie als Waschfrau und in der Konservenfabrik.⁴ Bereits vor 1908 war sie illegal gegen das Vereins- und Versammlungsgesetz von 1850, das Arbeiterinnen politische Betätigung verbot, und für das Frauenwahlrecht aktiv.

Seit 1903 in der SPD organisiert wurde sie ihrer Überzeugung folgend 1914 Mitglied der „Gruppe Internationale“ (ab 1916 Spartakusbund) und schloss sich, wie die Mehrheit der Braunschweiger SPD-Mitglieder, 1917 der neu gegründeten USPD an. Dort vertrat sie als Vorsitzende des spartakusorientierten Frauenklubs ihre Haltung gegen den Krieg.⁵

Unter ihrer Verantwortung wurde 1918 das im Amtsblatt veröffentlichte „Gesetz über die Neuordnung der Schulaufsicht“ erlassen. Sie ordnete an, dass im Schulunterricht und aus den Büchern Völkerverhetzung, Fürstenverherrlichung und Kriegsgeschichte zu entfernen und der Kulturgeschichte Vorrang zu geben sei.⁶ Außerdem senkte sie das Alter für die Religionsmündigkeit auf 14 Jahre.

Die städtischen Verwaltungen und Schulvorstände wurden ersucht, Kinderhorte auszubauen und Volkskindergärten zu gründen.⁷ Sie kümmerte sich um die Zustände in der Erziehungsanstalt „Wilhelmstift“ in Bevern und bezweifelte die Rechtmäßigkeit der Unterbringung von Kindern aus der Arbeiterklasse dort.⁸ Aufgaben, die bisher unter der Oberhoheit der Kirche, also des Bischofs standen, lagen nun in den Händen des Volkskommissariats für Volksbildung.⁹

Der Herzog war gleichzeitig geistiges Oberhaupt und Bischof der Landeskirche. Als Minna Faßhauer Volkskommissarin für Volksbildung wurde, trat sie formal in die Nachfolge des Herzogs in kirchlichen Belangen ein. Und so erscheint die Revolutionärin verantwortlich im Amtsblatt des Braunschweigischen Landes-Konsistoriums!¹⁰

Die Kirche verweigerte die Zusammenarbeit mit Minna Faßhauer und behandelte sie mit Hohn und Verachtung wegen ihrer Herkunft.

4 Braunschweigs rote Seiten, DKP Region Braunschweig: „Waschfrau, Kommunistin, Ministerin, Minna Faßhauer, Volkskommissarin für Volksbildung und Volkswohlfahrt während der Novemberrevolution im Land Braunschweig 1918/1919“.

5 Friedhelm Boll: „Massenbewegungen in Niedersachsen 1906-1920“, Bonn 1981, S. 247.

6 12 A Neu Fb. 5 Nr. 708.

7 Ebenda.

8 <https://www.minna-fasshauer.de/2017/04/11/3-kinderschutz-und-kinderfreizeit/>

9 <https://www.minna-fasshauer.de/2017/04/11/4-schule-bildung/>

10 <https://www.minna-fasshauer.de/wp-content/uploads/2018/10/Laudatio-Minna-Fa%C2%B7hauer.pdf>

Ihre Überzeugung bezahlte Minna Faßhauer in den folgenden Jahren mit Bespitzelung, Kriminalisierung¹¹, Gefängnis und KZ. Nach der Befreiung vom Faschismus arbeitete sie in der politischen Frauenarbeit der KPD und half beim Aufbau der VVN in Braunschweig. Sie starb am 10. Oktober 1949.¹²

Heide Janicki, Braunschweig,
Mitinitiatorin des DGB-Arbeitskreises Minna Faßhauer
www.minna-fasshauer.de

11 <https://www.minna-fasshauer.de/2017/04/11/301/>

12 <https://www.minna-fasshauer.de/2017/04/11/10-antifaschistin/>

Lazar Fundo 1935 zur Herausbildung der KP Albanien

Die Entwicklung einer revolutionären Bewegung in Albanien und die Entstehung ihrer politischen Partei war langwierig und es bedurfte mehrerer Anläufe, bis sich vor 80 Jahren im November 1941 die KPA formieren konnte.¹ Das vorliegende Dokument belegt authentisch, dass sich der Prozess zwar widersprüchlich, aber keineswegs nach der seit dem Kalten Krieg verbreiteten eingefahrenen Vorstellung vollzog, dass „Albanien in der Frühzeit der Komintern kein geeignetes Feld für kommunistische Politik (war).“²

Lazar Fundo³ (1899-1944), aus dessen Feder das Dokument – aus einem Bericht an die Komintern-Führung – stammt, gehörte zu den wagemutigen und weitsichtigen politischen Aktivisten, der sich schon frühzeitig nach dem Ende des I. Weltkrieges für gesellschaftliche Veränderungen im Land einsetzten. Bereits 1923 hatte er in Korça den Versuch unternommen, eine Sozialistische Partei auf den „reinen Prinzipien, die wirklichen Fortschritt und Glück für das Volk verkörpern“⁴ ins Leben zu rufen. Als Absolvent der Pariser Sorbonne, wo er Rechtswissenschaft studiert hatte, engagierte sich Fundo nach der Rückkehr in der von Avni Rustemi (1895-1924) im Oktober 1922 gebildeten demokratischen Gesellschaft „Bashkimi“ (Die Vereinigung). Diese trat für die Beschneidung großer Güter der Grundbesitzer, die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, höhere Löhne sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz ein. „Bashkimi“ beförderte am Vorabend der Junirevolution von 1924 die Herausbildung einer Volksbewegung, die nach wirtschaftlicher und kultureller Modernisierung des Adria-Landes und nach sozialen Reformen strebte.

Fundo wirkte tatkräftig in der Junirevolution mit und musste nach deren Niederschlagung durch Ahmed Zogu (1895-1961) im Dezember 1924 wie viele revolutionäre und linksdemokratische Intellektuelle ins Ausland fliehen. In Wien schloss er sich dem von Fan S. Noli (1882-1965) im März 1925 gebildeten „National-Revolutionäre Komitee“ (KONARE) an und war für die Kommunistische Balkan-Föderation sowie als Journalist für „Die Balkan-Föderation“, die in Französisch, Englisch und Deutsch erschien, tätig. Er ging von dort in die Sowjetunion, wo er den bulgarischen Kommunisten Georgi Dimitroff (1882-1949)

-
- 1 Siehe Kristo Frashëri, *Historia e lëvizjes së majtë në Shqipëri dhe të themelimit të PKSH-së 1878-1941 (Vështrim historik me një shtojcë dokumentare)*, Tirana 2006, S. 173 ff. Der Autor hinterfragt kritisch die offizielle Darstellung der Geschichte der KPA, seit 1948 Partei der Arbeit Albanien.
 - 2 Franz Borkenau, *Der europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart*, Bern 1952, S. 371.
 - 3 In der Literatur findet sich auch L Lazar Fundo und Zai Fundo. Hier wird die Schreibweise im Originaldokument zugrunde gelegt.
 - 4 Zitiert nach Frashëri, *Historia*, S. 26.

kennenlernte.

Im Rahmen der Komintern arbeitete Fundo bei der Gewinnung und Organisation ausländischer Studenten für deren Bildungseinrichtungen. Er selbst absolvierte die Lenin-Schule und wurde Mitglied der KPdSU (B). An der Sun-Yatsen-Universität hielt er Vorlesungen zu philosophischen Themen. Zeitweise arbeitete er im Sekretariat des Vorsitzenden des EKKI N. I. Bucharin (1888-1938). 1928 war Fundo Mitbegründer der Albanischen Kommunistischen Gruppe in der Sowjetunion.⁵ Als deren Vertreter nahm er auch an der VIII. Konferenz der Kommunistischen Balkan-Föderation teil, die in einer EntschlieÙung die politische und organisatorische Vorbereitung zur Schaffung einer kommunistischen Partei in Albanien unterstützte.⁶ Diese Initiativen konnten nicht umgesetzt werden – noch waren im Land objektive Voraussetzungen wie subjektive Bedingungen nicht in erforderlichem Maße herangereift.

Erst in den 1930er-Jahren vollzogen sich auf wirtschaftlicher und politischer Ebene erkennbare Veränderungen. Wie aus dem von Fundo für den Zeitraum von 1925 bis 1935 ausgearbeiteten analytischen Bericht hervorgeht, war infolge der Wirtschaftspolitik des monarchistischen Regimes – Zogu hatte sich 1928 zum „König der Albaner“ ausgerufen – der Grad der industriellen Produktion angewachsen.⁷ In den italienischen Konzessionsunternehmen auf den Erdölfeldern in Kuçova sowie beim Bau einer Erdölleitung von Kuçova in die Hafenstadt Vlora waren tausende Arbeiter beschäftigt. Sie litten unter erbärmlichen Arbeits- und Lebensbedingungen, geringen Löhnen, fehlender Sozialversicherung und gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Der Binnenmarkt wurde im Ergebnis der Weltwirtschaftskrise mit billigen Industrie- und Gebrauchsgütern aus dem Ausland überschwemmt, was in erster Linie die kleinen Produzenten in den Dörfern und Städten traf. Handwerksbetriebe und Geschäftsinhaber wie kleine Fabriken gingen bankrott, die Schuldenlast der Bevölkerung stieg unermesslich an. Vor diesem Hintergrund kündeten mehrere bewaffnete Aktionen und Aufstände 1935 davon, dass sich eine antimonarchistische Opposition gegen Zogu herausbildete.

Der Einfluss der verschiedenen kommunistischen Pioniere und der entstehenden Gruppen wuchs dank ihrer unermüdlichen Arbeit langsam an und es zeigten sich auch Ansätze organisatorischer Strukturen. So konnte 1933 in Korça eine erste gewerkschaftliche Organisation gebildet werden. Ihr gehörten neben Arbei-

5 Siehe Erwin Lewin, Ein Dokument aus der Frühgeschichte der revolutionären Bewegung Albanien. Thesen über die unmittelbaren Aufgaben der Albanischen Kommunistischen Gruppe in der Sowjetunion (Oktober 1929), in: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher, Band 12, Leipzig 2011.

6 Siehe Internationale Presse-Korrespondenz, Berlin vom 3. Mai 1929, S. 919.

7 Was ist in den 10 Jahren des Bestehens des jetzigen Regimes geschehen?, in: Russkij Gosudarstvennyj Archiv Social'no Političeskoj Istorii, Moskau (im Folgenden: RGASPI), F. 495, Op. 86, D. 32, Bl. 7.

tern und Gesellen auch Meister verschiedener Gewerke an. Vorsitzender wurde Pilo Peristeri (1900-2009) von der kommunistischen Korçagruppe. Unter der Bezeichnung „Puna“ (Die Arbeit) wurde diese als Verein gegenseitiger Unterstützung anerkannt. Auf Initiative von Mafuz Laze (1909-1985) entstand im Oktober 1935 in Kuçova die Gewerkschaft der Erdölarbeiter „Puna“. Ihr gelang es, im Januar 1936 den ersten großen Streik zu organisieren, der nahezu vollzählig die Arbeiter auf den Erdölfeldern in Südalbanien erfasste. Im Ergebnis konnten Lohnerhöhungen erzielt, die Arbeitszeit verringert und das legale Existenzrecht für die Gewerkschaft erreicht werden. Das war insofern von Gewicht, als über Propaganda und Schulungsarbeit hinaus ein Schritt zur Überwindung der lokalen Enge getan werden konnte. Nach wie vor fehlte eine einheitliche revolutionäre politische Partei, die imstande wäre, die Opposition im Landesmaßstab zu organisieren.

Lazar Fundo kam eine wirksame Rolle in diesem Formierungsprozess zu. Er gehörte zu jenen revolutionären linken Kräften, die unter dem Einwirken der kommunistischen Balkan-Föderation, respektive des Balkan-Sekretariat des EKKI die Differenzierung im National-Revolutionären Komitee vorantrieben, aus dem 1927 eine eigene Vertretung unter dem Namen „Komiteti i Çlirimit Nacional“ (Komitee der Nationalen Befreiung) hervorging.

Fundo war nach Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland nach Frankreich gegangen und koordinierte dort respektive in der Schweiz mit Halim Xhelo (1894-1937) die Aktivitäten des Komitees. In internen Auseinandersetzungen im Komitee der Nationalen Befreiung und unter den Anhängern der kommunistischen Revolutionäre im Land über die Politik gegen die Königsdiktatur vertrat er nach anfänglich überzogenen Vorstellungen die Auffassung, dass es um die Beseitigung der Monarchie, die Überwindung der feudalen Überreste sowie die Befreiung des Landes von kolonialer Abhängigkeit Italiens und nicht um den Kampf für die proletarische Revolution gehe. Als langjähriger politischer Redakteur des vom Komitee in Genf von 1925 bis 1935 herausgegebenen Organs „Liria Kombëtare“ (Nationale Freiheit) wirkte er darauf ein, die Aktivitäten der albanischen Revolutionäre und Kommunisten an den realen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten im Land auszurichten.

Er verfasste so gewichtige Arbeiten wie „Vom Triumph der Legalität⁸ zur Volksrevolution“ (1934) und „Die Rettung der Bauern“ (1935). Der theoretisch Gebildete, der auch in „L'Humanite“, „Avanti“ oder „L'Unita“ Artikel veröffentlichte, untersuchte in seinen Studien nüchtern die wirtschaftliche Situation in seinem Heimatland, vor allem die Lage der armen bäuerlichen Schichten. Angesichts der Auswüchse bei der Zwangskollektivierung hatte er Zweifel an der Politik zur Lösung der Agrarfrage in der UdSSR. In Paris organisierte er während des Spa-

8 Mit dieser Bezeichnung wurde nach der Niederlage der Junirevolution der Sieg der Restauration bemäntelt.

nischen Bürgerkrieges albanische Freiwillige für die Internationalen Brigaden.

In den Jahren 1934/1935 setzte in der kommunistischen Bewegung angesichts der weltweiten Gefahr des Faschismus ein widersprüchlicher Prozess des Umdenkens zu einem Kurs einer wirksamen antifaschistischen Bündnispolitik ein. Die langwierigen Debatten in der Komintern tangierten auch die Aktivitäten der albanischen Kommunisten, denn sie rückten deren organisatorische wie politische Probleme – zumindest zeitweise – in den Hintergrund. Aus Fundos analytischem Bericht geht hervor, dass er in Frankreich neun Monate lang ohne jegliche Verbindung zum EKKI geblieben war. Mit Hilfe der FKP reiste er Anfang 1934 nach Moskau, um mündliche oder schriftliche Anweisungen für den Aufbau organisatorischer Strukturen im Lande zu erhalten. Dort verweilte er über ein Vierteljahr, bekam jedoch trotz mehrerer Anläufe keine Antwort auf seine Anfragen, was ihn zu dem Schluss führte, dass das EKKI-Sekretariat „unsere Arbeit unterschätzt und die albanische Frage treiben lässt.“⁹ Erst im Dezember 1936 wurde im Balkan-Ländersekretariat der „Beschluss zur albanischen Frage“ vorbereitet, den das EKKI-Sekretariat im Februar 1937 fasste.¹⁰ Fundo beschreibt in dem Dokument bereits 1935 die Situation nicht nur zutreffend, sondern entwickelt auch Überlegungen, die vom EKKI-Sekretariat in dem genannten Beschluss 1937 aufgenommen und in konkrete Direktiven gefasst wurden.

Im gleichen Jahr 1937, möglicherweise auch später – über den Zeitpunkt liegt keine verlässliche Angabe vor¹¹ – wurde er im Zuge der stalinistischen Säuberungen und Verfolgungen in der UdSSR für „intellektuelles Gebaren“ sowie „bürgerliche Abweichungen“ kritisiert und letztlich als „Trotzkist“ abgestempelt. In dieser Zeit bezichtigte ihn eine Untersuchungskommission des EKKI, die Beförderung Freiwilliger nach Spanien zu sabotieren und schloss ihn aus der Komintern aus. Es gelang ihm, wohl auch aufgrund seiner engen Verbindung zu Dimitroff, sich nach Paris zu retten.

Am Vorabend der italienischen Aggression 1939 gegen Albanien kehrte Fundo nach Korça zurück und wirkte als Lehrer am dortigen Gymnasium. 1940 wurde er wegen antifaschistischer Betätigung entlassen, 1941 verhaftet und bis 1943 auf der Internierungsinsel Ventotene festgesetzt. Dort traf er u. a. Altiero Spinelli (1907-1986), einen der späteren Gründungsväter der Europäischen Union, und Alessandro Pertini (1896-1990), den Retter der Tagebücher Antonio Gramscis

9 RGASPI, F. 495, Op. 86, D. 32, Bl. 22.

10 Siehe RGASPI, F. 495, Op. 11, D. 36.

11 Die Quellenlage ist insgesamt nicht befriedigend, und es gibt bisher keine umfassende quellenmäßig gesicherte Studie respektive biografische Skizze zur Person Lazar Fundos. Siehe Fundo, Llazar (Zai) (1899-1944) (Lemma), in: Akademia e Shkencave e Shqipërisë, Fjalori enciklopedik shqiptar, Band 1, Tirana 2008, S. 737 f.; Fundo, Llazar, in: Robert Elsie, A Biographical Dictionary of Albanian History, I. B. Tauris London 2013, S. 158 f.; Giovanni Falcetta, Biografia di Lazar Fundo (1899-1944), in: Albania News, Tirana, 13. Mai 2008; <https://de.wikipedia.org/wiki/DI>.

und späteren Präsidenten Italiens. Beide suchten ihn zu überzeugen, sich der italienischen Widerstandsbewegung anzuschließen. Nach der Kapitulation Italiens befreit, ging er jedoch zurück nach Albanien und schloss sich der nationalistischen Widerstandsgruppe der Brüder Kryeziu in Nordalbanien an. Im September 1944 wurde er von Kämpfern der von der KPA geführten Nationalen Befreiungsarmee gefangengenommen und erschossen. Der Oberkommandierende rechtfertigte das damit, dass Fundo ein Feind der Sowjetunion war, als Agent der Briten gegen die Verbände der Befreiungsarmee kämpfte und die Sache des Kommunismus verraten habe.¹²

Mit der Veröffentlichung des Dokuments soll Lazar Fundo als unbequemer Zeuge der bewegten Entstehungsgeschichte des albanischen Kommunismus vorgestellt und auf seine verschwiegene Biografie aufmerksam gemacht werden. Zugleich ist es Anliegen, zu veranschaulichen, dass historische Aussagen, die sich bewährt haben, in destruktiven Zeiten hilfreich sein können.

Erwin Lewin

12 Siehe Enver Hoxha, *Kur lindi Partia*. Kujtime, Tirana 1981, S. 30/31.

Das Dokument

Über die Arbeit zur Schaffung einer Albanischen Kommunistischen Partei¹³

1928 wurde in Moskau eine albanische Initiativgruppe gebildet, zu dem Zweck, eine albanische Kommunistische Partei zu gründen. Nach der im Jahre 1930 erfolgten Auflösung dieser Gruppe¹⁴ wurden zu dem gleichen Zweck mehrere Genossen ins Land geschickt, von denen jeder getrennt reiste und keiner mit dem anderen Verbindung hatte. Es war dies folgende Genossen: Erstens Tabajev¹⁵, zweitens Gllavin¹⁶, drittens Kelmendi¹⁷. Letzterer wurde zur Arbeit in den Kosovo geschickt, hat aber, seitdem er sich in Albanien befindet, an der Bildung der Kommunistischen Partei gearbeitet, für die Bewegung im Kosovo konnte er nichts tun. Er begann damit, unter den in Tirana, ferner in Korça bereits vorhandenen Aktivisten und Sympathisanten zu wirken. Genaueres über seine Tätigkeit wissen wir nicht, da er sich weigerte, mit uns (den Führern der nationalrevolutionären Bewegung)¹⁸ Verbindung zu unterhalten. Den Worten von Lodani¹⁹ sowie anderer Genossen zufolge stellen diese Gruppen streng konspirativ existierende, abgekapselte Zirkel dar, die von den Massen völlig isoliert und durch ihr Sektierertum gelähmt sind. Charakteristisch für diese Gruppen ist auch ihre ablehnende Haltung zur nationalrevolutionären Bewegung im Lande.

Von Gllavin ist uns nur bekannt, dass er durch die griechischen Behörden an die albanische Regierung ausgeliefert wurde, einige Zeit im Gefängnis saß und nach seiner Freilassung, wie er erklärte, in der Stadt Vlora in den Salinen arbeitete, wo er eine kommunistische Zelle bildete. Einige Zeit darauf ist er wegen drohender erneuter Verhaftung nach Griechenland geflüchtet, wo er sich bis jetzt befindet. Tabajev, der illegal nach Albanien zurückkehrte, hat sich nach den vorhandenen Nachrichten drei Jahre in Shkodra verborgen gehalten, ohne irgendeine

13 Das Dokument ist Bestandteil des eingangs erwähnten Berichts an das Balkan-Sekretariat des EKKI. Es wurde von Lazar Fundo am 13.12.1935 gezeichnet und am 23.1.1936 als vertrauliches Material an die Mitglieder verteilt. Das Dokument liegt in deutscher Übersetzung aus dem Russischen vor und kommt erstmalig in den wissenschaftlichen Umlauf. Siehe RGASPI, F. 495, Op. 86, D. 32, Bl. 13-20.

14 Zur Auflösung und Reorganisation der Moskauer Gruppe siehe Frashëri, Historia, S. 60 f.

15 Deckname von Selim Shpuza (1895-1982).

16 Deckname von Rexhep Çami (1885-1969).

17 Ali Kelmendi (1900-1939). Aktivist der revolutionären Bewegung, von 1930 bis 1936 im Land tätig. Angesichts der schwierigen Wirkungsbedingungen konnte er die Aufgabe im Kosovo nicht realisieren. Vom EKKI erhielt er den Auftrag, ein „Organisations-Zentrum“ für kommunistische Aktivitäten in Albanien zu schaffen. Das Verhältnis zwischen Fundo und Kelmendi war durch Streitigkeiten und eine Art „Verschleißkampf“ gekennzeichnet.

18 Gemeint ist das Komitee der Nationalen Befreiung.

19 Deckname von Demir Godelli (1896-1971).

Aktivität an den Tag zu legen. Er erlangte dann seine Legalität, konnte aber bis jetzt – wie auf der August-Konferenz 1934²⁰ festgestellt wurde – in dieser Hinsicht praktisch nicht wirksam werden.

Zu diesen dreien kamen noch Lodani, der sich neben der Arbeit für die nationalrevolutionäre Bewegung auch aktiv für die Organisierung weiterer Gruppen und die Schaffung einer Kommunistischen Partei einsetzte, und Rausch²¹, der 1934 ins Land zurückkehrte.

Lodani konnte mehrere Stützpunkte in den Städten Elbasan, Peqin, Lushnja und Fier ins Leben rufen. Obwohl Lodani mit uns ständige Verbindung unterhielt, ist uns Genaueres über seine Tätigkeit sowie über den Zustand der Gruppen und Zirkel nicht bekannt. Rausch organisierte zusammen mit anderen Genossen – Arbeitern, die früher in Frankreich tätig waren – zwei Gruppen in Kuçova, wo über 1.000 Arbeiter beim Bau der von den Italienern übernommene Erdöl-Leitung beschäftigt sind. Rausch, der selbst Arbeiter ist, genießt großen Einfluss unter den Arbeitern und arbeitet, unseren Nachrichten zufolge, gut. Er hat Verbindung mit Lodani, und auf seine Initiative wurde ein Versuch zur Schaffung legaler Gewerkschaften in Kuçova unternommen.

Parallel dazu existieren auch andere Gruppen in Korça, Tirana und anderen Städten, die keine Verbindung mit den Genossen haben, welche mit Wissen und Einverständnis des EKKI geschickt wurden. Alle diese Genossen arbeiten selbständig, jedoch bestehen zwischen ihnen ernsthafte Reibungen. Sie arbeiten alle ohne eine gemeinsame klare Einstellung. Erst im August 1934 kamen sie zum ersten Mal in der Stadt Korça zusammen und beschlossen dort, den Gründungskongress der Kommunistischen Partei Albaniens zum November 1935 einzuberufen. Auf dieser Konferenz wurde über die Haltung der kommunistischen Gruppen zu den nationalrevolutionären Organisationen nichts gesagt.

Ungeäuerten Angaben zufolge gibt es in Albanien etwa 200 Kommunisten, hauptsächlich Studenten, Lehrer und niedere Beamte. In den Zirkeln und Gruppen befassen sie sich in der Hauptsache mit Propaganda und kommunistischer Schulung, haben indessen kaum feste Verbindung mit den Massen und sind vom politischen Leben des Landes isoliert. Einzelne Kommunisten, wie Hasan Reçi²²,

20 Am 14.8.1934 trafen sich Kelmendi, Lodani, Tabajev und Vertreter anderer kommunistischer Stützpunkte illegal in Dishnica bei Korça und verständigten sich darauf, auch in jenen Präfekturen wirksam zu werden, in denen noch keine kommunistischen Zellen bestanden. Siehe Frashëri, Historia, S. 82 f.

21 Möglicher Deckname von Mafuz Laze.

22 Hasan Reçi (1904-1948). Nach der Juni-Revolution 1924 Exil und Mitwirkung im Komitee der Nationalen Befreiung. Aktive Teilnahme am Widerstand gegen die faschistische Okkupation des Landes; 1946 als „britisch-amerikanischer“ Agent zum Tode verurteilt.

Mustafa Gjinishi²³ und andere haben allerdings an den letzten Ereignissen²⁴ aktiv teilgenommen und eine führende Rolle gespielt. Sie haben sich ebenso vor dem Militärtribunal wie echte Revolutionäre benommen. Viele von ihnen wurden zum Tode verurteilt, das Urteil jedoch dann in lebenslängliche Gefängnishaft umgewandelt.

Genosse Walecki²⁵ ist der Meinung, diese Kommunisten würden alle der Bewegung den Rücken kehren und in Bezug auf die Schaffung einer Kommunistischen Partei, wie überhaupt in der kommunistischen Bewegung Albaniens keinerlei positive Rolle spielen. Deshalb glaubt Genosse Walecki, dass es nicht lohne, sich mit ihnen besonders abzugeben; er neigt dazu, sie sich selbst zu überlassen. Ich bin im Gegenteil der Auffassung, dass diese Gruppen, trotz aller Fehler, Schwächen und Mängel, eine große Rolle für die Herausbildung der Kommunistischen Partei Albaniens spielen werden. Wie können wir im Übrigen den Umstand ignorieren, dass gerade diese Gruppen unter den illegalen Verhältnissen bereits die Initiative zur Schaffung einer Kommunistischen Partei ergriffen und schon die Einberufung eines Gründungsparteitags in die Wege geleitet haben? Dass diese Gruppen organisatorisch und ideologisch schwach sind, dass bei ihnen das Sektierertum vorherrscht und sie uns hinsichtlich ihrer sozialen Zusammensetzung sowie ihrer positiven Arbeit nicht befriedigen können, besagt noch nicht, dass wir uns einfach über sie hinwegsetzen können. Im Gegenteil, das verpflichtet uns gerade, uns noch mehr für sie zu interessieren, sie zu kontrollieren und anzuleiten. Ich glaube, dass wir Schluss machen müssen mit der ablehnenden Haltung diesen Gruppen gegenüber, dass wir vielmehr unverzüglich ihnen näherzutreten haben.

Allen Anzeichen zufolge bleibt die Lage in Albanien gegenwärtig, nach der Niederschlagung des Aufstandes, eine außerordentlich zugespitzte und gespannte.²⁶ Seit dem Umschwung 1930 haben wir erhebliche Arbeit geleistet. Im ganzen Lande – Nordalbanien ausgenommen – haben wir in fast allen Städten, Arbeiter- sowie bäuerlichen Zentren eigene Organisationen geschaffen.²⁷ Regelmäßig gaben wir mit nur 250 Dollar monatlich zu unserer Verfügung die Zeitung „Liria Kombëtare“, verschiedene Flugblätter und Aufrufe und auch zwei Broschüren (eine

23 Mustafa Gjinishi (1912-1944). Aktivist der kommunistischen Bewegung, spielte in den 40er-Jahren eine führende Rolle in der KPA sowie in der Widerstandsbewegung. Im August 1944 fiel er einem Anschlag aus den eigenen Reihen zum Opfer.

24 Fundo nimmt Bezug auf den antimonarchistischen Aufstand in Fier im August 1935, an dem rund 300 Gendarmen, Soldaten, untere und höhere Offiziere und zahlreiche Zivilisten beteiligt waren. Die Aufständischen übernahmen die Stadtverwaltung, wurden aber von Regierungstruppen niedergeschlagen. In der Auseinandersetzung fiel der Kommunist Riza Cerova (1896-1935).

25 Henryk Walecki (1877-1937). Mitbegründer der KP Polens 1918. Mitarbeiter im Balkan-Länderssekretariat. 1937 Opfer des stalinistischen Terrors in der Sowjetunion.

26 Hervorhebung des Verf. im Text.

27 Real handelte es sich wohl um weitere aufbegehrende und drängende Vorkämpfer sowie Anhänger, denn Mitglieder einer festgefügt und wirksamen Organisation.

große über alle Fragen Albaniens sowie über die Lage im Lande, und eine andere – in bäuerlicher Sprache gehaltene – über die Bauernschaft) heraus. Außerdem unterhalten wir drei Verbindungsleute für die ständige Verbindung und helfen Lodani und den anderen Genossen im Lande. In Saloniki und auf Korfu haben wir zwei Verbindungsstellen (Kanäle). Mehr denn je macht sich heute im Lande die Notwendigkeit einer revolutionären Organisation geltend, die fähig wäre, die Volksmassen im Kampf gegen das Regime zu vereinigen und sie zu leiten. Stärker denn je ist heute im Lande und unter den Emigranten der Drang zur Volksfront, gegen die Diktatur von Zogu und des italienischen Imperialismus. Daraus ergeben sich für uns, die albanischen Kommunisten, folgende drei Aufgaben:

1. Es gilt, die kommunistischen Gruppen Albaniens zu einer einheitlichen Organisation, mit einer einheitlichen organisatorischen und politischen Zentrale zu vereinigen.

2. Die Organisation „Çlirimi Nacional“²⁸ ist in eine Massenorganisation zu verwandeln, die sämtliche nationalrevolutionäre Kräfte im Land vereinigt.

3. Es ist eine breite Volksfront aller Gegner des Regimes zu schaffen. Als konkrete Maßnahmen schlage ich vor:

a) Im Sekretariat eine gründliche Erörterung der Frage herbeizuführen, wie weiter an der Schaffung der Kommunistischen Partei Albaniens zu arbeiten ist, und eine für alle albanischen Kommunisten gemeinsame politische, taktische und organisatorische Linie auszuarbeiten.

b) Zwecks Durchführung dieser Linie ist die organisatorische und ideologisch-politische Einheit unter den kommunistischen Gruppen zu sichern. Um den Gruppen behilflich zu sein, ist des Weiteren ein besonders zu bestimmender Genosse zu entsenden, der dieser Aufgabe gewachsen ist. Meines Wissens gibt es im Land selbst keinen Genossen, der für diese Aufgabe infrage käme, umso mehr, als erst mit der bisherigen Einstellung aufgeräumt werden muss, dass alle Genossen, denen diese Aufgabe übertragen wurde, ganz allein auf sich gestellt blieben und unorganisiert, ohne klare Linie, ohne Anleitung und Kontrolle voringen.

c) Zur Verstärkung der Kader sind einige der Genossen, die sich in der Sowjetunion befinden, ins Land zu schicken.

d) Es muss folgende Literatur herausgegeben werden:

1. Übersetzung des Kommunistischen Manifests – eine Übersetzung wurde vor mehreren Jahren (1929) angefertigt und liegt seitdem in den Archiven des Sekretariats.

2. Übersetzung des Programms der Kommunistischen Internationale.

3. Übersetzung des Berichtes, des Schlusswortes sowie der Schlussrede des Genossen Dimitroff auf dem VII. Weltkongress der Komintern.

²⁸ Gemeint ist das Komitee der Nationalen Befreiung.

4. Eine populäre Broschüre ist darüber zu veröffentlichen, was die Kommunisten darstellen, was sie in Albanien wollen, welches ihre Haltung zur Bauernfrage sowie zur nationalen Frage und zur Sowjetunion usw. ist.

5. Einige albanische Kommunisten, hauptsächlich Arbeiter, die sich in der politischen Arbeit hervorgetan haben, sind zum Studium in die Sowjetunion zu schicken.“

Berichte

30. Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv am 19. November 2020 (Telefonkonferenz)

Die ursprünglich zum 24. März 2020 einberufene Sitzung des Kuratoriums musste wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden. So wurden die wichtigsten anstehenden Fragen am 19. November auf einer einstündigen Telefonkonferenz erörtert. Dazu lag der bereits zum ursprünglichen Sitzungstermin versandte schriftliche Bericht der Stiftungsdirektorin vor. In einem vorgezogenen Tagesordnungspunkt berichtete der Präsident des Bundesarchivs Dr. Michael Hollmann über den Sachstand der Überführung der Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv.

Hollmann erläuterte die hauptsächlichen Bestimmungen und Begründungen des am gleichen Tage im Deutschen Bundestag zur Abstimmung vorliegenden Entwurfes eines Gesetzes zur Änderung des Bundesarchivgesetzes, des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und zur Einrichtung einer oder eines SED-Opferbeauftragten.¹ In der zur Verfügung stehenden Zeit ließ sich nur ein knapper Einblick in die 52-seitige Drucksache 19/23709 vermitteln. Im Wesentlichen handle es sich um eine Übertragung der fortbestehenden Aufgabenstellungen, Normen und Regelungen der Behörde des BStU auf das Bundesarchiv, das damit aus den drei großen Bereichen (Deutsches Reich, Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik) bestehe. Als zentraler Standort der Überlieferungen ist Berlin-Lichtenberg vorgesehen mit Zweigstellen in allen neuen Bundesländern. Für die körperliche Realisierung der geplanten Vorhaben rechnete Hollmann mit Fristen von 10-12 Jahren. In der Diskussion fragte Dr. Detlev Brunner nach der Zukunft der SAPMO-BArch, über die auf einer der nächsten Kuratoriumssitzungen gesprochen werden soll. Prof. Dr. Günter Benser kritisierte, dass der Gesetzesentwurf eine archivwissenschaftliche Bewertung und Bereinigung der Stasi-Unterlagen ausschließt, was einer Reglementierung des Bundesarchivs gleichkommt.

In ihrer Erläuterung des schriftlichen Tätigkeitsberichtes der Stiftung ging Frau Dr. Walther-von Jena besonders auf Schwerpunkte und Probleme der Bestanderschließung, der Benutzung, der Bestandsentwicklung und -erhaltung² sowie der Öffentlichkeitsarbeit ein. Hervorgehoben sei in diesem Zusammenhang, dass zur

1 Eine ausführliche Bewertung dieses Änderungsgesetzes findet sich in dem Interview. Nachlesbar auf der Website des Förderkreises www.fabgab.de

2 Siehe Günter Benser, Bericht von der 29. Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv am 30. April 2019, MFK 57 (März 2019), S. 26 f.

Katalogisierung von Bibliotheksbeständen das international praktizierte Regelwerk Ressource Description and Access (RDA) eingeführt wurde. Dieses beginnt sich als internationaler Erfassungsstandard durchzusetzen und erleichtert den globalen Austausch. Der Bericht wurde ohne Diskussion bestätigt.

Günter Benser

50 Jahre IALHI

Anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der International Association of Labour History Institutions (IALHI) am 7. Dezember 1970 in London erschien in der Schriftenreihe „Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie“ eine Geschichte der Organisation. Der Autor, Dr. Lucas Poy, ist Forscher am Centro de Estudios Históricos de los Trabajadores y las Izquierdas and CONICET (Buenos Aires) und lehrt an der Universität von Buenos Aires. Zugleich fungiert er als Koordinator der IALHI und der Red Latinoamericana Trabajo and Trabajadorxs (REDLATT) am Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam. Die Festschrift würdigt die Anfänge der IALHI und deren Initiatorin Irene Wagner, Chefbibliothekarin der Labour Party. In sechs Kapiteln werden das Anliegen, die Struktur und Wirkungsweise, die Mitgliederentwicklung sowie die wichtigsten Projekte und Aktivitäten der Organisation in den Jahren von 1970-2020 dargestellt. Der verdienstvolle historische Abriss wird ergänzt durch eine Chronologie aller IALHI-Konferenzen, eine Übersicht der Sekretäre von 1970 bis 2018 sowie eine Bibliografie, die die Konferenzberichte (darunter alle in unserer Zeitschrift „Mitteilungen“ erschienenen Berichte) und Literatur zur Geschichte der IALHI und ihrer Mitglieder auflistet. Bilddokumente illustrieren die kleine Organisationsgeschichte, die in englischer Sprache erschienen ist.

Lucas Poy, IALHI at 50. A brief history, 1970-2020. Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 10, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2020, 28 S.

Die Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“ 2018-2021

2018 richtete die Hans-Böckler-Stiftung eine Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“ ein. Ihr Ziel war es, zu untersuchen, „welchen Platz die Werte der sozialen Demokratie und die Errungenschaften der Arbeiterbewegung im kollektiven Erinnern der Gewerkschaften und der Gesellschaft haben“ und

dazu Diskussionen anzustoßen. In der achten Sitzung der Kommission ging es am 16. Juli 2020 u. a. um den Umgang der Gewerkschaften mit der 1968er-Lehrlingsbewegung und vermeintlich gemeinsame Traditionen alter und neuer sozialer Bewegungen. Die neunte und vorerst letzte, am 26./27. November 2020, widmete sich dem Thema „Europäische Idee und Internationalismus“.

Begleitend zu den stets nichtöffentlichen Sitzungen der insgesamt 14-köpfigen Kommission unter dem Vorsitz von Prof. Stefan Berger vom Institut für soziale Bewegungen im Haus der Geschichte des Ruhrgebietes wurden von Kommissionsmitgliedern und Gästen Forschungspapiere erstellt. Diese Beiträge wurden anschließend auf der Website veröffentlicht und werden nach Projektabschluss in einem Sammelband auch überarbeitet und korrigiert gedruckt zur Verfügung stehen. Mit Stand Oktober 2020 sind bisher 19 Papiere erschienen, alle sind digital verfügbar. Drei seien stellvertretend näher vorgestellt.³ Knud Andresen von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg schildert detailliert, wie die linke Basisbewegung der Lehrlinge 1968 bis 1973 zu einer Politisierung und auch Radikalisierung der Gewerkschaftsarbeit führte, später aber „1968“ und damit auch die Lehrlingsbewegung als nicht zu den Gewerkschaften gehörig erinnert wurden.⁴ Historische Narrative der Organisation würden, so Andresen, mehrheitlich instrumentell gedacht, und ihnen wohne die Tendenz inne, Konflikte im Nachhinein zu harmonisieren.

Maria Alexopoulou von der Universität Mannheim plädiert dafür, auch die Geschichte der Einwanderung als einen wichtigen, wenn nicht integralen Bestandteil der Erinnerungskultur der sozialen Demokratie anzusehen. Sie weist aber auch auf die Fallstricke und blinden Flecken des Themas hin, etwa, dass diese „Einwanderungsgeschichte“ eben nicht in eine Erfolgsgeschichte der Demokratisierung und „Westernisierung“, wie sie ja auch die soziale Demokratie vertrete, einzufügen sei, sondern zuerst einmal Rassismus zu thematisieren hätte – auch in den Strömungen der sozialen Demokratie.

Ulf Teichmann, Sekretär der Kommission, reflektiert am Beispiel des 1. Mai und des Antikriegstages am 1. September über den unterschiedlichen Umgang mit Erinnerung und Tradition in den Gewerkschaften und den neuen sozialen Bewegungen. So setzte z. B. in Essen 1971 die außerparlamentarische Linke durch, dass der 1. Mai wieder auf der Straße begangen wurde, nachdem es in den Jahren zuvor nur Saalveranstaltungen gegeben hatte. Den Antikriegstag hatten die Gewerkschaften zuletzt 1969 begangen. Es zeigt sich, dass „die Gewerkschaften“ nicht mehr umstandslos von den Traditionen der Arbeiterbewegung und -kultur zehren können und sich für Praxisformen der neuen sozialen Bewegungen interessieren.

3 Vgl. die Papers auf <https://www.erinnerungskulturen.boeckler.de/forschung-14003.htm>

4 Vgl. auch Knud Andresen: Gebremste Radikalisierung. Die IG Metall und ihre Jugend 1968 bis in die 1980er-Jahre, Göttingen 2016.

Die für Oktober 2020 angesetzte Abschlusskonferenz der Kommission musste aus Corona-Gründen verschoben werden.⁵ Die Veranstaltungsreihe zum Abschluss der Kommission fand nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe der Mitteilungen statt. Sie umfasste folgende Veranstaltungen:

25.2. 2020, 14:00–17:00 Uhr: Auftaktveranstaltung: Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie. Thesen zum Status Quo und Vorschläge für die Zukunft (Zoom-Webinar).

4.3. 2020, 14:00 – 16:00 Uhr: Workshop: Vermittlungswege für Gewerkschaftsgeschichte (Zoom-Webinar).

9.3. 2020, 14:00 – 16:30 Uhr: Podiumsdiskussion: Soziale Demokratie im Museum. Auf dem Weg zum partizipativen Museum? (Zoom-Webinar).

18.3. 2020, 10.00–12.00 Uhr (auf Englisch): Unions and Memory Culture internationally (Gewerkschaft und Erinnerungskulturen international (Zoom-Webinar)).

Mit der Kommission wurde ein beeindruckender Fundus durchweg lesenswerter Texte produziert. Er zeigt die thematische Breite des Anliegens ebenso deutlich, wie dessen Verschwinden aus einem nennenswerten akademischen und erst recht öffentlichen Diskurs. Die Anliegen der sozial-demokratischen wie auch der demokratisch-sozialistischen Grundströmung in beiden Arenen wieder stärker zu verankern und zeitgemäss zu aktualisieren – dies sollte ein Anliegen aller an gesellschaftlicher Emanzipation interessierter Kräfte sein. Die Existenz, die Arbeitsweise und die Produkte dieser Kommission verweisen darauf, dass es, jenseits der engagierten Arbeit einiger Einzelpersonen und der institutionellen der Rosa-Luxemburg-Stiftung⁶ keine „Einrichtung“ mit vergleichbarer Ausstrahlung auf demokratisch-sozialistischer Seite gibt.

Bernd Hüttner

Website: <https://www.erinnerungskulturen.boeckler.de/>

5 Stefan Berger vom @HGR_RUB der @ruhrunibochem wird die Abschlussempfehlungen der Kommission vorstellen. http://isb.rub.de/mam/content/drittmittel/kedsd_abschlussempfehlungen_14122020.pdf, Zugriff am 20. Februar 2021.

6 Vgl. <https://www.rosalux.de/stiftung/historisches-zentrum>

„Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ und Zeitschrift „Arbeit – Bewegung – Geschichte“: Historische Forschung zwischen alten und neuen sozialen Bewegungen

Der „Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V.“ mit Sitz in Berlin besteht seit November 1991 und fördert politische Bildung, wissenschaftliche Forschung und Publikationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen. Der Förderverein ist Herausgeber der Zeitschrift „Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien“, die drei Mal jährlich (Januar, Mai, September) im Berliner Metropol Verlag erscheint. Zudem organisiert der Verein Diskussionsveranstaltungen, Fachvorträge, Konferenzen und Buchvorstellungen. Seit 1991 hat der Verein einiges an Umbrüchen erlebt – Verlagswechsel, Generationenwechsel, Digitalisierungsschub in der Corona-Pandemie. Seine Reichweite ist jedoch nicht geschrumpft, sondern gewachsen – und insbesondere digitale Angebote werden weiter ausgebaut.

Der Verein versteht sich als wissenschaftliches und bildungspolitisches Netzwerk. Ziel und Zweck des Vereins ist es, die Geschichte der Arbeit, Arbeiterbewegung und weiterer sozialer Bewegungen (Frauenbewegung, antifaschistischer Widerstand u. a.) wieder verstärkt in die politische und wissenschaftliche Diskussion einzuführen. Der Verein ist offen für alle Interessierten, die seine Ziele teilen. Wir freuen uns immer über neue Mitglieder!

Die Zeitschrift Arbeit-Bewegung-Geschichte wendet sich an Historikerinnen und Historiker, Studierende und historisch Interessierte. Die ehrenamtlich arbeitende Redaktion präsentiert Ergebnisse der historischen Forschung zur deutschen, europäischen und außereuropäischen Arbeiterbewegung, zur Sozialgeschichte und Geschichte der Arbeitswelt, zur Geschichte („neuer“) sozialer Bewegungen und des Staatssozialismus. Die Themen reichen von der Global Labour History bis zur Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur neuen Linken.

Die Hefte enthalten wissenschaftliche Aufsätze und Mitteilungen, Beiträge zur Diskussion, biografische Skizzen, Erinnerungen, Interviews, Dokumente und Berichte über wissenschaftliche Tagungen, sowie einen ausführlichen Rezensionsteil, in der wissenschaftliche Neuerscheinungen mit Bezug zu den Themen der Zeitschrift besprochen werden. Die Zeitschrift veröffentlicht lediglich Originalbeiträge, die zum ersten Mal in deutscher Sprache erscheinen. Dies schließt Übersetzungen von besonders relevanten Artikeln aus anderen Sprachen mit ein. Die neu eingeführte Rubrik „Geschichtskultur“ informiert über Geschichtsprojekte und -werkstätten, wissenschaftliche Bildungseinrichtungen, Archive und Gedenkstätten sowie Ausstellungen. Diese neue Kategorie hat das Ziel, die vielfältige Beschäftigung mit Geschichte außerhalb der akademischen Geschichtswissenschaft, die meist ehrenamtlich einen enorm wertvollen Beitrag für die Erinnerungskul-

tur und Aufarbeitung scheinbar „vergessener“ historischer Themen leistet, mehr Raum zu bieten. Den Austausch zwischen akademischer und außerakademischer Arbeit rund um den Themenkomplex Arbeiterbewegung und soziale Bewegung zu fördern und aufrechtzuerhalten verstehen Förderverein und Zeitschrift als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Arbeit – Bewegung – Geschichte hat daher den Anspruch, gleichermaßen Ressource für Studium und Forschung sowie für Bildungsarbeit in Gewerkschaften, Gedenkstätten und Museen zu sein.

Die Zeitschrift erschien 2002-2015 unter dem Titel „JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, seit Januar 2016 erscheint sie unter dem neuen Titel im Berliner Metropol Verlag. Das „JahrBuch“ war ursprünglich eine Neugründung von Teilen der Redaktion der Zeitschrift „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, die seit 1958 in der DDR erschien und 1990 im Geiste des 1989 begonnenen Ost-West Dialogs zur Geschichte der Arbeiterbewegung weitergeführt wurde. Nach einem Rechtsstreit 2001 verblieb der alte Name jedoch beim Verlag und die Redaktion bekam die Chance zur Neugründung – das „JahrBuch“ entstand. Ursprünglich eine Notmaßnahme mit unklarem Ausgang, konnte sich die Zeitschrift in den Jahren 2002-2015 in der Wissenschaftslandschaft etablieren und bald eine neue Generation von Forschenden an sich binden. Der um 2012 begonnene Generationenwechsel in der Redaktion mündete 2016 in den Namenswechsel zu „Arbeit – Bewegung – Geschichte“, dessen vordergründiger Anlass der Wechsel zum Metropol Verlag war. Der neue Name reflektiert ganz praktisch die Tatsache, dass unser Heft eben dreimal im Jahr erscheint. Der Name und das sich vom „JahrBuch“ abhebende Layout der Zeitschrift sind dabei Teil einer behutsamen Modernisierung der Zeitschrift, die zum Ziel hat, einerseits das Themenspektrum zu diversifizieren – soziale Bewegungen anstatt ausschließlicher Fokussierung auf die „klassische“ Arbeiterbewegung –, andererseits sowohl im akademischen Wissenschaftsbetrieb anschlussfähig als auch attraktiv für nicht-akademische Leserinnen und Leser zu bleiben. In den letzten Jahren verschmolzen Redaktion und Förderverein noch enger miteinander, um die neuen Herausforderungen zu stemmen, die der Verlagswechsel und die partielle Neuausrichtung mit sich brachten. Zunehmend engagieren sich in der Redaktion Doktorandinnen und Doktoranden sowie Forscherinnen und Forscher aus dem wissenschaftlichen Mittelbau, was einen Anschluss an aktuelle Fachdebatten erleichtert. Seit 2018 unterstützt zudem ein wissenschaftlicher Beirat aus renommierten Historikerinnen und Historikern die Redaktion mit Rat und Tat.

Auch wurde die publizierte Forschung internationaler, was vor allem dem Einwerben nicht-deutschsprachiger Beiträge durch „Call for Articles“ für Schwerpunktheft zu verdanken ist. Diese Schwerpunktheft analysieren bestimmte Themenkomplexe aus unterschiedlichen institutionellen, theoretischen und nationalen Perspektiven heraus. Sie behandelten beispielsweise die Themen „Die

Arbeiter und die Anderen? Arbeiterbewegung, Nation und Migration im 19. und 20. Jahrhundert“ (2021/1), „Arbeit und Literatur“ (2020/2), „Klasse und Geschlecht“ (2019/3), „100 Jahre Revolution 1918/19“ (2019/1) oder „Alte und Neue Soziale Bewegungen“ (2018/3). Auch in Zukunft strebt die Redaktion an, dieses erfolgreiche Format weiterzuführen und neben den Mischheften mindestens eine Schwerpunktausgabe pro Jahr zu veröffentlichen. Der nächste Schwerpunkt ist für 2022 zum Thema „100 Jahre Antifaschismus – zwischen Klassenkampf und sozialer Bewegung“ geplant.

Die Auflage der Zeitschrift ist in den letzten Jahren gestiegen, was auch einer verstärkten Präsenz von Inhalten und Debatten der Zeitschrift im Wissenschaftsbetrieb und nicht zuletzt in den sozialen Netzwerken geschuldet ist. Der Verlagswechsel machte es zudem möglich, Arbeit-Bewegung-Geschichte als elektronische Ausgabe im ebook-Form zu beziehen, was zusätzlich zur Verbreitung der Zeitschrift beitrug.

Die Corona-Pandemie hat auch die Arbeit von Förderverein und Redaktion stark beeinträchtigt. Dennoch war es möglich, im September 2020 eine Vereinsversammlung durchzuführen, die ganz im Zeichen der weiteren Professionalisierung der Zeitschrift stand. Gleichzeitig wurde aus der Not eine Tugend gemacht: Da ein physisches Zusammenkommen der Redaktion nicht mehr möglich war, wurden die Redaktionssitzungen in den virtuellen Raum verlegt. Dadurch konnten neue – und vom Redaktionssitz Berlin weiter entfernte – Redaktionsmitglieder gewonnen werden. Im Dezember 2020 veranstaltete der Förderverein zudem seine erste digitale Veranstaltung: Prof. Mario Keffler referierte online über Leben und Werk von Eric Hobsbawm, und auf diese Weise nahmen mehr Interessierte teil, als es in analoger Form möglich gewesen wäre. Einen weiteren Digitalisierungsschub, allerdings ganz unabhängig von Corona, erreichten Förderverein und Redaktion in Kooperation mit der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung. Alle Ausgaben und Beiträge des alten „JahrBuchs“ wurden aufwändig digitalisiert und verschlagwortet. Sie werden in Kürze auf der Website des Archivs kostenlos digital zugänglich und nach Themen durchsuchbar sein: Ein Meilenstein, der es ermöglicht, dass die dort veröffentlichten Forschungsergebnisse auch in Zukunft in zeitgemäßer Form zur historischen Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung beitragen können. Wer zudem immer aktuell über die neuesten Trends unseres Themenspektrum informiert sein möchte, dem sei unsere neue Abo-Aktion ans Herz gelegt. Jedes neue Abo beinhaltet alle digitalen Ausgaben unseres Vorgängers „JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ von 2002-2015 und neun Ausgaben von „Arbeit – Bewegung – Geschichte“ der Jahrgänge 2016-2018, darunter Klassiker wie die Schwerpunktheft „Alte und Neue Soziale Bewegungen“ (2018), „Zauber der Theorie“ (2018) oder „Judentum und Revolution“ (2017) sowie „Linke Betriebsinterventionen und Wilde Streiks“ (2016).

Wir freuen uns über neue Mitglieder, Beitragsangebote und sonstige Hinweise.

Fabian Bennewitz / Ralf Hoffrogge

Kontakt Postadresse Förderverein/Redaktion:

Weydingerstraße 4-16, D-10178 Berlin

Email: foerderverein@arbeit-bewegung-geschichte.de | redaktion@arbeit-bewegung-geschichte.de | Abos und Einzelhefte: Metropolis Verlag, Ansbacher Str. 70, D-10777 Berlin | <https://metropolis-verlag.de/produkt-kategorie/zeitschriften/arbeit-bewegung-geschichte>

Informationen

Aus Zürich erreichte uns folgende Information des Kollegen Dr. Fabian Brändle, die wir Ihnen hiermit gern weitergeben. Die „Sammlung populärer Selbstzeugnisse“ befindet sich im Schweizer Sozialarchiv in Zürich und ist unter dem angegebenen Link am Ende des Originaltextes zu finden.

„Auf der Spur der ‚kleinen Leute‘. Die Sammlung populärer Selbstzeugnisse im Schweizerischen Sozialarchiv.“

Den Alltag und die Kultur der „kleinen Leute“ zu erforschen erweist sich bisweilen als denkbar schwierige Aufgabe. Gerichtsakten geben zwar immerhin Auskunft über kriminalisiertes Verhalten, enthalten jedoch viele strategisch bedingte Aussagen, die nicht immer für bare Münze zu nehmen sind. Angeklagte Frauen und Männer versuchen nämlich, durch mehr oder weniger bewusstes Verfälschen der Tatsachen den Kopf aus der Schlinge zu ziehen und der zu verhängenden Strafe zu entgehen. So sind wir bei der Rekonstruktion des Alltags und der Volkskultur in der Regel auf Selbstaussagen, auf Egodokumente, angewiesen, wie sie uns in Selbstzeugnissen (Autobiografien, Tagebücher, Kindheitserinnerungen, Briefe etc.) entgegentreten. Handwerker, Bäuerinnen, Bauern, Angestellte, Arbeiterinnen, Arbeiter, aber auch „Ungelernte“ wie Hausierer, Berufssportler, Dienstboten oder Prostituierte haben solche Texte in gar nicht so kleiner Anzahl verfasst, Texte, die freilich nicht frei von Stilisierungen, ja, von Beschönigungen und sogar von Lügen sind. Selbstzeugnisse bedürfen wie sämtliche anderen Quellentypen auch einer sorgfältigen Quellenkritik. Im Grundton sind sie oft nostalgisch, beschwören eine harte, aber schöne Kindheit ohne Computer und Handys und mit nur ganz wenigen Spielsachen ...“

Der vollständige Text ist unter dem Link

<https://www.sozialarchiv.ch/2020/09/23/auf-der-spur-der-kleinen-leute/> aufzurufen (Zugriff 19. Januar 2021, die Redaktion).

Neues aus der Forschung

Verbrechen in Albanien, Ehrung in Oberbayern Ein Beitrag zu Verbrechen und Tradition der Gebirgstruppe auf Grundlage des neu erschienenen Buches „Erinnerung Ehrung Leugnung. Kontinuitäten rechter Traditionspflege in Oberbayern“

Denkmäler sind alltäglich und doch entziehen sie sich häufig der öffentlichen Wahrnehmung. Dabei verraten sie viel über den Grad gesellschaftlichen Bewusstseins und der Sensibilität ihrem Inhalt gegenüber. Eine besondere Position nehmen dabei militärische Denkmäler und Gedenkorte ein, die explizit den Zeitraum von 1914 bis 1945 und die damit verbundenen früheren und späteren Phasen und Ereignisse thematisieren. Neben diversen, sich unterschiedlich äussernden Kontinuitäten eben jener Phasen und Ereignisse, ist die Erinnerungskultur wohl die hartnäckigste und diejenige, die das bis heute angespannte und nur zäh aufgearbeitete Verhältnis der BRD mit ihrer jungen Geschichte am deutlichsten zeigt. Im Juli 2020 hat der Autor dieses Artikels das Buch Erinnerung Ehrung Leugnung. Kontinuitäten rechter Traditionspflege in Oberbayern veröffentlicht, worin eben jene auf Denkmälern basierte Erinnerungskultur dargelegt wird. Auf Grundlage des Buches wird in vorliegendem Beitrag der Widerspruch zwischen dem Gebirgsjäger-Massaker im albanischen Borova und der Traditionspflege der Gebirgsjäger in Oberbayern skizziert.

Das Massaker von Borova

Am 6. Juli 1943 überfielen mitunter deutsche Soldaten des III. Bataillons (Btl.) / Gebirgsjäger-Regiment (GjR) 98, während des Marsches nach Ioannina, das albanische Dorf Borova. Selbes wurde komplett zerstört und 107 seiner Bewohner*innen ermordet: Männer, Frauen, Kinder und Säuglinge. Unter den Opfern war der Familienvater Aleks Lika, dessen Tochter Pandora Ndoni der Autor im August 2019 in Albanien traf und interviewte. Sie war zum Zeitpunkt des Massakers sieben Jahre alt und überlebte es. Nachfolgend werden Teile des Interviews¹ wiedergegeben.

Wie groß war das Dorf?

Pandora Ndoni: „Es hatte 146 Häuser und kein einziges ist nach dem Massaker zurückgeblieben, alles wurde dem Erdboden gleichgemacht. Es war ein Dienstag. Ein Tag, an dem alle mit dem Schlimmsten gerechnet haben, und es wurde

¹ Interview mit Pandora Ndoni vom 15. August 2019. Übersetzung: Salian Cullhaj.

Realität. Es war zwischen 14:30 und 15:00 Uhr. Etwa 112 Deutsche Fahrzeuge waren durch das Dorf gefahren. Eine weiße Aufschrift hat man an der Brücke angebracht, aber ich konnte nicht lesen, was sie bedeutete, denn es war auf Deutsch. Und eine Stunde später fing das Massaker an. Unser Haus war das dritte an der Reihe.“

Die Gebirgsjäger haben bekanntlich nicht nur Euer Haus in Brand gesteckt und zerstört, sondern haben das gesamte Dorf vernichtet. Wie hast du Dein Dorf nach der Zerstörung in Erinnerung?

Pandora Ndoni: „Als wir unseren Keller (aufgrund des griechische-italienischen Krieges besaßen viele Familien Schutzkeller unter ihren Häusern: Anmerkung des Autors) um Mitternacht verließen, konnte man alles sehen, als ob es mitten am Tag wäre, so hell war es durch das ganze Feuer, das durch das ganze Dorf brannte. Da standen wir um Mitternacht und man hörte das ganze Geschrei und das ganze Geheule. Wer weiß wie viele bei lebendigem Leib verbrannt wurden. Man sah Frauen, die erzählten, dass ihr Mann, ihr Kind, ihr Schwiegervater ermordet wurden. [...]“

Was genau passierte mit Deinem Vater?

Pandora Ndoni: „Meinen Vater und die anderen hat man an der Brücke an die Wand gestellt und hingerichtet. Dort wo sie fielen, hat man sie nach drei Tagen auch begraben. Man hat sie begraben, weil man befürchtete, die Leichen würden verwesen, da es schon Juli war und somit sehr heiß. Und so kam die Anordnung, die Hingerichteten, da, wo sie lagen, zu begraben. Und da wurde auch eine Grube ausgegraben und alle Leichen, fünf bis zehn, in eine Grube gelegt.

So einen Schrecken kann man nie vergessen. Es gab Familien, die über 16 Tote zu beklagen hatten. Auch die Schwester von meiner Mutter hatte man am Hof samt ihrer Familie erschossen und ihr Haus angezündet, sie verbrannten vollständig. Nichts blieb von den Leichen zurück. Einige Knochenüberreste, nichts anderes. [...]“

Von Albanien nach Oberbayern

Ortswechsel in den oberbayerischen Markt Mittenwald. Am 6. Juni 2019 fand dort zum nunmehr 62. Mal die Brendten-Feier der Gebirgsjäger vor dem sogenannten Gebirgsjäger-Ehrenmal statt, ausgerufen und organisiert durch den Kameradenkreis der Gebirgstruppe.² Der Hohe Brendten mit samt seinem Denkmal

2 Zur Geschichte des Kameradenkreises siehe: AK Angreifbare Traditionspflege: Der Kameradenkreis der Gebirgstruppe, in: Arbeitskreis gegen den Kärntner Konsens (Hrsg.): Friede, Freude,

sowie der Kameradenkreis spielen seit jeher eine zentrale Rolle in Bezug auf die Traditionspflege der Gebirgsjäger, aber auch in Bezug auf ihr geschichtspolitisches Verständnis.

Seit der Errichtung des Denkmals am Hohen Brendten im Jahre 1957 ist dieser Ort zum beispiellosen Kristallisationspunkt der Gebirgstruppe geworden. Unzählige Gebirgsjäger-Kameradschaften marschieren seither mit Fahnen und Standarten auf, Kränze werden abgelegt und gemeinsam etwa das Lied vom guten Kameraden gesungen. Die Rolle der Gebirgsjäger im Nationalsozialismus wird nicht und wenn nur verkürzt oder verklärend dargelegt, Distanzierungen von Kriegsverbrechen, eine klare Benennung der Täter*innen und Anerkennung der Opfer finden nicht statt. Auch die Brendtenfeier 2019 zeigte dies erneut in aller Deutlichkeit auf.³ Dabei ist Mittenwald der Ort, aus dem mitunter die Mörder von Borova stammten, denn hier wurde im Oktober 1937 der Stab des GJR 98 sowie sein III. Btl. stationiert. Einen ihrer Regiments-Kommandeure, Joseph Salminger, hält man bis heute mit der damaligen, in NS-Jargon gehaltenen Todesanzeige in der Mittenwalder Kriegergedächtnis-Kapelle in Erinnerung. Darin heißt es: „Zum ehrenden Gedenken an Joseph Salminger [...] welcher am 30. September 1943⁴ [...] den Heldentod gestorben ist.“⁵

In Verbindung mit Kriegsverbrechen in Albanien steht jedoch nicht nur das III. Btl. des GJR 98, sondern auch sein II. Btl. Dieses ging nur wenige Tage nach dem



Der Autor im Interview mit Pandora Ndoni

Massaker in Borova gegen die 40 Kilometer entfernte Ortschaft Leskovik vor. Die Brutalität dieses Angriffs spiegelt ein Tagebucheintrag eines Gebirgsjägers wider. „Dorf Leskovik wird von den Partisanen verteidigt, dem Erdboden durch unsere 15 cm Artillerie [...] gleichgemacht und dann gestürmt. Alles was krecht und fleucht wurde erschossen.“⁶ Für dieses II. Bataillon ist in Lenggries bei Bad Tölz ein

Gedenkstein vor der alten Prinz-Heinrich-Kaserne zu finden. An ihm angebracht ist eine Tafel, auf welcher steht: „Zum Andenken an die Gefallenen und Vermis-

Deutscher Eintopf, Wien 2011.

3 Vgl.: van Beveren, M.: Die Brendten-Feier 2019, online unter: rechetsoberbayern.blogspot.com (zuletzt abgerufen am 05.02.2021).

4 Salminger starb nicht am 30. September, sondern am 1. Oktober 1943.

5 Vgl.: van Beveren, M.: Erinnerung Ehrung Leugnung, Norderstedt 2020, S. 125.

6 Tagebuch Aufzeichnungen Deuring, zitiert nach: Meyer, H. F.: Blutiges Edelweiß, S. 166.

ten Soldaten des II. / Gebirgsjägerregiments 98 der 1. Gebirgsdivision [...].“⁷ Gedenkveranstaltungen sind nach bisherigen Recherchen nicht bekannt, jedoch wurde dort im Winter 2017 ein Kranz mit schwarz-weiß-roter Banderole abgelegt, die folgenden Schriftzug führte: „Alle sollen ’s lesen, im schweigendem [sic.] Gestein. Ihr seid treu gewesen, mögen wir es sein.“⁸

Max van Beveren

Max van Beveren ist Politologe und forscht seit rund 5 Jahren zur Geschichte des Nationalsozialismus, mit dem Schwerpunkt Erinnerungskultur und Traditionspflege. Seine Recherchen veröffentlicht er auf dem Blog rechtesoberbayern.blogspot.com. Im Zuge der Brendten-Feier 2019 veröffentlichte er die Broschüre *Im Schatten der Alpen*, welche auf dem Blog als PDF-Datei zu finden ist. Im Juli 2020 folgte das Buch *Erinnerung Ehrung Leugnung*. Es kann bei Books on Demand für 16,99 € erworben werden.

7 Vgl.: van Beveren, M.: *Im Schatten der Alpen*, München 2019, S. 12.

8 Vgl.: Ebd.

Aus dem Vereinsleben

Geschäftsbericht 2020 des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V.

Das Geschäftsjahr 2020 wurde deutlich von den Folgen der Corona-Pandemie geprägt. Trotzdem konnte der Förderkreis auf eine erfolgreiche Tätigkeit zurückschauen, die „Mitteilungen“ haben sich auf einem hohen Qualitätsstandard behauptet. Geplante Veranstaltungen des Förderkreises mussten jedoch wegen der Beschränkungen für öffentliche Veranstaltungen während der Pandemie abgesagt werden bzw. konnten nicht realisiert werden. Die Arbeit des Vereins musste sich deshalb vorwiegend auf die wissenschaftliche und kulturelle Arbeit im Rahmen der Publizistik und in der Begleitung der Entwicklungen im Kontext der Debatte um die Zukunft der BStU-Unterlagen und der SAPMO konzentrieren.

1. Öffentlichkeitsarbeit

1.1 Mitteilungen. Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung (MFK)

Im März und September erschienen die Hefte 57 und 58 der „Mitteilungen“ unter der redaktionellen Federführung von Elke Reuter und Alexander Amberger. Unsere Zeitschrift leistete im letzten Jahr weitere Beiträge zu den Debatten anlässlich des 200. Geburtstages von Friedrich Engels, zur historischen und zeitgeschichtlichen Völkerverständigung und Friedensbewegung, zur Geschichte der DDR und zur Nachkriegsgeschichte in Deutschland. Dazu trugen nicht zuletzt die dokumentierten Quellen, Dokumente und Forschungsberichte (Eckhard Müller, Erwin Lewin, Werner Höner, Manfred Neuhaus, Wilfried Trompelt, Manfred Schöncke) bei, zusätzlich auch Diskussionsbeiträge, Besprechungen und Berichte.

Fortgesetzt wurde das Vorstellen von Archiven und Bibliotheken, die sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigen. Die Bandbreite der präsentierten Einrichtungen hat sich erneut erweitert. So wurden im Heft 58 die Sammlung der Berliner VVN/VdA und der Verlag „Die Buchmacherei“, der sich u. a. mit der Neuherausgabe fast vergessener Literatur zur Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigt, vorgestellt. Der im Heft 57 veröffentlichte Beitrag „Arbeitergeschichte im Keller“ über die Bedeutung der Archive und Bibliotheken für die Arbeitergeschichte in Skandinavien (Silke Neunsinger) wurde in einer anderen Fachzeitschrift (BzG) nachgedruckt.

Der für die geplante Jahresversammlung am 9. Mai 2020, die wegen des Corona-Lockdowns im Frühjahr abgesagt werden musste, vorbereitete Vortrag von Prof. Dr. Siegfried Prokop zum Thema „Das Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik im Zeitraum 1980-1989“ wurde als Textbeitrag in Heft 58 abgedruckt.

Der Vortrag von Dr. Stefan Heinz über den Gewerkschafter Alwin Brandes sollte im Kontext einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem August Bebel Institut gehalten werden, musste aber aus o. g. Gründen verlegt werden.

Unter „Neues aus der Forschung“ wurden in den „Mitteilungen“ Dissertationsprojekte zu Eduard Bernstein und Franz Dahlem vorgestellt. Die Rubrik „Aus dem Vereinsleben“ führte die 2019 begonnene Interviewreihe zu Fragen der Zeit- und Sozialgeschichte durch Interviews mit Prof. Dr. Siegfried Prokop und Prof. Dr. Gerhard Engel fort.

Die „Mitteilungen“ haben im Laufe des Jahres 2020 eine Umgestaltung erfahren und sind so ästhetisch etc. modernisiert worden, ohne aber ihren Charakter einzubüßen. Durch die Neugestaltung und Neukalkulation konnte der Umfang von Heft 58 auf 100 Seiten erweitert werden, so dass künftig eine höhere Anzahl von Beiträgen und Besprechungen abgedruckt werden kann. Der Vorstand dankte der „Hellen Panke“ Berlin für die jahrelange erfolgreiche Zusammenarbeit und Frau Adrian Piper für die Zuarbeit zur Neugestaltung. Die neue Druckerei ist „WirMachenDruck“ aus Backnang (Baden-Württemberg).

Nach dem Erscheinen der beiden Hefte gab es erfreulicherweise einige Beitrittsanträge. Die Resonanz auf Heft 58 war so groß, dass wir ein kleines Kontingent nachdrucken lassen konnten. Es zeichnet sich positiv ab, dass weiterhin neue und jüngere Autorinnen und Autoren gewonnen werden können und dass die Verbreitung der „Mitteilungen“ in weitere Regionen zunimmt. Besprechungen wurden in der einschlägigen Fachpresse vorgenommen, doch hat sich der Kreis der uns wahrnehmenden Zeitschriften und Zeitungen leider noch nicht nennenswert erweitert.

Der am 4. Mai 2019 errichtete „Wissenschaftliche Beirat“ der „Mitteilungen“ unterstützte uns bei der Qualitätssicherung, bei der Gewinnung neuer Autorinnen und Autoren und bei der Mitgliederwerbung. Kommunikation und Kooperation verliefen solidarisch und positiv. Der „Wissenschaftliche Beirat“ wird uns zur Jahresversammlung 2021 seine Gedanken zur Qualitätssicherung und zur Gestaltung und Entwicklung der „Mitteilungen“ vorstellen. Im September 2020 wurde Dr. Ursula Bitzegeio (Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung) per Vorstandsbeschluss in den Beirat aufgenommen.

Der Vorstand bedankt sich bei allen Mitgliedern des Vereins und des „Wissenschaftlichen Beirats“, die zum Erfolg unserer Arbeit beigetragen haben.

1.2. Veranstaltungen/Vorträge

Eine gemeinsam mit dem August Bebel Institut vorbereitete Veranstaltung zum 100-jährigen Jubiläum des Betriebsrätegesetzes von 1920 incl. der Buchvorstellung von Stefan Heinz: „Alwin Brandes (1866-1949). Oppositioneller – Reformier – Widerstandskämpfer“ konnte aus o. g. Gründen nicht durchgeführt

werden. Ebenso musste die für den 2. April 2020 vorbereitete Lesung mit Dr. Hans Rainer Sandvoß zum Thema „Mehr als eine Provinz! Widerstand aus der Arbeiterbewegung 1933-1945 in der preussischen Provinz Brandenburg“ in Kooperation mit dem Kiezladen „Zusammenhalt“ (Prenzlauer Berg) wegen des Lock-downs im Frühjahr abgesagt werden. Beide Veranstaltungen werden nachgeholt, sobald es die allgemeine Lage erlaubt.

In Zusammenarbeit mit dem August Bebel Institut sollte im November 2020 eine Kuratorenführung durch die Ausstellung „Der Dirigent der Weltstadt – Martin Wagner und das Neue Berlin“ im Berliner Rathaus angeboten werden. Auch hier musste aus o. g. Gründen eine Absage erfolgen.

Nicht weiterverfolgt werden konnte die Planung eines Vortrags von Thilo Scholle über „Paul Levi und Hugo Haase: Linkssozialisten und Anwälte für die Arbeiterbewegung und die Arbeiterschaft“, der für den September 2020 vorgesehen war. Ebenso wenig konnten wir das Symposium zu Ehren Reiner Zilkenats „Sozialistische Arbeiterbewegung und antifaschistischer Kampf“ in Angriff nehmen.

Alle vorgesehenen Veranstaltungen sollen ab 2021 gemäß der dann geltenden Rechtslage nachgeholt werden.

1.3. Webseite

Sylvia Gräfe hat in bewährter Weise unsere Webseite betreut und gepflegt. Die notwendigen Aktualisierungen wurden zeitnah vorgenommen. Die Erweiterung durch die Aufnahme von umfangreichen Textbeiträgen, die nicht für unsere Mitteilungen verfasst wurden oder außerhalb unserer Vortragsreihe entstanden sind, wurde fortgesetzt. Somit konnte Autorinnen und Autoren ein weiteres Publikationsangebot gemacht werden. Die im Dezember 2020 begonnen Arbeiten an der neuen Internetpräsentation wurden durch das Vereinsmitglied Ingo Müller abgeschlossen. Die Freischaltung der neuen Homepage erfolgte am 5. Januar 2021. Die weitere Pflege der Website liegt in seinen Händen. Der Vorstand dankt Sylvia Gräfe für ihre jahrelange bewährte Arbeit.

Im Geschäftsjahr 2020 konnte auch der Eintrag des Förderkreises und der Mitteilungen bei Wikipedia erfolgreich vorgenommen werden.

2. Zusammenarbeit mit der SAPMO-BArch und Interessenvertretung der Mitglieder

Die bisher bewährte Zusammenarbeit mit der Stiftung erfolgte bislang über die Gestaltung der gemeinsamen Vortragsreihe. Durch den Wegfall des Lesesaals der SAPMO als Veranstaltungsort ist diese produktive Zusammenarbeit zunächst eingestellt. Eine Änderung ist aktuell nicht zu erwarten.

Der Förderkreis hat weiterhin die Initiativen zur Eingliederung der Stasi-Un-

terlagen in das Bundesarchiv aufmerksam verfolgt. Als der Entwurf für ein Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes, des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und zur Einrichtung einer oder eines SED-Opferbeauftragten bekannt wurde, haben Günter Benser, Sylvia Gräfe und Kurt Metschies sofort begonnen, den umfangreichen Text und dessen Begründungen zu analysieren. Es bestand die Absicht, den Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und der Partei DIE LINKE sowie den mit der Materie befassten Ausschüssen unseren Standpunkt zu unterbreiten – weniger in der Hoffnung, unseren Bedenken Geltung zu verschaffen als unsere warnende Stimme manifest zu machen. Da das Gesetz bereits am 19. November 2020 vom Deutschen Bundestag angenommen wurde, kamen wir jedoch nicht mehr zum Zuge. Es gelang diesmal auch nicht, uns in der Tagespresse zu exponieren. Deshalb wird unser grundsätzlicher Standpunkt in einem in diesem Heft der Mitteilungen enthaltenen Beitrag veröffentlicht.

Der Vorstand des Förderkreises hat sich auf jeder seiner Sitzungen mit dem Echo auf unsere Interventionen und dem Sachstand befasst, wobei er sich stets auf die Kompetenz von Kurt Metschies stützen konnte. Wir werden den Fortgang des Geschehens auch weiterhin kritisch begleiten.

3. Beziehungen zu anderen Vereinigungen

3.1. Berlin-Brandenburgisches Bildungswerk

Leider hat das Berlin-Brandenburgische Bildungswerk 2020 seine Arbeit eingestellt.

3.2. ITH

Die 56. ITH-Konferenz mit dem Leitthema „Kapital, Migration und die Linke“ sollte in Linz/Oberösterreich vom 24.-26. September 2020 stattfinden, wurde aber aus o. g. Gründen auf 2021 verschoben. Über den Stand der Planungen und die Situation der ITH konnten wir in Heft 58 der „Mitteilungen“ mit Hilfe eines Beitrages der ITH-Präsidentin Prof. Dr. Susan Zimmermann und der zuständigen Mitarbeiterin Charlotte Rönchen informieren.

3.3. IALHI

Im Heft 57 unserer „Mitteilungen“ wurde ein Bericht über die 50. Tagung (September 2019 in Alcalá de Henares/Spainien) veröffentlicht..

3.4. Andere Vereinigungen und Publikationen

Durch die Folgen der Corona-Pandemie konnten die Kontakte zu und Kooperationen mit anderen Vereinigungen nicht so zum Tragen kommen wie geplant. Es bestehen Arbeitskontakte zum August Bebel Institut, zur Friedrich-Ebert-Stiftung, zur Hellen Panke e. V., zum Förderverein für Forschungen zur Geschich-

te der Arbeiterbewegung, zur Rosa-Luxemburg-Stiftung im Bund und in Sachsen, zur Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, zum Koordinationskreis Unvollendete Revolution 1918 und zur Paul-Löbe-Stiftung bzw. Hugo-Preuss-Stiftung. Verlagskontakte besitzen wir besonders zur Edition Bodoni, zum Trafo-Verlag und zum Verlag Die Buchmacherei, Redaktionskontakte bzw. redaktionelle Mitarbeit in anderen Fachzeitschriften erfolgen durch Rainer Holze (BzG, Z.) und Holger Czitrich-Stahl (Arbeit – Bewegung – Geschichte).

Der Textband zu der von uns mitveranstalteten Konferenz „Zweimal Deutschland. Soziale Politik in zwei deutschen Staaten – Herausforderungen, Gemeinsamkeiten, getrennte Wege“, die am 4. November 2019 stattfand, erschien Ende Februar 2020 unter der Mitherausgeberschaft unseres langjährigen Vorsitzenden Dr. Reiner Zilkenat und mit Beteiligung zahlreicher Mitglieder als Autorinnen und Autoren.

4. Vereinsangelegenheiten

2020 mussten wir wieder Abschied nehmen. Besonders schmerzlich traf uns der plötzliche Tod unseres ehemaligen Vorsitzenden Dr. Reiner Zilkenat am 26. Februar 2020. Ihm und seinem Werk gedachten wir in unserer Zeitschrift ebenso wie in der Presse und in der BzG. Wie man den Würdigungen entnehmen durfte, wurde seine Arbeit sehr geschätzt. Das angedachte Ehrensymposium „Sozialistische Arbeiterbewegung und antifaschistischer Kampf“ konnte noch nicht weiter verfolgt werden.

Es verstarben weiterhin unsere Mitglieder Prof. Dr. Dietrich Staritz und Prof. Dr. Georg Ebert.

Die klassischen Vorstandssitzungen wurden am 24.2.2020 (Vereinszimmer im Bundesarchiv) und am 18. September 2020 (RuDi) durchgeführt. Die zwischenzeitliche und nachfolgende Koordination der Vorstandsarbeit erfolgte schriftlich, postalisch und fernmündlich mit Rücksicht auf die Corona-Bestimmungen. Wie in den vergangenen Jahren, so wurde auch im Berichtszeitraum auf den Sitzungen und in der Vorstandskorrespondenz den „Mitteilungen“ und den anderen Vorhaben und Publikationen des Förderkreises große Aufmerksamkeit gewidmet. Dagmar Goldbeck verantwortete wie bisher den Vertrieb der „Mitteilungen“, Sylvia Gräfe betreute unsere Webseite und erstellte das Findbuch, Elisabeth Ittershagen legte die Finanz- und Mitgliederentwicklung dar. Rainer Holze unterstützte u. a. die Redaktion bei der Gewinnung von Autoren und Rezensenten für die „Mitteilungen“ und bei der Vernetzung mit anderen Multiplikatoren.

Auf jeder Sitzung und in seinem Schriftverkehr thematisierte der Vorstand die aktuellen Entwicklungen zur Zukunft der SAPMO und das entsprechende Vorgehen zur Vertretung der diesbezüglichen Vereinsanliegen.

5. Vereinsarchiv

Geordnet und verzeichnet wurde im Geschäftsjahr der Aktenbestand des Vereins durch die Archivarin Sylvia Gräfe. Insgesamt liegen erschlossen 131 Akteneinheiten mit 1,20 lfd. M. Archivgut für den Zeitraum von 1991 bis 2020 vor. Dank gilt den Vorstands- und Vereinsmitgliedern, die bei der Bereitstellung von schriftlichen Unterlagen und der Fertigstellung des Findbuches beigetragen haben.

Personalien

Dr. Jürgen Stroech zum 90.

Am 2. November 2020 beging der Mitbegründer unseres Förderkreises Jürgen Stroech seinen 90. Geburtstag. Er gehörte als Beisitzer unseres Vorstandes zu den aktivsten Vereinsmitgliedern bis ihn sein Gesundheitszustand zwang, diese Funktion niederzulegen.

Als der international hoch angesehene Literaturwissenschaftler, Marx-Engels-Forscher und Büchersammler Dr. Bruno Kaiser in dem zunächst als Forschungsinstitut für wissenschaftlichen Sozialismus gegründeten, späteren Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED mit dem Aufbau einer Bibliothek begann, scharte er einen Kreis junger entwicklungsfähiger Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen um sich. Zu ihnen gehörte Jürgen Stroech, der bereits seine Arbeit in der Bibliothek aufgenommen hatte. Nach dem Abitur hatte er von September 1949 bis März 1950 an der Pädagogischen Hochschule in Berlin studiert. Seine bibliothekarische Ausbildung erhielt er 1950/51 während eines Sonderlehrgangs am Zentralinstitut für Bibliothekswesen in Berlin. 1961 schloss er ein Fernstudium Geschichte an der Humboldtuniversität Berlin als Diplomhistoriker ab.

Schon bald wurde er stellvertretender Leiter der Bibliothek. Während sich Bruno Kaiser hauptsächlich um die Erwerbung und die Repräsentanz der Bibliothek kümmerte, war Jürgen Stroech für den bibliothekarischen Ablauf zuständig. Als Kaiser 1972 sein Amt niederlegte, trat er dessen Nachfolge an. Wenn diese Bibliothek zu einer der größten und wertvollsten sozialgeschichtlichen Bibliotheken im deutschsprachigen Raum heranwuchs, die trotz eingeschränktem Zugang von den Mitarbeitern des Instituts ebenso wie von Historikern, Publizisten und Wissenschaftlern verschiedener Fachgebiete des In- und Auslands gern genutzt wurde, ist dies eng mit dem Wirken von Jürgen Stroech verbunden.

Sein wissenschaftliches Interesse galt vor allem der illegalen antifaschistischen Presse, deren Sammlung und Erschließung. Zu dieser Thematik promovierte er 1974. Seine Darstellung fand ihre Ergänzung in einer bis heute einmaligen Bib-

liografie. Sein besonderes Anliegen war die physische Sicherung und Bewahrung der kostbarsten Bestände der Bibliothek sowie die bibliografische Erfassung und Propagierung der Publikationen der Arbeiterbewegung. Auf seine Initiative erarbeiteten Mitarbeiter der Bibliothek eine Schriftenreihe „Bibliographische Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, in der bis 1990 acht Hefte erschienen.

Als Leiter einer der größten wissenschaftlichen Fachbibliotheken der DDR wirkte Jürgen Stroech in wichtigen Gremien des Bibliothekswesens mit. Von 1972 bis 1990 gehörte er dem Präsidium des Bibliotheksverbands der DDR an. 1972 wurde ihm in Würdigung seiner langjährigen leitenden und wissenschaftlichen Tätigkeit im Bibliothekswesen der DDR der Titel Bibliotheksrat verliehen, 1988 wurde er Oberbibliotheksrat. Wiederholt vertrat Stroech sein Institut auf den Tagungen der International Association of Labour History Institutions (IALHI).

Im Gefolge des gesellschaftspolitischen Umbruchs 1989/1990 geriet wie so Vieles auch die von Jürgen Stroech geleitete Bibliothek in eine existentielle Krise. Einerseits war die Zukunft der SED, der ja das Institut samt Archiv und Bibliothek gehörte, völlig ungewiss. Andererseits bekam auch die Bibliothek die um sich greifenden Anfeindungen zu spüren, und sie wurde mit mancherlei Anmaßungen und Begehrlichkeiten konfrontiert. Als sich das Aufgehen der DDR in der Bundesrepublik abzeichnete, galt es einen Platz in der sich herausbildenden gesamtdeutschen Archiv- und Bibliothekslandschaft zu finden. In dieser Zeit gehörte Jürgen Stroech zu jenen besonnenen engagierten Leuten, die sich ihrer Verantwortung sowohl für die wertvollen Bestände als auch für die soziale Absicherung der Mitarbeiter bewusst waren und nach gangbaren Wegen suchten.

So überrascht es nicht, dass er zu jenem Kreis gehörte, der bemüht war, mit der Gründung eines Förderkreises kompetente Persönlichkeiten des In- und Auslandes als Unterstützer zu gewinnen. Zwar ging das ursprüngliche Bestreben, gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung einen Rettungsschirm für Archiv und Bibliothek zu schaffen, nicht auf. Aber mit der Errichtung der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Rahmen des Bundesarchivs wurde eine Lösung gefunden, die sich bis heute bewährt hat.

Für Jürgen Stroech war dies gleichbedeutend mit seinem Ausscheiden aus dem Berufsleben. Doch nutzte er seine gewonnene Zeit, um seine Studien zu vertiefen. In Gemeinschaftsarbeit mit anderen ehemaligen Arbeitskollegen entstanden gründlich recherchierte aussagekräftige „Beiträge zur Geschichte der Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML)“, die auf der Website unseres Förderkreises nachzulesen sind. Sie dokumentieren zugleich die wohl wichtigste Seite des Lebenswerkes von Jürgen Stroech.

Günter Benser

Prof. Dr. Adrian Piper erhält den Kaiserring der Stadt Goslar

Unser Vereinsmitglied Prof. Dr. Adrian Piper wird 2021 mit dem Kaiserring der Stadt Goslar für ihr künstlerisches Wirken geehrt werden. In der Begründung zur Preisvergabe heißt es:

„Konsequent wie frei in Zeichnung, Malerei, Skulptur, Film und Performances entblößt Adrian Piper die harschen Strukturen des Normativen und führt nonchalant den Betrachtenden vor Augen, dass es immer auch auf uns selbst, unser Denken und unser Handeln ankommt.“ Adrian Piper thematisiert in ihren Werken immer wieder die Gefahren von Diskriminierung und Rassismus. Auf ihre Idee geht auch die Umgestaltung der „Mitteilungen“ zurück, wie sie erstmals im Heft 58 sichtbar wurde.

Wir gratulieren unserem Vereinsmitglied herzlich zu dieser Ehrung. Näheres unter <https://www.goslar.de/presse/pressemitteilungen/kultur-veranstaltungen/7147-wer-bekommt-den-goslarer-kaiserring-2021>

Nachruf Prof. Dr. Georg Ebert (26.1.1931–11.12.2020)

Am 11. Dezember 2020 starb nach langer schwerer Krankheit Prof. Dr. Georg Ebert in Berlin. Prof. Dr. Georg Ebert wurde am 26. Januar 1931 in Berlin als zweiter Sohn in eine der jüngeren deutschen Geschichte eng verbundene Familie hineingeboren. Sein Großvater war der Reichskanzler und Reichspräsident Friedrich Ebert. Sein Vater Friedrich Ebert jun. gehörte zu den sozialdemokratischen Mitbegründern der SED am 22. April 1946 und amtierte von 1948-1967 als Oberbürgermeister von Ost-Berlin bzw. Berlin (DDR). Über die Familiengeschichte der Eberts veröffentlichte Georg Ebert 2010 gemeinsam mit seiner Frau Rosel das Buch „Friedrich Ebert: Lebensräume. Dezember 1905 – Oktober 1919“. Er selbst blickte 2006 und 2013 autobiografisch zurück in den zwei Bänden „Im Spannungsfeld zweier Welten“. Rosel Ebert gab im Jahr 2014 den Erinnerungsband „Friedrich Ebert jun. Briefwechsel mit seinem Sohn Georg 1943–1945, ergänzt durch Kindheitserinnerungen von Georg Ebert“ heraus.

Georg Ebert studierte von 1950 bis 1954 Wirtschaftswissenschaften an der Berliner Humboldt-Universität und forschte von 1958-1962 in Moskau, wo er auch promoviert wurde. Nach seiner Rückkehr nach Berlin (DDR) wurde er als Ökonom an die Parteihochschule „Karl Marx“ der SED berufen, wo er von 1964 bis 1974 Stellvertretender Leiter des Lehrstuhls für „Politische Ökonomie des Sozialismus“ war. Danach übernahm er bis zur Liquidation der Akademie 1990 die

Leitung dieses Lehrstuhls.

Am 6. März 1991 nahm Prof. Dr. Georg Ebert an der Gründungsversammlung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung teil. Am 5. Dezember 2019 ernannte ihn der Vorstand zum Ehrenmitglied des Förderkreises.

Holger Czitrich-Stahl

Günter Benser

Zeitsprung

Tagesnotizen 1948 und 2018



edition bodoni

30 Jahre Förderkreis

Interview mit Dr. Inge Pardon

Am 5. März besteht unser Förderkreis bereits drei Jahrzehnte. Warum hattest Du Dich damals so vehement für die Gründung eines solchen Förderkreises eingesetzt? Mit welchen Akteuren hast Du in diesem Kontext besonders eng zusammengearbeitet?

Um diese Frage nachvollziehbar beantworten zu können, muss ich ein wenig ausholen.

Die Singularität unseres Zentralen Parteiarchivs der SED (ZPA), seine wertvollen Bestände, Sammlungen und wissenschaftlichen Qualitäten hatte mir nicht nur der langjährige Leiter, Professor Dr. Heinz Voßke schon in den Siebzigerjahren, als ich noch für das Zentralarchiv des Jugendverbandes FDJ zuständig war, nahegebracht. Ich habe sie als Benutzerin für meine wissenschaftlichen Arbeiten, seit 1986 als stellvertretende Leiterin des ZPA und seit Juli 1990 als vom Parteivorstand der PDS (PV der PDS) berufene Leiterin selbst in Augenschein nehmen können. Und auch als Lebenswerk vieler dort arbeitender Mitarbeiter*innen begriffen.¹

In jenem Sommer 1990 hatte der Kampf um die Erhaltung dieses wertvollen Kulturgutes der deutschen Arbeiterbewegung schon begonnen. Aus dem Munde solcher Archivbenutzer wie Jürgen Kuczynski, Wolfgang Leonhard, Fritz Platten, Hermann Weber, Robert Liebknecht, Dietrich Staritz, Brigitte Seebacher-Brandt, Inge Jens, Margarethe von Trotta, Nadja Stulz-Herrnstadt, Timothy Garton Ash und vieler, vieler anderer, mit denen ich als Archivleiterin oft höchst interessante Gespräche zu unseren Quellen führen konnte, vernahm ich Äußerungen außerordentlicher Wertschätzung und größten Respekts für unser Archiv als einem Kulturgut von internationalem Rang. Indem sie unsere Bestände auswerten konnten, haben wir ihre Projekte – Monografien, Artikel, Filme und Ausstellungen, Biografien und Dissertationen nicht nur unterstützt, sondern manchmal überhaupt erst möglich gemacht. In unzähligen Vorworten zu wissenschaftlichen Publikationen, Quellensammlungen, Bildbänden u. v. a. m. wird mit herzlichen Wor-

1 Später, als wir finanziell vor dem Aus standen und weder Treuhandanstalt (THA) noch Unabhängige Kommission zur Verwaltung des SED-Vermögens (UK) einsichtig waren, überließ es der scheidende Archivleiter mir, über 25 verdienstvollen Mitarbeiter*innen, die das ZPA mit aufgebaut und jetzt das entsprechende Alter erreicht hatten, den Ruhestand naheulegen, um den Jüngeren die Arbeitsplätze zu erhalten. Schwer nur zu ertragen war, mit welcher Arroganz uns manche Politiker, Vertreter der THA und der UK begegneten und unseren Appellen zur Erhaltung unserer Einrichtung die kalte Schulter zeigten. Schon der Name „Zentrales Parteiarchiv der SED“ war für manche damals ein rotes Tuch. Man vermutete einen Hort parteibürokratischen Schriftgutes der verteufelten SED, schlimmer noch, „in Schuhkartons versteckte“ Mauerbau- und Schießbefehlunterlagen. Siehe Artikel von J. Serkes in der „Welt“ vom 17.4.91.

ten dem ZPA, seinen kompetenten und freundlichen Spezialisten für die Unterstützung gedankt. Sehr aufgeschlossen uns gegenüber verhielten sich zu Beginn der Neunzigerjahre auch meine Kolleg*innen im Verein Deutscher Archivare, in dessen Fachgruppe 6 – Archivare an Archiven der Parlamente, der politischen Parteien, Stiftungen und Verbände – ich mitgearbeitet habe. Sie thematisierten auf den Vereinstagungen unsere neue Situation und interessierten sich für unsere Zukunftsvorstellungen. Besonders erinnere ich mich an die fachwissenschaftliche Konferenz „Geschichte und Politik der DDR“ im Oktober 1990 in Mannheim, wo ich zur aktuellen Archivproblematik einen Vortrag hielt, sowie auch an die Archivtage in Karlsruhe 1990, in Aachen 1991 und in Berlin 1992. Ich erfuhr ein solidarisches Verhalten.

Ganz anders hingegen war die Situation in Berlin, in unserem unmittelbaren politischen Umfeld. Hier hatten wir zur Kenntnis zu nehmen, mit welcher Ablehnung uns Teile der Öffentlichkeit, manipuliert durch verschiedene Medien, begegneten. Unterstellungen, wir würden das Archiv ins Ausland verbringen, Materialien vernichten oder uns schmücken mit nicht in unsere Hände gehörende Quellen, waren an der Tagesordnung.

Wir waren unsäglicher Hetze ausgesetzt, Steinwürfen auf Fensterscheiben unserer Magazinräume, einer Bombendrohung und Anfang April 1992 sogar einer mehrtägigen, überfallartigen Besetzung durch drei Hundertschaften Polizisten und 50 Kriminalbeamte, die 15 Staatsanwälte eskortierten.²

Seit Ende der Achtziger Jahre gab es im ZPA zukunftsorientierte Überlegungen. Es ging um die Schaffung eines Nationalarchivs der DDR, in das auch das ZPA eingebracht werden sollte. Mit dem Innenministerium der DDR hatten bereits konstruktive Beratungen von Umzugskonzeptionen stattgefunden. Gleichzeitig wurden Bestandsvereinbarungen in gegenseitiger Übereinstimmung mit dem Zentralen Staatsarchiv Potsdam durchgeführt.

Das Interesse an unserem Archiv hatte bereits Ende der Achtzigerjahre beträchtlich zugenommen. Mit der neuen, seit April 1990 an der Bundesarchivgesetzgebung orientierten Benutzungsordnung, mussten wir mit einem enormen weiteren Besucheransturm fertig werden.³

Mit dem Einzug der Bundesbank in das Haus der Parlamentarier – ehemals

2 In einer Dokumentation haben wir im ZPA alles über diese völlig unverhältnismäßige und überflüssige Polizeiaktion zusammengestellt.

3 Im Sept. 1990 lagen bereits über 200 Anmeldungen für Jan./Febr. 1991 vor; wir hatten oft bis zu 60 Interessenten täglich zu betreuen. Von den 500 Benutzern im ersten Halbjahr 1990 kam etwa ein Drittel aus der BRD, aus Westberlin, den USA, Frankreich und Großbritannien. Zusätzlich haben wir große Sondervorhaben parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages und von Staatsanwaltschaften unterstützt sowie Unterlagen für die Schiedskommission der PDS im Zusammenhang mit Rehabilitierungsverfahren bereitgestellt.

ZK der SED – mussten wir unsere dortigen Tresormagazine frei räumen und einen Umzug in das Gebäude Wilhelm-Pieck-Straße 1, Sitz des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA, vormals IML, gegründet am 4. Jan. 1990) organisieren. Dabei wurden auch das neu hinzugekommene Interne Archiv des Politbüros samt zweier Spezialistinnen und Findhilfsmittel in das ZPA integriert.⁴

In nie gekannter Größenordnung haben wir im Herbst 1989 aus den Etagen des Zentralkomitees der SED und Einrichtungen des ZK Parteischriftgut gesichert. Hatten wir bis September 1989 jährlich etwa 70 lfd. M. Materialzugang, so waren es allein von Oktober 1989 bis Februar 1990 etwa 500 lfd. M.

Überlebenswichtig waren die bereits im März 1990 nicht zufällig aufgenommenen Sondierungsgespräche mit dem Archiv und der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Gestaltung einer gemeinsamen Perspektive als wissenschaftlicher Verein. Vorausgegangen war eine jahrelange fachliche Kooperation zwischen uns.

Im Herbst 1990 waren wir schon weit vorangekommen mit unserem „Vereinsprojekt“. In einem Brief an die THA vom 27.11.1990 bittet G. Gysi um die Freigabe von 6 Millionen DM aus dem beschlagnahmten Parteivermögen für den Vereinszweck. „Beide Seiten sind sich darüber einig, dass der Verein, in den die Bestände des jetzigen Parteiarchivs und der Bibliothek im Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung eingehen werden, parteiunabhängigen Charakter tragen wird. Sein Anliegen wird in der Sicherung von historischem Kulturerbe für die wissenschaftliche Forschung in Deutschland bestehen. Über diesen Verein sollen die einzigartige Quellensammlung historischer Zeugnisse für die Wissenschaft zugänglich gemacht und die Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit der Bestände von Archiv und Bibliothek garantiert werden. Er soll einen Beitrag zur Pflege historischen Kulturerbes, speziell der Arbeiterbewegung, leisten und auf diese Weise die historische Forschung, die demokratische Bildung und die internationalen Wissenschafts- und Kulturbeziehungen fördern.“

Der Vorstand sollte paritätisch besetzt, die öffentliche Finanzierung gesichert und die Mitarbeiter weiter beschäftigt werden.

Je konkretere Gestalt unser Projekt als gemeinnütziger Verein annahm, desto

4 Es waren fast 90 LKW-Ladungen Archivgut, das, vorbei an den bereits angelieferten Geldsäcken der Bundesbank, verladen, zum neuen Standort transportiert und dort in die inzwischen neu aufgebauten Regalanlagen nach einem entsprechenden Sicherheits- und Brandschutzkonzept wieder sachgemäß eingelagert wurde – ohne Pannen, fehlerfrei. Und ohne, dass auch nur ein Blatt vermisst wurde, konnte die Benutzung in einem parallel zu diesem Kraftakt umgebauten und von 20 auf 40 Plätze erweiterten Lesesaal fortgesetzt werden. Trotzdem hagelte es immer noch Beschwerden: Parteihistoriker, also praktisch Miteigentümer des Archivs, von deren Parteibeiträgen (u. a.) ja so ein Archiv schließlich mit aufgebaut und unterhalten wurde, konnten nicht verstehen, dass auch sie sich in die Warteschlange einreihen mussten. Und Forscher aus dem Westen klagten an, dass sie warten müssten, weil immer noch die alten ‚SED-Seilschaften‘ dort das Sagen hätten und demzufolge ‚muss man denen das wegnehmen ...‘

zahlreicher formierten sich auch die Gegner dieser Lösung. Im September 1990 misslang der Versuch der Volkskammer der DDR, das ZPA kurzerhand zu verstaatlichen. Das sachkundige Auftreten des Abgeordneten Klaus Höpcke, der im Parteivorstand für uns zuständig war, und unser in diesem Zusammenhang informatives Wirken im Rechtsausschuss und im Innenausschuss sowie die Besuche von Repräsentanten beider Ausschüsse in unserem Hause sorgten für künftig größere öffentliche Akzeptanz unseres Archivs und seiner Fachleute.

Die ständigen Spekulationen und Turbulenzen um das Zentrale Parteiarchiv hatten unsere Überzeugung gefestigt, dass wir uns Verbündete in unserem Überlebenskampf suchen müssen. Dieses Werben konnte nur durch Transparenz und Information breiter Kreise über unsere Einrichtung, ihre Bestände, Arbeitsweise und Entwicklungsgeschichte gelingen.

Wir starteten eine Initiative zur Information der Öffentlichkeit. Vorgefasste Meinungen und erhebliche Unklarheiten über das ZPA mussten ausgeräumt werden.

Ich habe in dieser Zeit zahlreiche Interviews gegeben, Artikel publiziert, eine neue Informationsbroschüre erarbeitet, Vorträge gehalten und Podiumsgespräche bestritten. Unterstützt haben mich dabei mein Stellvertreter Lothar Hornbogen, die Sektorleiter*innen und andere Archivexperten verschiedener Fachbereiche des ZPA.

Im Rahmen unseres Werbens um die Unterstützung unseres Überlebenskampfes haben unsere Archivar*innen und Bibliothekar*innen für unsere Gäste und die Benutzer der Lesesäle, anlässlich von Pressekonferenzen des Förderkreises oder zum Berliner Archivtag 1992, im Kinosaal, in der 5. Etage, in den Lesesälen oder auch bei mir im Arbeitszimmer kleine Ausstellungen aufgebaut. Wir zeigten Originaldokumente aus der Arbeiterbewegung, z. B. Briefe und Zeichnungen von Rosa Luxemburg, Dokumente u. a. von Karl Marx, August Bebel, Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck, wertvolle Korrespondenzen antifaschistischer Widerstandskämpfer, Bücher mit Widmungen, Originalzeitungen, Tarnschriften der KPD, Flugblätter, historische Sammlungen z.B. von 1. Mai-Postkarten, sowie museale Gegenstände aus persönlichen Nachlässen, z. B. von Walter Ulbricht, Otto Grotewohl und Kurt Eisner. Die große positive Resonanz rechtfertigte den Aufwand und unsere Fachleute, z. B. des Bildarchivs, die Nachlass-Erschließer und Spezialisten des SED-Bestandes kamen zu Wort.

Mitarbeiter*innen des Archivs und der Bibliothek standen für Führungen durch unsere Magazine, Büros, die Lesesäle und die interessanten Technischen Werkstätten sowie für Gespräche zur Verfügung. Wir hatten neben den Benutzern häufig Journalisten und Gäste im Haus.

Hilfreich war auch die im November 1990 erfolgte Eintragung von Archiv und Bibliothek im Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA) in das Ge-

samtverzeichnis national wertvollen Kulturgutes und national wertvoller Archive, veranlasst durch die Berliner Senatsverwaltung für Kultur.

Anfang 1991 beschloss der Internationale Archivrat in Paris einstimmig die Aufnahme des Zentralen Parteiarchivs als Mitglied. Der damalige Volkskammerabgeordnete Joachim Gauck empfing mich in seinem Domizil in der Glinkastraße. Er war sehr interessiert, mehr zu erfahren über unser Archiv, seine Traditionen, Bestände und Arbeitsweise.

In einer aufwändigen Aktion haben wir im Februar/März 1991 persönliche Einladungen zur Besichtigung von Archiv und Bibliothek an die PDS-Fraktionsmitglieder und viele Abgeordnete anderer Fraktionen im Deutschen Bundestag sowie im Berliner Abgeordnetenhaus geschickt. Über 30 Parlamentarier, unter ihnen W. Thierse, D. Dowe, G. Wartenberg, H. Soell, R. Schwanitz, D. Pforte, R. Künast, S. Leutheuser-Schnarrenberger, I. Köppe, W. Ullmann, U. Jelpke und W. Gehrke sind ihnen gefolgt.

Mit uns solidarisierten sich namhafte Wissenschaftler, auch aus dem Ausland – unter ihnen z. B. der Willy-Brandt-Biograf Einhart Lorenz aus Norwegen.

Zu unseren Anstrengungen, das ZPA in seiner historisch gewachsenen Struktur zu erhalten und unantastbarer zu machen, gehörte auch, unsere internationale Arbeit bekannt zu machen. Das ZPA genoss durch jahrzehntelangen fruchtbaren fachlichen Erfahrungsaustausch mit vielen Archiven von Weltgeltung hohe internationale Anerkennung. Viele Bekundungen des Interesses an der Fortsetzung der Zusammenarbeit z. B. vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, von den Archiven und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung Kopenhagen, Stockholm und Oslo, vom Parteiarchiv der KPdSU Moskau setzten Achtungszeichen.

Im uns durch den Anschluss der DDR an die BRD überkommenen gesellschaftspolitischen System mussten wir erst lernen, uns zurechtzufinden. Wer von uns wusste damals schon, was eine ‚Salvatorische Klausel‘ ist, oder die ‚Einrede der Verjährung‘, kannte ‚Besitzrecht bei Eigentumsvorbehalt‘, Betriebsüberführung, Nießbrauch u. v. a. m.

In der DDR wäre es mir nie eingefallen, darauf zu pochen, dass unser Archiv ‚Privateigentum‘ ist, nämlich das Privateigentum einer Partei. Das war aber eine wichtige und hilfreiche Erkenntnis. Dieser Fakt erschwerte nämlich ungemein den Zugriff aus allen möglichen Ecken auf unsere Einrichtung, die aber gerade im ‚Rechtsstaat‘ erstmalig in ihrer Geschichte in ihrer Existenz bedroht war.

In dieser Zeit habe ich das Gespräch mit einer Reihe von Juristen und Anwälten gesucht. Zu ihnen gehörten die Westberliner Walter Venedey und Klaus Eschen, der PDS-Abgeordnete Prof. Dr. Uwe Jens Hoyer, Prof. Dr. Hermann Klenner und der Anwalt der Französischen Kommunistischen Partei, Roland Weyl.

Im Zuge der weiteren Verhandlungen mit dem Bundesministerium des Innern

(BMI), der THA, der UK, und dem Bundesarchiv sowie auch für meine Zuarbeiten für den Parteivorsitzenden (und Juristen) Gysi in Sachen Archiv – z. B. für seine Gespräche mit den Ministern Schäuble und Seitzers – war es wichtig, in den juristischen Details mitreden zu können. Unter der Federführung von RA Jürgen Strahl wurde in mehreren Diskussionsrunden im ZPA ein Material erarbeitet und am 17. Juli 1991 verabschiedet:

„Rechtsfragen bei der Einbeziehung des Zentralen Parteiarchivs der PDS in den Geltungsbereich des Bundesarchivgesetzes. (Erarbeitet von J. Strahl, Berlin und R. Weyl, Paris. Unter Mitwirkung von H. Hannover und V. Ohm, Bremen; U. J. Heuer, Berlin; H. Klenner, Berlin; R. Kluge, Potsdam und I. Pardon, Berlin.)“ Dieser Leitfaden hat mir sehr gute Dienste erwiesen. (Kopie im Besitz der Autorin.)

In den beschriebenen Situationen extremer äußerer Gefährdungen für das ZPA samt seiner drei technischen Werkstätten und gleichermaßen die große sozialwissenschaftliche Bibliothek, die immer einhergingen mit Problemen der Finanzierung, (die Parteifinzen waren beschlagnahmt und unter treuhänderische Verwaltung gestellt worden), halfen alle diese bisher von mir dargestellten Aktivitäten unsere Überlebenschancen zu verbessern.

Mit Begehrlichkeiten, Herausgabeforderungen, Beschlagnahme- und Enteignungsabsichten, abenteuerlichen Vorstellungen mancher Forscher, wie man sich jetzt in Archiv und Bibliothek bedienen können müsste, Boykott und chronischem Geldmangel, ja zeitweiliger Einstellung der Finanzierung durch die Treuhand bzw. UK – monatelang wurden keine Löhne gezahlt, so dass wir einen Solidaritätsfond gründeten, um z. B. Alleinerziehenden und anderen Bedürftigen zu helfen – konnten wir umgehen.

Besonders zugesetzt haben uns allerdings die von wenig Fachkompetenz zeugenden Unterstellungen, Verdächtigungen, Ultimaten, Verleumdungen und existenzgefährdenden Angriffe aus den eigenen Reihen. Beim Parteivorstand der PDS hatte sich Ende 1990, als das Schicksal des ZPA noch völlig offen war, eine Interessengemeinschaft Archive und Bibliotheken bei der PDS (IG Archive und Bibliotheken) gegründet, ohne uns, die Betroffenen, auch nur wenigstens davon zu informieren. Die Akteure waren zumeist arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Historiker, Gesellschaftswissenschaftler und ein Leiter eines Bezirksparteiarchivs. Zu den Aktivisten der IG gehörten Dr. Michail Nelken, Mitglied des Parteivorstandes der PDS, Dr. Jochen Cerny und Dr. Ulrich Jahnke. Anstatt ihre Vorstellungen zur Zukunft von Archiv und Bibliothek mit uns zu diskutieren, sich gemeinsam mit uns um Bündelung der Kräfte zu mühen, trat die IG mit einem Antrag an den 2. Parteitag der PDS plötzlich in die Öffentlichkeit und opponierte gegen das Vereinsprojekt mit der FES. Das war insofern besonders bitter, da wir doch im Grunde dasselbe wollten – nur auf unterschiedlichem Wege. Die

IG kritisierte das Vereinsprojekt, formulierte jedoch ähnliche (Fern-)Ziele, wie wir sie selbst zur Rettung von Archiv und Bibliothek schon lange in der Öffentlichkeit vertreten haben.

Die Mitglieder der IG hatten kaum Einblick in die tatsächliche Lage – den konnten sie gar nicht haben. Substanzielle, praktikable Vorschläge, hilfreiche Argumentationen waren in ihren Materialien nicht enthalten.⁵

Auch unsere Kolleg*innen von der FES mussten mit Widerständen gegen das Vereinsprojekt aus den eigenen Reihen in der westdeutschen und vor allem in der neu gegründeten ostdeutschen Sozialdemokratie umgehen. Sowohl in der Parteilührung als auch in der Bundestagsfraktion gab es Vorbehalte zur PDS-Nähe und Bedenken gegen diese gemeinsame Perspektive hochsensibler Bereiche aus SED/PDS und SPD, die weitaus prinzipiellerer Art als nur Berührungsängste waren.⁶

Unsere Existenz war Anfang 1991 von vielen Seiten aufs Äußerste bedroht. Eine Initiative von Wissenschaftlern und Bürgerrechtlern aus Ost- und Westdeutschland forderte die Gründung eines Instituts für Zeitgeschichte zur Aufarbeitung der Geschichte der DDR, in das unser ZPA eingehen sollte – allerdings ausdrücklich ohne seine Belegschaft, sein Fachpersonal! Auch der Unabhängige Historikerverband und andere Gruppierungen witterten Morgenluft und traten mit Forderungen auf den Plan. Manche davon deckten sich sogar mit unseren Positionen – z. B. die Erhaltung der Einheit und Geschlossenheit der genetisch gewachsenen Bestände am Standort Berlin, keine Selbstbedienung im Archiv, aber freien Zugang für die Forschung zu gewähren, ohne lange Sperrfristen und bei gewahrtem Personen- und Datenschutz. (Im Bundesarchiv wird die 30-Jahre-Sperrfrist praktiziert.) Allerdings schieden sich die Geister in der Eigentums- und bei der Personalfrage.

Es musste gehandelt werden. Wenn man das Schicksal in die eigenen Hände nimmt, ist man gut beraten, sich Mitstreiter zu suchen. Mit meiner Idee, einen Förderverein ins Leben zu rufen, der unser Anliegen, insbesondere das gemeinsame Vereinsprojekt mit der FES unterstützt, geboren angesichts der akuten Gefahren und in der quälenden Sorge um unsere Zukunft, traf ich sofort auf offene Ohren und tatkräftige Unterstützung bei Klaus Höpcke. Mein Satzungsentwurf fand seine Zustimmung, und derart „gestärkt“ bat ich anschließend Dr. Henryk Skrzypczak, Gründer und Herausgeber der Westberliner „Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ und Generalsekretär der Historischen Kommission zu Berlin, den ich im Sommer

5 Einige Mitglieder dieser IG sind später aus der PDS ausgetreten, einige haben mit uns zusammengearbeitet, die meisten haben sich anderen Aufgaben zugewandt. Zur IG siehe auch Christoph Stamm, *Wem gehören die Akten der SED? Die Auseinandersetzung um das Zentrale Parteiarchiv der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2019, S. 65.

6 Siehe Ch. Stamm, a.a.O., S. 62/63.

1990 als begeisterten Benutzer unsers Lesesaals persönlich kennen gelernt hatte, um Mithilfe, die auch sogleich zugesagt wurde. Auch Prof. Dr. Günter Benser, Direktor des IfGA, Dr. Jürgen Stroeck, Leiter der Bibliothek, und meinen Stellvertreter, Lothar Hornbogen, konnte ich für umgehendes Handeln gewinnen.

Über die Vereinsgründung am Abend des 6. März 1991 in den Räumen des ZPA, im Umfeld der im IfGA tagenden Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz, ist schon viel geschrieben und veröffentlicht worden. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten neben den oben Genannten weiterhin Dr. Ulrich Cartarius (Bonn), Elrun Dolatowski (Berlin), Prof. Dr. Heinrich Gemkow (Berlin), Prof. Dr. Klaus Kinner (Leipzig), Prof. Narihiko Ito (Japan), Dr. Helmut Trotnow (Berlin), Prof. Dr. Hermann Weber (Mannheim) und Dr. Inge Pardon. Einstimmig wurde mein Wunschkandidat, Dr. Henryk Skrzypczak, zum Vorstandsvorsitzenden gewählt.⁷

Meine Rechnung war aufgegangen. Mit Unterstützung der bekannten Luxemburg-Forscherin Prof. Dr. Annelies Laschitzka und weiteren Tagungsteilnehmern, Besuchern des Lesesaals und von uns zur Mitarbeit eingeladenen Freunden unseres Archivs fand in Windeseile eine Konsolidierung dieser Stimme der Vernunft statt, die auch von der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Als Vorstandsberater hatten sich die Professoren Ernst Engelberg, Harold Hurwitz, Jürgen Kuczynski und Walter Markov zur Verfügung gestellt. Professor Wolfgang Leonhard, der

7 Am 23.11.2010 übergab mir Dr. Skrzypczak Notizen zu den Anfängen des Förderkreises, die er für Klaus Höpcke angefertigt hatte. Darin heißt es: „1) 5. März 1991: Erster Tag des Rosa-Luxemburg-Kolloquiums im Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA), 4. Stock. Werde von einem jüngeren Kollegen (Hornbogen) informiert, dass die Leiterin des Zentralen Parteiarchivs, Frau Dr. Pardon, mich zu sprechen wünsche. Sie setzt mich über den Plan der Gründung eines Förderkreises für Archiv und Bibliothek des Instituts in Kenntnis. Ziel sei eine Institution, die im Verbund mit der Friedrich-Ebert-Stiftung getragen werde. Tagebucheintrag: „Als ich Unterstützung zusage, greift sie nach der ganzen Hand“ – sie habe „ein noch größeres Attentat auf mich vor“: So „berühmt“, wie ich sei, wäre ich „genau der richtige Mann“, den Vorsitz des Förderkreises zu übernehmen. Aus Sicht der PDS ist das schlüssig, der Sache wie der politischen Optik nach: Herausgeber der „Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ und notorischer Antikommunist. Unter Hinweis insbesondere auf meine Arbeitslage weise ich das Ansinnen ebenso höflich wie bestimmt zurück. Angesichts der Bedeutung des Projekts sollte der Vorsitzende Professor sein. Hierbei denke ich an Hermann Weber, der sich während dieser Tage als Archivbenutzer im Haus aufhält.

2) 6. März, zweiter Konferenztag: Gespräch mit Weber, der auch dafür ist, dass ich den Vorsitz übernehme. Sein Argument: Der Vorsitzende müsse jederzeit verfügbar sein, dürfe seinen Wohnsitz also nicht in Mannheim haben. – Im Anschluß an die Konferenz ab ca. 16 Uhr Sitzung bei Frau Pardon. Teilnehmer von „westlicher“ Seite außer mir Dr. Ulrich Cartarius (F.-Ebert-Stiftung), Dr. Helmut Trotnow (später Direktor des „Alliiertenmuseums“) und – ab ca. ½ 6 – Prof. Dr. Hermann Weber. Nach mehreren Änderungen des von den Initiatoren eingebrachten Satzungsentwurfs Aussprache über Besetzung der Vorstandspositionen. Da für den Vorsitz kein anderer Kandidat benannt werden kann, erkläre ich mich notgedrungen, um die Konstituierung nicht scheitern zu lassen, zur Kandidatur bereit. Bei eigener Enthaltung darauf einstimmige Wahl; ...“

sich gerade in Moskau aufhielt, ließ mir per Telegramm mitteilen, dass auch er uns unterstützt und sich nicht von anderen Initiativen vereinnahmen lässt. (Kopie in meinem Besitz.)

Der Förderkreis vereinte schon bald mehrere hundert Mitglieder unterschiedlicher politischer Überzeugungen, parteipolitischer Zugehörigkeiten sowie weltanschaulicher Auffassungen aus mehr als 20 Ländern, unter ihnen Kapazitäten der historischen Forschung und der Archivwissenschaft, die alle der Gedanke verband, etwas dafür tun zu wollen, dass eine unikale Sammlung von Archivalien und Literatur zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung fortbesteht. Seine Wortmeldungen konnten nicht überhört werden. Pressekonferenzen des Förderkreises waren stets sehr gut besucht und ein Erlebnis – schon wegen der Vitalität und Eloquenz seines Vorsitzenden. Förderkreismitglieder haben in der Öffentlichkeit für mehr Sachlichkeit, Gerechtigkeit und Transparenz in der Diskussion um das ZPA gesorgt.⁸

Als Archivleiterin hatte ich von nun an mit dem Vorsitzenden des Förderkreises Dr. Henryk Skrzypczak einen ganz starken Partner an meiner Seite. Er war unverdächtig jeglicher Gönnerschaft, eher SED-fern, ein ausgewiesener Historiker und Wissenschaftsorganisator, hoch geschätzter und streitbarer Zeitgenosse, gut vernetzt (auch international) bis in die Spitzen seiner Partei. Henryk Skrzypczak hat mit seinen glänzenden Ideen und seinem Ausnahmetalent im Formulieren unvergessliche Statements gehalten, eine Aufsehen erregende Denkschrift zur Archivproblematik verfasst und mit brillanten Vorträgen unseren Überlebenskampf interessant für so manchen bisherigen Ignoranten gemacht. Noch heute gedenke ich seiner mit Hochachtung und in Dankbarkeit.

Auf dem langen, noch fast zwei Jahre währenden Weg in die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR haben wir viele Bewährungssituationen gemeinsam gemeistert. Ich denke z. B. an die Anhörung im Innenausschuss⁹ oder an die polizeiliche Besetzung und Durchsuchung des Archivs Anfang

8 Zur positiven Resonanz auf die erste Pressekonferenz des Förderkreises am 8. April 1991 gehörte z. B. ein informativer, sachlicher Artikel von P. J. Winters am 12.4.91 in der FAZ: „Das SED-Parteiarchiv – ein national wertvolles Kulturgut“.

9 Der federführende Innenausschuss des Deutschen Bundestages hatte für den 28.8.1991 Experten aus verschiedenen Archiven, Kapazitäten der historischen Forschung, des Datenschutzes, von Organisationen, Verbänden, Stiftungen und Vereinen, die einschlägige Erfahrungen mit Archiven haben, zu einer öffentlichen Anhörung in das Berliner Reichstagsgebäude eingeladen. Dabei wurde der vom SPD-Abgeordneten Gerd Wartenberg angeregte Kompromiss einer öffentlich-rechtlichen Lösung debattiert. Die PDS schloss sich dem Mehrheitsvotum der Sachverständigen unter folgenden Bedingungen an: 1. Erhaltung der Archiv- und Bibliotheksbestände geschlossen in Berlin. 2. Bei klaren Besitzregelungen wird das Eigentum nicht verändert; den unterschiedlichen Standpunkten zu Eigentumsfragen ist allenfalls in salvatorischen Klauseln Rechnung zu tragen. 3. Die Bestände von Archiv und Bibliothek sind systematisch durch Neuerwerbungen zu ergänzen. 4. Personen- und Datenschutz sowie schutzwürdige Belange Dritter, insbesondere ausländischer und deutscher Parteien sind zu gewährleisten. 5. Satzung und Geschäftsordnung

April 1992, an gemeinsame Pressekonferenzen und konstruktive Diskussionsrunden mit der FES, mit der IG Archive und Bibliotheken, mit Wolfgang Templin, Theo Pirker und anderen.

Am 20. März 1991 hatten die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag einen Entwurf zur Änderung des Bundesarchivgesetzes vorgelegt, wonach Unterlagen der SED sowie der übrigen Parteien und Massenorganisationen der DDR ‚soweit sie die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben betreffen‘ als Unterlagen im Sinne des Bundesarchivgesetzes gelten sollten. Damit waren die Weichen für eine De-Facto-Enteignung des SED-Archivs per gesetzliche Handhabe gestellt. Der ungewöhnliche wie atemberaubende Kampf um das Archiv ging weiter. Als sich abzeichnete, dass das gemeinsame Vorhaben mit der Ebert-Stiftung keine politische Mehrheit erhalten wird, räumten PDS, Förderkreis und auch die FES ein, dass nunmehr eine Stiftung unter Einbeziehung des Bundes gegründet werden sollte.

Mit der Arbeitsaufnahme der „Projektgruppe Archive“ im April 1991, die vom Vorsitzenden der UK, Dr. Christian von Hammerstein, beauftragt war, eigentumsrechtliche Fragen an den Beständen des ZPA klarzustellen und eine Bewertung seines Schriftgutes, insbesondere des SED-Bestandes, vorzunehmen, ging eine Versachlichung vonstatten, erfolgte eine Verschiebung der Auseinandersetzungen auf kompetente, fachliche Ebene. Die Gruppe staatlicher Archivare unter der Leitung von Dr. Klaus Oldenhage, BA Koblenz/Abteilungen Potsdam, hatte sich für mehrere Monate bei uns eingefunden. Ihrer von Amts wegen geeichten Meinung setzten wir offensiv unsere Auffassung zum Eigentum und zur Bestandspflege des SED-Schriftgutes entgegen. Die Arbeit in jenen Monaten bezeichne ich trotzdem als konstruktiv (besonders in Situationen akuter Gefährdung des ZPA), war sie doch von beiden Seiten gerichtet auf tragfähige Kompromisse, die sich dann im Einbringungsvertrag in die Stiftung widerspiegelten.

Die Bewertung des SED-Schriftgutes war für das Schicksal des Parteiarchivs von ausschlaggebender Bedeutung. Das Verlangen nach Verstaatlichung des ZPA insgesamt bzw. der Überführung seines SED-Aktenbestandes in Staatseigentum gründete sich auf die These, dass die Akten der ‚führenden Partei‘ stets als Staatsakten anzusehen seien und stellte eine existentielle Bedrohung für das gesamte

sind so zu gestalten, dass die PDS gegenüber ihren Mitgliedern und den Nachlass-Einlegern den Nachweis zu erbringen vermag, deren berechnete Interessen schützen und vertreten zu können. 6. Beauftragte des Parteivorsitzenden und er selbst haben jederzeit Zugang zu allen von der PDS eingebrachten Beständen und können Kopien verlangen. 7. Die Leitung sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bibliothek und der Werkstätten werden übernommen. 8. Während die PDS die wertvollen Bestände, Findhilfsmittel, das Gebäude zum Nießbrauch für den Stiftungszweck und die Spezialisten einbringt, übernimmt die öffentliche Hand die laufende Finanzierung. (Siehe auch Stenografisches Protokoll der Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion am 28. Juli 1991.)

Archiv dar. Erst seit 1968 gab es einen verfassungsmäßig festgeschriebenen Führungsanspruch der SED; in der Zeit seit ihrer Gründung 1946 bis zur DDR-Staatsgründung konnte die SED keine ‚staatlichen Aufgaben‘ wahrnehmen. Im Parteiarchiv der SED wurden niemals ‚Staatsakten‘ gebildet; es war für staatliches Schriftgut nicht zuständig.¹⁰

Die SED-Akten waren in der SED produziert worden. Sie sind – wie immer man sie inhaltlich bewerten will – zweifelsfrei deren geistiges und materielles Eigentum. Die dazu gehörigen Findbücher, von SED-Archivaren erarbeitet, konnten schon gleich gar nicht verstaatlicht werden!

Bei unbestrittener Verquickung von SED- und Staatspolitik ist von getrennter Schriftgut-Entstehung auszugehen. Der Inhalt des Schriftgutes ist dabei zunächst nicht relevant, denn nicht nach Pertinenzen, sondern nach Provenienzen wurden im Parteiarchiv Akten gebildet. Das grundlegende, im Archivwesen generell anerkannte und auch in staatlichen Archiven durchweg praktizierte Provenienzprinzip bedeutet die Archivierung des Schriftgutes innerhalb seines Entstehungszusammenhanges.

Parteiinrichtungen standen im Verteilerschlüssel staatlicher Institutionen an vorderster Stelle. Gleichermaßen gelangten Parteibeschlüsse, Informationen etc. in staatliche Ablagen. Es entstanden Mehrfachüberlieferungen – staatliche Schriftstücke finden sich im Parteischriftgut wieder und Parteidokumente in staatlichen Überlieferungen.

Durch ein Auseinanderreißen von Vorgängen wäre der wissenschaftliche Aussagewert der gesamten Überlieferung entschieden geschmälert und die für den Wissenschaftler unverzichtbare quellenkritische Vertiefung anhand der genetisch gewachsenen Informationszusammenhänge vereitelt. Aus der spezifischen Ausgestaltung der Funktionen der SED einerseits und des Staates andererseits und ihrer Widerspiegelung in Staatsrecht und Staatspraxis der DDR haben sich zwei deutlich abgegrenzte Archivfonds, der Parteiarchivfond der SED und der Staatliche Archivfond der DDR ergeben, die keineswegs miteinander identisch sind.

Mit dem Vorstoß des Deutschen Bundestages, per Gesetz das grundrechtlich geschützte Eigentum der PDS am ZPA ‚staatlich zu sichern‘, war die Existenz der PDS als politische Partei in Frage gestellt. Verfassungsklage gegen die Enteignung war nicht auszuschließen, aber war ein Marsch durch die Instanzen finanziell überhaupt durchzustehen? Andererseits fürchteten die Forscher und ‚Aufarbeitungseliten‘ eine damit verbundene Schließung des Archivs und der Bibliothek. ‚Einvernehmliche Lösung‘ hieß deshalb das Zauberwort der nächsten Monate.¹¹

10 Siehe Richtlinien über den Archivfonds der SED, die Struktur und die Aufgaben der Parteiarchive. Beschluss des Sekretariats des ZK der SED vom 22.11.1982.

11 Tiefer gehenden Betrachtungen zu Partei- und Staatsschriftgut, zur Gemengelage vor allem im Zusammenhang mit Nachlässen von Partei- und Staatsführern und die sich aus dieser Vermischung von staatlichen und Partei-Angelegenheiten in der Praxis ergebende praktische Unmög-

Wir hatten allerdings dem Bundesarchiv, abgestimmt mit dem PDS-Vorsitzen den Gregor Gysi und mit Hans Modrow, eine komplette Kopie der Mikrofilme aller SED-Akten angeboten, um dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit nachzukommen. Das schlug ein wie eine Bombe und wurde von Klaus Oldenhege als „unerwarteter, außerordentlich geschickter Schachzug“ bezeichnet. Unser Vorschlag wurde keiner Antwort für würdig befunden. Zu Wort meldete sich aber die IG Archive und Bibliotheken am 9.4.1991 mit einer dringenden Anfrage an das Präsidium des Parteivorstandes der PDS, die auf eine sofortige Ablösung der Archivleiterin hinauslaufen sollte.

Die Autorität des von H. Skrzypczak geführten und repräsentierten Förderkreises und seine konziliante und versierte Art des Umgangs mit unseren Verhandlungspartnern haben in den neun, unsererseits von Klaus Höpcke, im Auftrage des PV der PDS geführten Verhandlungsrunden zum Einbringungsvertrag von Archiv und Bibliothek in eine unselbständige Stiftung unter dem Dach des Bundesarchivs, eine maßgebliche Rolle gespielt. In den leidenschaftlichen Auseinandersetzungen zum Thema Parteiprovenienzen und Staatsakten erfuhren wir durch ihn kundige Unterstützung.¹²

Die nicht endenden Unruhen um das Parteiarchiv, seine fortwährende Existenzunsicherheit, bewegten im Sommer/Herbst 1992 immer mehr Nachlasserben und Einleger von Sammlungsgut dazu, ihre Deposita zurückzufordern. Mehr als 60 von ihnen wollten ihre Entscheidung darüber von der weiteren Zusammenarbeit mit ihren Vertrauenspersonen abhängig machen. Die Herauslösung von Nachlässen – für die Forschung unverzichtbare, organisationseigenes Schriftgut ergänzende Archivalien – hätte dem Archiv großen Schaden zugefügt und wäre der Beginn einer Erosion der Bestände gewesen.

So schrieb der Förderkreis in einer Pressemitteilung am 15.12.1992: „In ernster Sorge darum, dass Einleger von Nachlässen Archivgut aus dem Zentralen Parteiarchiv zurückholen werden, hat der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung am 12. Dezember auf seiner Jahresmitgliederversammlung einen dringenden Appell an das Bundesministerium des Innern und an die PDS gerichtet. Er fordert, den paraphierten Einbringungsvertrag erst zu unterzeichnen, wenn alles ausgeräumt ist, was neuerdings das Misstrauen der

lichkeit von Bestandstrennung sowie einer Reflexion des damaligen Standes der öffentlichen Diskussion zu diesen Fragen widme ich ein ganzes Kapitel meiner archivwissenschaftlichen Abschlussarbeit an der Humboldt-Universität zu Berlin: Inge Pardon: Das Zentrale Parteiarchiv unter veränderten politischen Rahmenbedingungen (1990-1992). Zur Sicherung und Wahrung seiner Bestände. Abschlussarbeit im postgradualen Studium Archivwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin (unveröffentlicht), Berlin, 1992, S. 36-45. Einsehbar in der Bibliothek des Bundesarchivs, Standort Berlin-Lichterfelde, Signatur 98C17.

12 H. Skrzypczak, Anmerkungen zur Diskussion über die „Sicherung des SED-Parteiarchivs“, Berlin-Lichterfelde, 3. April 1991, unveröffentlichtes Manuskript, Kopie in meinem Besitz.

Archivgut-Einleger geweckt und manche von ihnen bereits zu Rückforderungen ihres Eigentums veranlasst hat. Der Förderkreis hält es für unverzichtbar, dass in der ‚Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR‘ die Stelle des Archivgruppenleiters mit einer Fachkraft besetzt wird, die das volle Vertrauen der Depositare genießt.“

Als am 14. November 1991 per Treuhandentscheid das Aus für das IfGA eingeleitet wurde, haben wir Archiv und Bibliothek aus Solidarität sofort geschlossen, was unverzüglich das BMI, Dr. Sieghart v. Köckritz, mit einem scharfen Brief an die Präsidentin der THA, Birgit Breuel, und den Bundesarchivpräsidenten, Prof. Friedrich P. Kahlenberg, mit einem Brief an Dr. Günter Rexrodt, ebenfalls THA, auf den Plan rief. Erkennbar wurden da die Querelen zwischen Finanzministerium/THA/UK und Innenministerium/Bundesarchiv auf unserem Rücken ausgegtragen. (Kopien der Briefe liegen mir vor.)

Der Förderkreis gewann nach dem Wegbruch des IfGA eine weitere Dimension in unserer Zusammenarbeit. Er begleitete die Gründung des Verbundes Archiv/Bibliothek/Technische Werkstätten beim PV der PDS und förderte entschieden dessen Akzeptanz. Über ein Jahr schritten wir dann noch ‚an Seit‘ an ‚Seit‘, über viele Hürden hinweg, bis das große Ziel, Bewahrung statt Auflösung, erreicht war.

Sind Dir noch Dokumente aus der Entstehungsphase unseres Förderkreises bzw. im Kontext Deines nachhaltigen Engagements zur Sicherung des Zentralen Parteiarchivs bekannt, die in den Mitteilungen veröffentlicht werden könnten?

Eine interessante Frage. Ich denke auch, dass es für viele neue Vereinsmitglieder vielleicht erhellend sein könnte, anhand authentischer Dokumente mehr darüber zu erfahren, warum, wie was zu wem gekommen ist, über unseren Kampf für unser Archiv, die Bibliothek und die Technischen Werkstätten in jenen dramatischen Zeiten des Umbruchs.

Sicher nimmt es nicht Wunder, dass eine Archivarin so gut wie nichts wegwirft. Das Sichern und Sammeln ist mir tatsächlich in Fleisch und Blut übergegangen. Natürlich finden sich so manche Materialien noch in meinem Besitz, vor allem die an meinem Schreibtisch entstandenen.

Einiges ist schon veröffentlicht worden, ich denke da an die Publikationen von Günter Benser „Aus per Treuhand-Bescheid – Der Überlebenskampf des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung“, oder „Was geschah mit den Archiven und Bibliotheken von Parteien und Organisationen der DDR?“, erschienen in der „ddr-geschichte – Forscher – und Diskussionskreis DDR-Geschichte“, Berlin 2008, sowie zur gleichen Problematik erschienene Mitteilungshefte des Förderkreises, die anlässlich runder Jahrestage seiner Gründung veröffentlicht wurden.

Am spannendsten finde ich aber Dokumente in ihren Entstehungsphasen, die Auseinandersetzungen reflektieren, Zeitgeist widerspiegeln und Etappen markieren. So habe ich natürlich die verschiedensten Fassungen von Beschlussetwürfen, Projekten, Modellen, Vertragsentwürfen usw., die ja damals einen großen Verteilerschlüssel hatten, aufgehoben. Ich habe Kopien des über Jahre sich angesammelten Schriftverkehrs mit den Institutionen, mit denen wir als ZPA ständig zu tun hatten, aufbewahrt. Dazu gehören Korrespondenzen mit dem BMI, der THA und dem BA, der UK und ihrer Projektgruppe Archive, mit Kollegen aus Archiven des In- und Auslandes, umfangreicher Schriftwechsel mit Gregor Gysi, Klaus Höpcke, Andre Brie und anderen Genossen der PDS-Führung – auch Hausmitteilungen, Aktennotizen und damals sehr gebräuchliche (heute wegen des ausgeblichenen Thermopapiers oft kaum noch lesbare) Faxe (soweit sie an mich persönlich gerichtet waren), sowie Briefwechsel mit Nachlasserben und Archivbenutzern. Einiges ist auch noch weit nach meinem erzwungenen Ausscheiden aus der Archivarbeit zusammengekommen. Noch viele Jahre haben sich Universitätsprofessoren, Schriftsteller und Journalisten mit Anliegen an mich gewandt oder wurden an mich verwiesen. Davon habe ich dann natürlich die Originale.

In Positionspapieren und Stellungnahmen, die mir zu den verschiedensten aktuellen Problemen abverlangt wurden, z. B. zum Aufruf des Unabhängigen Historikerverbandes und der Initiative Frieden und Menschenrechte oder zum Fragenkatalog des Deutschen Bundestages in Vorbereitung auf die öffentliche Anhörung am 28. August 1991, in Kurzinformationen an Klaus Höpcke, Gregor Gysi, die Historische Kommission der PDS – beispielsweise über den Verhandlungsstand PDS-BMI über die Zukunft von Archiv und Bibliothek im IfGA – in Vorträgen, Artikelmanuskripten, fachlichen Gutachten von Archiv-Experten wie Prof. Botho Brachmann, Dr. Dietger Pforte und Dr. Wolfgang Merker, werden Interessenlagen deutlich, aber auch Fehler und Illusionen erkennbar.

Natürlich werden Details der Auseinandersetzungen um das ZPA, die Einmaligkeit der damaligen Vorgänge in dieser Vielfalt bewahrter Dokumente in Verbindung mit meiner persönlichen Wahrnehmung damals und meinen heutigen Erinnerungen daran, sehr lebendig. Auch Kuriositäten und Merkwürdigkeiten.

Ich könnte mir vorstellen, anhand so manchen Archivadokuments Ereignisse aus dieser Zeit aufleben zu lassen – z. B. Hürden und Erfolge bei der Suche nach Lösungen mit der FES, die Anhörung im Innenausschuss des Bundestages im Sommer 1991 (samt meiner Rede, meiner Stellungnahme zum Katalog der Fragen an die eingeladenen Sachverständigen und die Diskussion, in der ich noch vier Mal das Wort erhielt), die Aktion der Berliner Polizei Ende März/Anfang April 1992 zur Durchsuchung des Parteiarchivs, die Mitgestaltung des Berliner Archivtages 1992, den Verhandlungsmarathon zum Einbringungsvertrag in Bonn, den unglaublich dramatischen Umzug vom Werderschen Markt in die

Wilhelm-Pieck-Straße 1, unsere internationalen Aktivitäten, die Gründung des Verbundes Archiv/Bibliothek/Technische Werkstätten beim Parteivorstand der PDS, die segensreiche Rolle des Förderkreises, die Zusammenarbeit mit dem Verein Deutscher Archivare und vieles andere mehr.

Das Kommentieren von vorhandenen Notizen zu verschiedensten Veranstaltungen, oder überlieferter Handmaterialien zur Archivspezifik für Verhandlungsstrategien, die speziell für den Parteivorsitzenden in Vorbereitung seiner Gespräche mit den Ministern Schäuble und Seiders von mir ausgearbeitet worden waren, oder für seine die Archivsituation betreffenden Reden im Deutschen Bundestag, könnte Zusammenhänge herstellen.

Neben einer konstruktiven und für uns sehr hilfreichen Zusammenarbeit mit vielen Journalisten und Redakteuren habe ich mich in Wahrnehmung meiner Verantwortung andererseits oft beschwert, wenn Redaktionen in ihren Sendungen/Ausgaben Material von uns verwendet haben, ohne dass ein Beauftragter jemals unseren Lesesaal von innen gesehen oder einen Antrag auf Veröffentlichungsgenehmigung gestellt hätte. Die Antworten sind bis heute lehr- und aufschlussreich. Naturgemäß habe ich eine große Zeitungsausschnittsammlung.

Wie siehst Du die Entwicklung unseres Förderkreises und seiner „Mitteilungen“? Wo könnten Steigerungspotenziale liegen?

Seit fast 30 Jahren beschäftige ich mich nun schon mit anderen Fragen und bin nur noch Hobby-Archivarin und -Historikerin. Die Beurteilung des Entwicklungsweges des Förderkreises und seiner Mitteilungen überlasse ich insofern lieber Insidern.

Aus der Ferne und durch persönliche Freundschaften habe ich natürlich den Förderkreis und sein Agieren nie ganz aus dem Blick verloren. Jedenfalls freue ich mich, dass unter den Nachfolgern von Dr. Henryk Skrzypczak im Vorsitz, Prof. Dr. Günter Benser, Dr. Rainer Zilkenat und Dr. Holger Czitrich-Stahl im Sinne der Vereinsidee Hervorragendes geleistet wurde und wird. Im Vergleich zu den Hauptaufgaben des Förderkreises in seiner Gründerzeit wurde das Spektrum beträchtlich erweitert. Das Engagement seiner Mitglieder richtete sich auch auf weitere gefährdete Archive von Parteien und Organisationen der DDR. Später, in ruhigerem Fahrwasser, konnte sich der Verein ausführlicher auch Archiven und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Ausland zuwenden.

Nach meinem Eindruck haben sich die ‚Mitteilungen‘ zu einem höchst respektablen Fachorgan mit internationalem Zuspruch entwickelt, das in demokratischer Weise vielen Forschern ein Podium bietet, die vielfältige Archivwelt mit ihren Fachpublikationen beleuchtet, sich als Organisator gut besuchter wissenschaftlicher Kolloquien und Konferenzen verdient gemacht hat, mit Experten zur Geschichte der Arbeiterbewegung und einschlägigen Archiven fruchtbare

Beziehungen entwickelt, die in ein vielfältiges und sicher die Vereinsmitglieder erfüllendes Vereinsleben münden. Jede neue Ausgabe der Mitteilungen weckt die Neugier auf die nächste und Autorenschaft wächst oft hinüber in Mitgliedschaft. Das ist doch alles sehr erfreulich.

Abschließend würde uns noch interessieren, wie Du das unlängst vom Deutschen Bundestag beschlossene Gesetz zur Überführung des Archivs des Ministeriums für Staatssicherheit in das Bundesarchiv einschätzt.

Günter Benser hat dazu in seinem ND-Interview Entscheidendes herausgearbeitet, vor allem auch die Vertragstreue der Bundesrepublik Deutschland bezüglich der Einbringungsverträge mit der PDS und anderen Parteien sowie Organisationen der DDR in die SAPMO-BArch eingefordert und sehr berechtigt auf juristische Probleme und reale Gefahren der Erosion von Beständen sowie für ihre weitere Nutzung hingewiesen. (Von Kosten und Arbeitsaufwand eines Archivumzuges – ich weiß, wovon da die Rede ist – ganz zu schweigen.)

In seinem höchst anerkennenswerten Material für die Fraktionen des Deutschen Bundestages, vorgelegt ebenfalls von G. Benser in seiner Eigenschaft als Stellvertretendes Mitglied des Kuratoriums der SAPMO-BArch, hat der Förderkreis eine klare Position bezogen, die ich unterstützte.

Das aktuelle Problem, über das es zu befinden gilt, sehe ich derzeit darin, dass es sich um zwei verschiedene Paar Schuhe handelt:

1. Die Unterlagen der DDR-Staatssicherheit gehören zweifelsfrei zum Geltungsbereich der Abteilung DDR des Bundesarchivs. Sie sollten dort – wegen ihrer Dimension mit Sonderstatus – angesiedelt und nach archivwissenschaftlichen Grundsätzen bearbeitet und gehandhabt werden. Dafür müsste das Bundesarchivgesetz erneut novelliert werden.

2. Die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR darf weder an die BStU angegliedert noch mit ihr vermischt werden. Das vorgelegte Konzept „Die Zukunft der Stasi-Unterlagen“ mit der beabsichtigten Schaffung eines „Archivzentrums zur SED-Diktatur“ in der Normannenstraße gefährdet alles bisher in der Umgestaltung der Archivlandschaft der BRD Erreichte. Jegliche ‚Anschlussmodelle‘ von Überlieferungen aus der DDR an das Stasi-Archiv sind vollkommen untauglich, hätten verheerende Folgen und müssen verhindert werden.

Allein die vielfältigen historischen Bestände und Sammlungen, z. T. aus dem vorvorigen Jahrhundert, einfach mal unter ‚SED-Diktatur‘ zu subsumieren, ist ein unerträglicher Gedanke.

Die Stasi-Behörde war in meinen Augen kein wissenschaftliches Archiv, sondern ein politisches Machtinstrument, geleitet von Nicht-Archivaren, von will-

fährigen Politikern, die zu den Wendegewinnern gehören. Sie war kein Highlight der politischen Kultur des Landes. Das Damokles-Schwert ‚Stasi‘, das über faktisch jedem Personalgespräch noch bis heute hängt, sauste – oft mit gezielter Unterstützung jener Behörde – auf die Bewerber nieder. Die Selektion ist gewollt! Opfer wurden billigend in Kauf genommen. Und die Justizkasse konnte sich über unendliches Prozessieren freuen.

Längst hat sich nicht nur in linken Kreisen durchgesetzt: Fakten sind hartnäckig und mit einer soliden Aufarbeitung fährt man besser. Um eben diese ist die Partei DIE LINKE, sind viele Forscher, Politiker, Journalisten bemüht.

So wie man damals bei der polizeilichen Besetzung unseres Archivs im April 1992 die großen Skandale in den Akten vergeblich gesucht hat und dabei auch nicht auf den kleinsten ‚Schießbefehl‘ stieß, wurde, nach der Einbringung des ZPA unter das Dach des Bundesarchivs und der nun möglichen, ruhigen Durchforstung aller Bestände, vornweg die des Internen Archivs des Politbüros, schnell klar, dass dieses Archiv einfach nicht das hergibt, was man sich politisch doch so sehr gewünscht hatte.

Je mehr sich aber Aufregungen legen und seriösen Recherchen Platz machen, Rachegefühle überwunden werden und ein wahrhafter Dienst an der historischen Wahrheit obsiegt, desto weniger aktuelle gesellschaftspolitische Relevanz kommt gerade den Akten der DDR-Staatssicherheit zu. Um auf die alte Diskussion Parteiakten-Staatsakten zurückzukommen: Die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit wurden aus den Unterlagen seiner Wahrnehmung staatlicher Aufgaben gebildet und gehören insofern tatsächlich auch ins Staatsarchiv.

Johannes Gerster schrieb mir als Antwort auf meine Einladung, das ZPA zu besuchen, im Namen der CDU/CSU Bundestagsfraktion am 22.4.1991: „... Aktenbestände des SED-Parteiarchivs und der Massenorganisationen gehören in staatliche Hand. Wegen der engen Verflechtung von SED und Staat sind grundsätzlich alle Unterlagen, die entstanden sind, in Wahrnehmung staatlicher Aufgaben entstanden. Damit sind sie staatliche Unterlagen. Durch das Bundesarchivgesetz muss sichergestellt werden, dass diese Unterlagen auf Dauer gesichert, nutzbar gemacht und zu wissenschaftlichen Zwecken erweitert werden können. Die Unrechtstaten der SED müssen rasch und umfassend aufgeklärt werden. Alle verfügbaren Aktenbestände und Bibliotheken müssen zentral verwaltet werden. Das heißt nicht, dass sie auch zentral gelagert werden müssen ... Neben der Regelung für SED-Akten ist es selbstverständlich auch notwendig, die Nutzung der Stasi-Unterlagen möglichst rasch gesetzlich zu fixieren. Hierfür brauchen wir ein eigenes Gesetz. ...“ (Kopie in meinem Besitz.)

Diese schlichte Sicht auf die Dinge muss ich im Kontext des Interviews nicht kommentieren.

Heute ist es recht still geworden um das ganze Thema. Es steht zu befürchten,

dass sich im Windschatten von Corona ohne großen Aufhebens Vollzug im Sinne des o. g. Punktes 2 anbahnt. Das muss unbedingt verhindert werden.

Mit einer Novellierung des Bundesarchivgesetzes zur Überführung der Archibestände des Ministeriums für Staatssicherheit in die Obhut des Bundesarchivs würden m. E. auf jeden Fall bessere Bedingungen geschaffen, um die DDR-Geschichte in ihrer Komplexität wahrhaftig aufzuarbeiten, Fehler, Versäumnisse und Versagen, auch der SED-Führung, zu analysieren und Lügen, Verleumdungen, Manipulationen weniger Raum geboten. Eine gehörige Portion DDR-Phobie und Antikommunismus wird dabei allerdings nicht zu verhindern sein.

Wir danken Dir herzlich für das Interview!

Das Interview führten Dr. Holger Czitrich-Stahl und Dr. Rainer Holze.

In Fortführung des Interviews werden im kommenden Heft 60 der „Mitteilungen“ einige der hier erwähnten Dokumente publiziert.

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Vera Bianchi: Feministinnen in der Revolution. Die Gruppe Mujeres Libres im Spanischen Bürgerkrieg, 2. überarb. Auflage, Unrast Verlag, Münster 2020, 163 Seiten.¹

Von Juli 1936 bis April 1939 kämpften die Mujeres Libres (Freie Frauen) im Spanischen Bürgerkrieg aktiv für ihre Revolution. In über 150 regionalen, auf ganz Spanien verteilten Gruppen organisiert, setzten sich an die 20.000 Frauen mit individuellen Initiativen und als Kollektive für die Befreiung der Frau und die Befreiung der Menschheit – für feministische und anarchistische Werte und Ideale ein.

In ihrem Buch „Feministinnen in der Revolution. Die Gruppe Mujeres Libres im Spanischen Bürgerkrieg“ zeichnet die Historikerin, Germanistin und Soziologin Vera Bianchi die Geschichte_n, Anliegen und Forderungen dieser Frauen eindrucksvoll nach. Die erstmals 2003 publizierte Magisterarbeit ist Anfang 2020 in zweiter, überarbeiteter Auflage im Unrast Verlag erschienen. Sie umfasst 130 Seiten und einen umfangreichen Anhang mit Originaldokumenten wie Fotografien, Plakaten und Textausschnitten.

Gekonnt lässt die Autorin die Leser*innen daran teilhaben, wie sich in ständigen Auseinandersetzungen, Konflikten und Differenzen sowohl mit der anarchistischen

Bewegung als auch mit anderen Frauenbewegungen und -gruppen, ab 1934 ein eigenes anarchafeministisches Bewusstsein entwickelt. Eine ausführliche Darstellung der allgemeinen Vielfalt der Anarchismen und Feminismen tritt dabei in den Hintergrund. Der Fokus liegt vielmehr darauf, die Entstehung der ersten anarchafeministischen Ansätze in die ganz konkrete Situation Spaniens einzubetten.

Der Beginn des Bürgerkriegs, die Volksbewaffnung und die Teilung Spaniens in eine faschistische franquistische und eine republikanische Zone ändert das Leben, den Alltag und die Lage in Spanien schlagartig. Kapitel für Kapitel eröffnet das Buch immer tiefere Einblicke in das Revolutionsgeschehen in der republikanischen Zone und macht klar, dass es nicht nur zu einer Revolution kam, sondern zu vielen Revolutionen auf vielen Ebenen und in verschiedene Richtungen.

Eine davon ist jene der Gruppe Mujeres Libres. Für die von Lucía Sánchez Saornil, Mercedes Comaposada Guillén und Ámparo Poch y Gascón im April 1936 gegründete Gruppe und gleichnamige Zeitschrift, lassen sich die Befreiung der Frau und die Befreiung der Arbeiter*innenklasse nicht voneinander trennen. Um das langfristige Ziel einer freien Gesellschaft zu erreichen, ist es dementsprechend notwendig, die Befreiung der Frau „von der dreifachen Sklaverei [...]: Sklaverei der Unwissenheit, Sklaverei der Frau und Sklaverei der Arbeiterin“ voranzubringen.

Dank der akribischen Recherche von

¹ Bianchi, Vera (2020). *Feministinnen in der Revolution. Die Gruppe Mujeres Libres im Spanischen Bürgerkrieg*. Unrast Verlag, S. 64, aus: *Mujeres Libres: Luchadoras Libertarias*, S. 83-86.

Vera Bianchi bietet das Buch einen umfangreichen Überblick über die vielfältigen Aktivitäten und Angebote der Anarchafeministinnen bzw. proletarischen Feministinnen während der drei Revolutionsjahre. Als besonders wertvoll für diese Rekonstruktion erwiesen sich die Originalzeit-schriften der Mujeres Libres im Bürgerkriegsarchiv in Salamanca. Auch Jahrzehnte nach der Niederschlagung der Revolution, nach dem Sieg des Faschismus und der von den Revolutionär*innen erlebten Repression, brutalen Gewalt, Folter und Verfolgung berichten diese stummen Zeitzeugnisse von der real gelebten Alternative.

Gerade für Fälle wie jenen der Mujeres Libres, die sich in einem Spannungsfeld, einem Zwischen(raum) verorten, die weder in der anarchistischen noch in den Frauenbewegungen ihrer Zeit ihren Platz fanden, von beiden Seiten nie offiziell anerkannt wurden und damit auch nicht Teil eines kollektiven Gedächtnisses sind, spielen die selbst hinterlassenen schriftlichen Zeugnisse eine große Rolle.

Gemeinsam mit sprechenden Zeitzeuginnen, die ihre Erinnerungen in Interviews und Büchern festhalten, wird es, trotz der kriegsbedingt schwierigen Quellenlage, möglich, die Erinnerung an diese Frauen aufrechtzuerhalten und ihre Geschichte_n ins kollektive Gedächtnis und in die Geschichtsschreibung einzuschreiben.

Neben Wissenschaftlerinnen wie Mary Nash oder den Frauen, die die Gruppe Mujeres Libres 1976 neu gegründet haben, leistet Vera Bianchi mit ihrem Buch einen bedeutenden Beitrag zur Schaffung von Erinnerung und Anerkennung. Nicht zuletzt auch deshalb, weil sie viele der bisher nur

im Spanischen veröffentlichten Texte und Diskurse für den deutschsprachigen Raum zugänglich macht.

Das Buch „Feministinnen in der Revolution. Die Gruppe Mujeres Libres im Spanischen Bürgerkrieg“ erzählt einen Teil der Geschichte des Spanischen Bürgerkriegs bzw. der Revolution ebenso wie einen Teil anarchistischer, feministischer und anarchafeministischer Geschichte. Neben den spanischen Revolutionär*innen kämpften aber noch fast 60.000 Personen aus 53 Ländern, die sich den internationalen Brigaden angeschlossen hatten, an der Front für die Revolution und gegen den Faschismus. Viele weitere Teile dieser Geschichte_n liegen dementsprechend noch in Archiven und Bibliotheken anderer Länder vergraben. Zeitzeugnisse, die so lange stumm bleiben, bis ihnen jemand eine Stimme verleiht.

Vera Bianchi erhebt ihre Stimme seit Jahren für die Mujeres Libres. In ihren Publikationen und ihrer Forschung – derzeit zu Gemeinsamkeiten zwischen den Mujeres Libres und Anarchistinnen im Syndikalistischen Frauenbund der Weimarer Republik – macht sie das Wirken von oft vergessenen Frauen im Spannungsfeld von Anarchismus und Feminismus sichtbar und damit auch erinnerbar.

Das Buch „Feministinnen in der Revolution. Die Gruppe Mujeres Libres im Spanischen Bürgerkrieg“ besticht dabei mit seiner leichten und gut verständlichen Sprache sowie übersichtlichen Gliederung. Ein Grundlagenwerk für die Forschung und ein Must-read für alle Interessierten rund um Anarchismus, Feminismus und Anarchafeminismus. Ein Buch, das weit über Landes- und Sprachgrenzen hinausreicht und einen

anspornt, die anarchistische, feministische und anarchafeministische Geschichte des eigenen Umfelds (näher) kennenzulernen, zu erkunden und eventuellen internationalen Verbindungen nachzuspüren.

Yvonne Rauter

Florence Hervé: Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist. Verlag Dietz Berlin 2020 (4. Auflage), 176 S., 12,40 €, ISBN 978-3-320-02372-0. Reihe Biographische Miniaturen.

Florence Hervé ist in der sozialistischen Frauenbewegung der Gegenwart eine Felsin in der Brandung. Als Herausgeberin des Jahreskalenders „Wir Frauen“ ist sie seit Jahrzehnten tätig, ihre Publikationen als Frauenrechtlerin und Journalistin rühren aus den frühen 1970er-Jahren her und dürften den meisten Aktivistinnen der Frauenbewegung sowie in der Studentinnen- und Studentenbewegung weithin bekannt sein. 2011 erhielt sie den Clara-Zetkin-Frauenpreis der Partei DIE LINKE, die Entgegennahme des Bundesverdienstkreuzes lehnte sie mit deutlichem Verweis auf die unzureichende Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und ihrer Folgen und unter Bezug auf ihre antikapitalistische Grundhaltung 2014 ab.

2007 erschien anlässlich des 150. Geburtstages Clara Zetkins erstmals der von Florence Hervé herausgegebene, von der Rosa-Luxemburg-

Stiftung geförderte biografische Band „Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist“. Neben einigen Kapiteln über das Leben und Wirken enthielt der Band ausgewählte und repräsentative Texte der Vorkämpferin der sozialistischen Frauenbewegung aus allen Lebensphasen der aus dem sächsischen Wiederau stammenden Clara Zetkin (1857-1933), geb. Eißner.

Es handelt sich bei der vorliegenden Ausgabe um die 4., aktualisierte und erweiterte Auflage. Von 147 Seiten wuchs der Umfang auf 176 Seiten an. Das Verzeichnis verweist z. B. auf mehrere neu aufgenommene Bücher und Beiträge wie die „Kriegsbriefe (1914-1918)“, herausgegeben 2016 von Marga Voigt, und auf die Dissertation von Mirjam Sachse aus dem Jahr 2010. Wie die Herausgeberin schreibt, sind vor allem bisher unbekannte Briefe in die Neuauflage aufgenommen worden. Im Einzelnen handelt es sich um die Briefe an Alexandra Kollontai (3.1.1914), Inés Armand (2.1.1915), Marie Geck (16.8.1915), Franz Mehring (1.7.1917) und Rosa Luxemburg (13.1.1919), zwei Tage vor deren Ermordung, und an Ossip Pjanitzki (22.1.1930) sowie an Maria Reese (4.6.1932). Ein weiterer neu aufgenommener Text ist „Im mohammedanischen Frauenklub“ aus den Gesammelten Reden und Schriften, Band 3. Die Nennung zweier Filme entfiel in der 4. Auflage. Leider werden die Quellen der neu aufge-

nommenen Briefe nicht ausgewiesen, die meisten stammen aus den „Kriegsbriefen“, die Quellen der Briefe an Rosa Luxemburg, Ossip Pjanitzki und Maria Reese bleiben leider ungenannt.

Wie Hervé schreibt, ist Clara Zetkin noch heute eine wenig authentisch ausgeleuchtete Persönlichkeit. Die Forschung hat sich von ihr abgewendet, die öffentliche Erinnerung an sie wurde politisch gewollt weitgehend verdrängt. In Schulbüchern findet sich ihr Name so gut wie gar nicht mehr, Straßen und Schulen wurden umbenannt. In meinem Wohnort Glienicke/Nordbahn jedoch wurde die nach ihr benannte Straße nicht wieder zur Kurfürstenstraße rückgewendet, im benachbarten Birkenwerder existiert zudem eine Clara-Zetkin-Gedenkstätte, worauf die Herausgeberin im Anhang verweist. Schließlich lebte Clara Zetkin von 1929-1932 in Birkenwerder, bevor sie nach Moskau übersiedelte.

Es ist Florence Hervé ein Anliegen, der verblassenden Erinnerung an die große Frauenrechtlerin und Sozialistin bzw. späteren Kommunistin etwas entgegen zu setzen. Gemeinsam mit den „Kriegsbriefen (1914-1918)“, deren Folgeband in Arbeit ist, stellt dies ein absolut unterstützenswertes Unterfangen dar. Eine Edition des Gesamtwerkes Clara Zetkins indes steht noch aus. Hoffen wir, dass die 4. Auflage dieses verdienstvollen griffigen Bandes dazu ermuntert, auch hier der Nachwelt die gebotene und Clara Zetkin gerecht werdende Erinnerung zur Verfügung zu stellen.

Holger Czitrich-Stahl

Reinhard Rürup: Revolution und Demokratiegründung. Studien zur deutschen Geschichte 1918/19, herausgegeben und mit einem Nachwort von Peter Brandt und Detlef Lehnert, Göttingen (Wallstein) 2020.

Der Berliner Historiker Reinhard Rürup ist am 6. April 2018 verstorben. Einer breiteren Öffentlichkeit ist Rürup als Mitbegründer und erster wissenschaftlicher Direktor der Stiftung „Topographie des Terrors“ bekannt geworden. Mit dem „Dritten Reich“ und den ungeheuerlichen Verbrechen der Nazis hat sich er freilich erst vergleichsweise spät beschäftigt. Weit früher hat sich Rürup, der 1962 mit einer 1964 veröffentlichten, zwar kaum rezipierten, aber auch heute noch ungemein spannenden Dissertation über den pietistischen Reformator Johann Jacob Moser promoviert wurde, intensiv mit der Technikgeschichte sowie der Wissenschafts- und Universitätsgeschichte befasst. Daraus sind 1975 u. a. ein von ihm gemeinsam mit Karin Hausens Aufsatzband, der die Technikgeschichte damals sehr befruchtet hat, sowie 1979 eine „Festschrift“ zum hundertsten Jubiläum der TU Berlin-Charlottenburg entstanden, die mit ihrem kritischen Zugriff bis heute universitätshistorisch Maßstäbe gesetzt hat. Daran hat Rürup – der übrigens ab 1990 „abgewickelten Historikern“ wie namentlich Dietrich Eichholtz am Institut für Geschichtswissenschaft eine weitere Lehrtätigkeit ermöglicht hat – angeknüpft, als er von 1997 bis 2005 zusammen mit Wolfgang Schieder die Präsidentenkommission der Max-Planck-Gesellschaft zur „Erforschung der Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesell-

schaft im Nationalsozialismus“ leitete. Dieses großangelegte Forschungsprojekt und die schließlich 17 Bände, die dort entstanden sind – darunter Rürups „Gedenkbuch“ über die von den Nazis nach den Rassegesetzen als „jüdisch“ verfolgten und vertriebenen Wissenschaftler*innen – hat einer exkulpatorischen Wissenschaftsgeschichte endgültig den Garaus gemacht und zahlreiche kritische Perspektiven eröffnet.

Last but not least hat sich Rürup seit Ende der Sechzigerjahre des 20. Jahrhunderts intensiv der Geschichte der Revolution von 1918/19 gewidmet, nicht in einer Monographie, sondern in einer ganzen Reihe von Aufsätzen, die in der Folgezeit intensiv diskutiert und von rechtskonservativen Historikern wie Eckhard Jesse und Henning Köhler heftig befehdet wurden. Wie wichtig diese Aufsätze waren und sind, hat nicht zuletzt die Jubiläumskonjunktur 2018/19 gezeigt, als unter den ‚älteren‘ Arbeiten zur Revolution gerade Rürups Aufsätze breit rezipiert wurden. Allein deshalb ist der von Peter Brandt – Rürups erstem Assistenten, nachdem er auf den Lehrstuhl für Neuere Geschichte an der TU Berlin berufen wurde – und Detlef Lehnert (mit Unterstützung der Familie Rürups) herausgegebene Aufsatzband, der die wichtigsten Beiträge Rürups versammelt, ausgesprochen verdienstvoll. Rürup hat den Band selbst geplant und dazu auch eine instruktive Einleitung verfasst, in der er u. a. den Wandel des Revolutionsbildes in den letzten 75 Jahren herausgearbeitet hat. Den Band selbst herauszugeben war ihm leider nicht mehr vergönnt. Die dort versammelten Aufsätze werden – dazu gehört keine große Prognosefähigkeit – auch künftig die Revolutionsforschung zu 1918/19 befruchten.

Statt alle der insgesamt elf Aufsätze knapp zu referieren, sei hier der Blick etwas genauer auf drei Aufsätze gerichtet. Der zweite Aufsatz des Bandes, in dem für Rürup typischen zurückhaltenden Duktus nüchtern mit „Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19“ überschrieben, wurde zuerst 1968 veröffentlicht. Er enthält Feststellungen, die uns heute selbstverständlich anmuten, damals jedoch auf erbitterte Kritik in den Reihen der Konservativen stießen und die Revolutionsforschung der Folgezeit enorm beflügelt haben. Er weist dort u. a. darauf hin, dass sowohl die Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) als auch die Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) Kompromisse mit den herrschenden Gewalten geschlossen haben, dass sich die „Absichten“ hinter diesen Kompromissen jedoch grundsätzlich voneinander unterschieden. Während die von der USPD geschlossenen Kompromisse „dynamisch, d. h. entwicklungsfähig und entwicklungsbedürftig im Sinne der Demokratisierung gedacht“ worden seien, habe die MSPD-Führung „rein funktionale Kompromisse“ geschlossen. Rürup meint damit, dass diese einerseits zum Zweck der Bewältigung kurzfristiger Notlagen, andererseits aber auch und vor allem aufgrund einer überdimensionierten Angst vor dem „Linksradikalismus“ mit den alten Gewalten vereinbart wurden. Der „Konsensus mit den alten Führungsschichten“, den die MSPD 1918/19 unbedingt herstellen wollte, basierte auf den ‚Vorerfahrungen‘ in der Kriegswirtschaft bis 1918. Die MSPD-Führung habe sich, so Rürup pointiert, „von der Illusion eines breiten Konsenses, von dem Gedanken eines erneuerten politischen ‚Burgfriedens‘ unter umgekehrten

Vorzeichen nie ganz zu lösen vermocht“ (S. 54 f.). Fatal sei gewesen, dass die MSPD bis Anfang 1919 die politische Hegemonie besessen habe. „Anstatt mithilfe der Rätekontrolle den Primat der Politik gegenüber der Verwaltung zu sichern“, hätten die MSPD-geführten Regierungen des Reichs und der Länder „die Kontinuität der Bürokratie und der Rechte der einzelnen Beamten“ betont und „auf personelle und strukturelle Veränderungen vollständig verzichtet“, wenn man von einem begrenzten personellen Revirement nach dem Kapp-Putsch in Preußen absieht. Die Folgen dieser strukturkonservativen Politik prägten die erste deutsche Republik: „Der neue Staat von Weimar besaß nicht mehr die Kraft, eine wirklich durchgreifende Demokratisierung seines Beamtenkörpers zu erzwingen“. Die hohe Beamtenschaft blieb „ein obrigkeitsstaatlicher Fremdkörper in der demokratischen Republik“, so Rürup lakonisch (S. 59). Ein Fremdkörper, so wäre zu ergänzen, der der Geschichte Weimars seinen Stempel aufdrückte, seit 1930 immer sichtbarer. Hinter diesem geradezu sanftmütigen Verhalten der Mehrheitssozialdemokratie und auch der meisten Arbeiter- und Soldatenräte gegenüber den Herrschaftsträgern des wilhelminischen Kaiserreichs verbarg sich das grundsätzliche „Dilemma der Revolution, dass die alte Ordnung von fast niemandem mit Gewalt verteidigt worden war: Einige gewaltsame, blutige Zusammenstöße hätten von Anfang an eine eindeutige Anerkennung der Revolution als Basis des weiteren politischen Handelns erzwungen“ (S. 49).

Der zweite hier vorzustellende Aufsatz – „Demokratische Revolution und ‚Drit-

ter Weg“ überschrieben – setzt sich mit den eigentümlich ähnlichen Positionen auseinander, die die konservative Historiografie in West-Deutschland bis Ende der Fünfzigerjahre und die DDR-Geschichtswissenschaft, unter je umgekehrten Vorzeichen, geeint hat: entweder proletarische Revolution unter der Führung einer bolschewistischen Partei oder eine dürftige parlamentarische Demokratie, die sich in der deutschen Gesellschaft nicht verwurzeln konnte. Gegen diese ‚Alternativlosigkeit‘ haben sich Rürup, Eberhard Kolb und viele andere immer wieder gewendet. Die plakative, pejorativ konnotierte Formel von „Dritten Weg“ (die wohl auch „Dritte Welt“ u. ä. assoziieren sollte) hatte eine rechtskonservative Strömung unter den bundesdeutschen Historikern geprägt, um ihre eigene Parteinahme für die SPD-Führung und den zweiten ‚Burgfrieden‘ mit den wilhelminischen Eliten nach dem Ende des Krieges wirkungsvoller legitimieren zu können. „An das Reizwort vom ‚dritten Weg‘ knüpfen sich offenbar die Ängste aller derjenigen, die in schroff alternativen Handlungsmöglichkeiten denken“, so Rürup – und dabei die basisdemokratischen Potenziale der Revolution bewusst unterschlugen. Rürup hält dem entgegen, „dass die sozialkonservative Begründung der Republik nicht unvermeidlich war“. Zudem hätten sich, so Rürup unter Verweis auf Peter v. Oertzen und dessen wichtige Monografie zu den „Betriebsräten in der Revolution“, „rätedemokratische Strukturen“ und „eine parlamentarische demokratische Staatsverfassung“ keineswegs ausgeschlossen (S. 83 ff.). Die von der SPD-Führung verantwortete „Politik der Nicht-Revolu-

tion, des bloßen Krisenmanagements und des Stillhaltens bis zur Nationalversammlung“ sei fatal gewesen. Auch aufgrund der überstürzt angesetzten Wahl zur Nationalversammlung – so deutet Rürup an – sei es versäumt worden, „eine parlamentarisch-demokratische Ordnung gegen ihre inneren Feinde abzusichern, sie überhaupt erst lebensfähig zu machen“ (S. 88).

In dem letzten Aufsatz des Bandes unter dem Titel „Probleme der Revolution in Deutschland 1525 bis 1989“ zeigt Rürup in einem diachronen wie synchronen Vergleich, wie unsinnig es ist, Deutschland als „das Land ohne Revolution“ zu charakterisieren und einen „deutschen Sonderweg“ zu konstruieren. Er nimmt in diesem Aufsatz u. a. den von DDR-Historikern geprägten Begriff der „frühbürgerlichen Revolution“ auf und betont den „revolutionären Charakter des deutschen Bauernkriegs“. Auch während der Großen Französischen Revolution sei, so arbeitet Rürup heraus, „Deutschland keineswegs so ruhig [gewesen], wie in der älteren Literatur behauptet wurde“, ebenso wenig 1830 im Gefolge der Juli-Revolution, als in Braunschweig die herzogliche Residenz niedergebrannt sowie in Dresden „das Rathaus gestürmt und das Polizeigebäude dem Erdboden gleichgemacht“ wurde (S. 216 ff.) – und es übrigens auch in Berlin zu mehrtägigen ‚Unruhen‘ kam. Rürup betont die europäische Dimension der Revolution, die 1848/49 nur besonders markant sichtbar wurde. Seine Ausführungen kulminieren in der Feststellung, dass „die These, dass die deutsche Geschichte durch das Ausbleiben von Revolutionen geprägt wurde, [inzwischen] hinlänglich widerlegt worden“ sei (S. 222,

227). Das Problem seien die durch gezielte Traditionsbildungen zurechtgestutzten Erinnerungspolitiken seit 1849 sowie erneut ab 1919 – und die gleichzeitige „Unterdrückung jeglicher positiven Rückbesinnungen an die Revolution [insbesondere] von 1918/19“ (S. 228).

Etwas enttäuschend ist das Nachwort von Peter Brandt und Detlef Lehnert. Es handelt sich dabei eher um einen knappen Forschungsbericht, der einige der von Rürup nicht mehr rezipierten 2018 erschienenen Überblicksdarstellungen der – etwa im Falle der konservative getönten Überblicksdarstellungen Lars-Broder Keil/Sven Felix Kellerhoff und der oberflächlichen Skizze der deutschen Revolution von Robert Gerwarth sehr berechtigten – Kritik unterzieht. In einem Band mit den Beiträgen Rürups zur Revolution von 1918/19 hätte man sich allerdings doch stärker eine Würdigung und vor allem zeithistorische Einordnung der Aufsätze Rürups sowie eine Skizze ihrer Rezeption gewünscht. Ein weiteres Defizit ist, dass eine Liste von Erscheinungsdatum und -ort der einzelnen Beiträge am Schluss des Bandes fehlt und deren erstes Erscheinungsjahr teilweise nur mit Mühe zu identifizieren ist. Diese eher formalen Kritikpunkte ändern freilich nichts daran, dass es höchst verdienstvoll ist, die für die Revolutionsforschung eminent wichtigen Aufsätze Rürups endlich in einem Band versammelt zu wissen.

Rüdiger Hachtmann

Ronald Friedmann (Hrsg.): Was wusste Thälmann? Unbekannte Dokumente zur Wittorf-Affäre, Karl Dietz Verlag, Berlin, 1. Auflage 2020, 183 S.

Die Wittorf-Affäre und deren Folgen für die Entwicklung der KPD sind aus einschlägigen Darstellungen zur KPD-Geschichte bekannt. Jetzt kommt ein Buch von Ronald Friedmann hinzu, das unbekannte Dokumente veröffentlicht, die „zur Aufdeckung der Unterschlagung Wittorfs und zur Enthüllung der Rolle führten, die Thälmann bei der Vertuschung des Falles gespielt hat“ (Cover). Der Autor, der unter anderem eine vielbeachtete Biografie zu Arthur Ewert (2015) verfasste, ist ein sachkundiger Kenner der einschlägigen Quellenlage. Mit den durch einen Glücksumstand wieder aufgefundenen Dokumenten aus dem Nachlass Hugo Eberleins lassen sich Vorgeschichte und Ablauf der Hamburger Vorgänge detailliert rekonstruieren. Dieses Dokumentenkonvolut bildete ganz offensichtlich die Basis, auf der Hugo Eberlein, der zusammen mit Arthur Golke durch das ZK-Sekretariat beauftragt war, das Untersuchungsverfahren zu den Hamburger Vorfällen zu führen, seinen Bericht an das Politbüro und das ZK der KPD von Ende September 1928 aufbaute. Historiker, die später wie ich die stenografischen Protokolle dieser Gremien einsahen, konnten vermuten, dass Eberleins Ausführungen auf Beweisen und belegten Aussagen fußten, die dazugehörigen Dokumente fehlten aber im Aktenbestand. Welchen abenteuerlichen Weg diese Dokumente bis zu ihrer Wiederentdeckung durchliefen, hat Friedmann im Abschnitt „Zu dieser Edition“ sehr reizvoll beschrieben.

In der Einleitung (58 Seiten) zur Edition der 35 Dokumente rekonstruiert F. ganz sachlich den Ablauf der Vorgänge in Hamburg ab den 13. April 1928, also jenem Tag, an dem Ernst Thälmann im Beisein von John Wittorf darüber informiert wurde, dass es Gerüchte über Unregelmäßigkeiten in der Kasse der Hamburger KPD-Organisation gebe. Wittorf initiierte, um von sich abzulenken, selbst eine Prüfung der Hamburger Kasse und bezichtigte den Kassierer Hugo Dehmel, Geld in Höhe von 1.500 RM aus einer Spende von Mitarbeitern der sowjetischen Handelsvertretung für den Wahlkampf der KPD unterschlagen zu haben. Obwohl Dehmel das abstriet und keine Beweise gegen ihn vorlagen, wurde er umgehend durch Wittorf suspendiert. Der Autor zeigt, wie die Mitglieder der Bezirksleitung Willy Presche, Ludwig Riess und John Schehr in die Machenschaften Wittorfs gegen Dehmel hineingezogen werden und nach dem Geständnis Wittorfs in einer privaten Unterredung zwischen Thälmann, Wittorf, Presche und Riess am 20. Mai 1928 die Absprache getroffen wurde, die Unterschlagungen Wittorfs gegenüber den zuständigen Gremien der Partei vorläufig geheim zu halten. So liefen alle von der Bezirksleitung Wasserkante eingeleiteten Kassenprüfungen, Beratungen und Beschlüsse in den Monaten Juni, Juli, August (Dokumente 6, 8, 9, 10) unter der Maßgabe, die „Angelegenheit Dehmel“ zu klären, und sowohl Wittorf als auch die drei anderen Genossen befließigten sich in diese Richtung. Der Leser wird dann mitgenommen in den zweiten Teil der Untersuchung, der durch die Zentrale der KPD erfolgte. Da sich Dehmel am 19. August 1928 mit einer Beschwerde gegen seinen Parteiausschluss an

die Reichsbeschwerdekommission wandte (Dokument 11), war Hugo Eberlein, der neben seinen zahlreichen Funktionen auch deren Leitung inne hatte, mit diesem Fall befasst. Dokumentiert werden die Aussagen von Presche und Dehmel am 3. September, der seinen Verdacht erneut äußerte, dass Wittorf selbst die Unterschlagung begangen habe (Dok. 14 und 15) sowie die Aussagen von Riess und Schehr vom 19. September 1928, die schließlich zugaben, dass Wittorf die Gelder veruntreut habe, und sie davon seit Mai gewusst hatten. Das Geständnis Wittorfs gegenüber Eberlein ist als Dokument 19 aufgenommen. Thälmann, der nach mehrwöchigem Aufenthalt in der Sowjetunion als Teilnehmer des 6. Weltkongresses nach Hamburg zurückgekehrt war, wurde am Abend des 19. September von Eberlein und Golke über den Sachstand informiert. Aber Thälmann schwieg und machte keine Andeutung, dass auch er von der Unterschlagung Wittorfs Kenntnis hatte. „Die Begründung für sein Verhalten, die Thälmann wenige Tage später der Deutschen Kommission präsentierte, war ebenso verlogen wie bössartig.“ (S. 39) F. entwickelt in den folgenden Abschnitten „Auftritt Thälmanns“ (S. 38) und „Der Machtkampf“ (S. 51) mit der Rekonstruktion der weiteren Vorgänge in der Hamburger Bezirksleitung und in den zentralen Gremien der KPD und der Komintern seine Argumentation zu diesem Urteil. Thälmanns Aussage vor dem Kominterngremium, er habe geschwiegen, weil er das Vertrauen zu Eberlein nicht gehabt habe, dass dieser die Angelegenheit nicht fraktionell ausnutze, verdrehte in infamer Weise die Sachverhalte und diffamierte die Genossen des Gruppenkampfes.

Es Gegenstand der Untersuchung sind nicht die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der KPD, die seit 1927 um den politischen Kurs u. a. in der Gewerkschaftspolitik, der Einheitsfront, der zentralen Losungen und in Personalfragen geführt wurden. Das ist zu akzeptieren. Gleichwohl bildeten diese Kämpfe einen Hintergrund für das Agieren der Protagonisten im Korruptionsfall Wittorf. Die Rezensentin teilt Friedmanns Einschätzung, dass es keine wirkliche Alternative zu einer schonungslosen Aufklärung der „Hamburger Vorgänge“ und einer angemessenen Bestrafung der darin verwickelten Parteifunktionäre gab. Es war die Thälmannfraktion, die die Wittorf-Affäre dazu nutzte, die sogenannten Rechten und Versöhner politisch und organisatorisch aus ihren Ämtern und einen Teil aus der Partei zu drängen.

Lesenswert der Exkurs über Finanzströme an die KPD (S. 47). Friedmann schöpft hier aus der Dokumentensammlung der deutschen Sicherheits- und Geheimdienste, 1912-1945, die sich im Russländischen Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte (RGASPI) befindet.

Wer den genauen Hergang der Ereignisse der Wittorf-Affäre im Sommer und Herbst 1928 erfahren möchte, sollte zu diesem gut recherchierten Buch greifen. In Kenntnis dieser 35 Dokumente muss die KPD-Geschichte zwar nicht grundsätzlich neu bewertet werden, aber im Detail so manches bisherige Urteil.

Elke Reuter

Oliver Reschke: Der Kampf der Nationalsozialisten um den roten Friedrichshain 1925-1933. 2. Auflage, Berlin 2020. Trafo Wissenschaftsverlag, 395 S., ISBN 978-3-86464-215-9.

Der Weg des deutschen Faschismus an die Macht bedarf nicht nur einer Analyse der hohen Politik. Um ihn nachvollziehbar zu machen, ist ebenso ein Blick auf die Mikroebene der Straße und der Wohnviertel – also im Wesentlichen dem, was Mallmanns „links-proletarische Milieu“² genannt hat – notwendig. Eine solche Untersuchung macht zugleich deutlich, wie die Gegner aus der Arbeiterbewegung diese Entwicklung erlebten und bekämpften. Der vom Berliner NSDAP-Gauleiter Joseph Goebbels propagandistisch zum „Kampf um Berlin“ stilisierten Auseinandersetzung in der Reichshauptstadt kam dabei eine besondere Bedeutung zu. Das politische Machtzentrum Deutschlands war zugleich die wichtigste Hochburg der Linken. Das galt vor allem für die proletarisch geprägten Viertel Prenzlauer Berg, Kreuzberg und Friedrichshain. Oliver Reschke hat sich über viele Jahre dem Thema angenommen und mehrere umfangreiche Monografien dazu vorgelegt.³ Die Studie zu Friedrichshain liegt nun in einer überarbeiteten Neuauflage vor.

2 Siehe Mallmann, Klaus-Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.

3 Neben der hier behandelten Studie auch: Kampf um den Kiez. Der Aufstieg der NSDAP im Zentrum Berlins 1925-1933, Berlin 2014, sowie Der Kampf um die Macht in einem Berliner Arbeiterbezirk. Nationalsozialisten am Prenzlauer Berg 1925-1933, Berlin 2008.

Der Band widmet sich der Frage, „inwieweit es den Nationalsozialisten bis Anfang März 1933 gelungen ist, in den Bezirk Friedrichshain einzudringen und in der Arbeiterschaft Fuß zu fassen“ (S. 19). Zunächst stellt Reschke den Stadtteil und die soziale wie politische Ausgangslage dar, gefolgt von einem Abriss der lokalen Organisationsgeschichte von NSDAP und SA. Das bei Weitem umfangreichste Kapitel enthält die Ereignisgeschichte, gefolgt von einer Zusammenfassung der Ergebnisse. 19 Abbildungen und eine sehr hilfreiche Karte ergänzen die Darstellung.

Der Schwerpunkt liegt auf einer Nacherzählung der zahlreichen Auseinandersetzungen, vor allem zwischen SA und Kommunisten. Die sozialdemokratischen Organisationen, neben der SPD auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und die Eiserne Front, spielen im Band dagegen nur eine geringe Rolle. Versammlungen, Saalschlachten, der Kampf um die Straße und politische Gewalttaten werden ausführlich geschildert. Deutlich wird, wie die Präsenz der NSDAP und der SA sukzessive ab 1929 zunahm und die Arbeiterbewegung sich zunehmend in die Defensive gedrängt sah. Beispielsweise gelang es der SA anfangs kaum, ihre eigenen Versammlungen unter Kontrolle zu halten. Spätestens ab 1932 war sie dann jedoch in der Lage, Veranstaltungen der Kommunisten gezielt zu stören und zu sprengen.

Damit einher ging der systematische Ausbau eines immer dichteren Netzes an nationalsozialistischen Verkehrslokalen. Diese Stützpunkte wurden zunächst am Rand des Bezirks, an Hauptverkehrsstraßen und in der Nähe der Polizeireviere errichtet.

Die Rolle der Polizei gestaltete sich ohnehin ambivalent. Zwar konstatiert der Autor, sie sei durchaus auch gegen die Nationalsozialisten eingeschritten. Interne Auseinandersetzungen deuten jedoch darauf hin, dass neben Sozialdemokraten zunehmend auch die NSDAP Anhänger unter den Uniformträgern gewann, was nicht ohne Folgen für ihr Handeln blieb. So zählt der Autor das „oft parteiische Verhalten“ (S. 359) der Polizei zu den wichtigen Gründen für das Erstarken der radikalen Rechten.

Hand in Hand mit dem kontinuierlichen Organisationsaufbau ging der durchaus erfolgreiche Versuch von NSDAP und SA, den Arbeiterparteien die Hegemonie über die Straße streitig zu machen. Gerade der Friedrichshain bildete dabei einen Brennpunkt der häufig gewaltsamen Auseinandersetzungen. Das Verbot des Rotfrontkämpferbundes und – zumindest zeitweilig – der SA konnte die Eskalation kaum verhindern. Bis zuletzt blieb „die Straße“ jedoch umkämpft, selbst nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler kam es zu demonstrativen Aktionen der Linken. Auch mit Verweis auf die Wahlergebnisse konstatiert Reschke, ein „Eindringen in das ‚linksproletarische‘ Milieu“ (S. 360) sei Hitlers Gefolgsleuten kaum gelungen, denn „die große Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft hielt bis Anfang März 1933 zu KPD und SPD und erwies sich als weitgehend resistent gegenüber dem Nationalsozialismus.“ (S. 368) Dieser Befund deckt sich mit anderen Untersuchungen, etwa von Bernd Kessinger und Hans-Rainer Sandvoß.⁴

Die große Stärke der Studie, ihr Detailreichtum, erweist sich gewissermaßen zugleich als ihre Schwäche: Eine systematische Analyse der dargestellten Fakten liefert der Autor nur bedingt und überlässt es weitgehend seinen Lesern, aus der Stofffülle Schlüsse zu ziehen. Allenfalls eingestreut in die Ereignisgeschichte und in geraffter Form in der Zusammenfassung finden sich entsprechende Synthesen.

Hinzu kommt ein zweiter Punkt. So stützt sich die Rekonstruktion des Geschehens wesentlich auf Berichte aus der Berliner NS-Zeitung „Der Angriff“ und anderen Darstellungen aus der NS-Perspektive. Daher werden sie nur teilweise mit Quellen anderer Provenienz – der „Roten Fahne“, dem „Vorwärts“ oder staatlichem Material – kontrastiert, wie Reschke mit Verweis auf den andernfalls zu hohen Arbeitsaufwand selbst einräumt (S. 246). Das wiegt umso schwerer, als Reschke in den Fällen, in denen er ausführlich und differenziert alle verfügbaren Quellen einbezieht, überzeugend aufzeigen kann, wie wenig zuverlässig die Berichte aus dem NS-Spektrum sind. Das gilt beispielsweise für seine sehr umfangreiche und ausgewogene Rekonstruktion der spektakulären Saalschlacht in Friedrichshain am 22. Januar 1931, bei der Joseph Goebbels und Walter Ulbricht direkt aufeinandertrafen (S. 206-221).

Trotz dieser Kritikpunkte bleibt festzuhalten: Reschke hat hier eine wichtige, materialreiche Untersuchung vorgelegt. Sie erlaubt, gerade auch zusammen mit seinen weiteren Studien zu Prenzlauer

4 Kessinger, Bernd: Die Nationalsozialisten in Berlin-Neukölln 1925-1933, Berlin 2013; Sandvoß, Hans-Rainer: Die „ande-

re“ Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945, Berlin 2007.

Berg, Kreuzberg und Berlin-Mitte, einen detaillierten Blick auf die politischen Auseinandersetzungen in den Berliner Kiezen während der letzten Phase der Weimarer Republik.

Axel Weipert

Horst Groschopp: Weltliche Schule und Lebenskunde. Dokumente und Texte zur Hundertjahrfeier ihrer praktischen Innovation 1920. Reihe Humanismuspektiven, Bd. 8, 292 Seiten, kartoniert, 28 €, ISBN 978-3-86569-219.

Wer wie ich in Nordrhein-Westfalen die Schule besuchte, wuchs in einem Schulsystem auf, das sich auf die sog. „Bekenntnisschule“ stützte. Dies bedeutete, dass erstens Religion als ordentliches Lehrfach unterrichtet und geprüft wurde und zweitens, dass staatliche Schulträger erst dann auf den Plan traten, wenn kirchliche Schulträger kein Schulangebot vor Ort unterbreiten konnten. Zwar befanden sich in NRW wie auch in allen anderen Bundesländern der „alten“ Bundesrepublik die meisten Schulen in öffentlicher Trägerschaft, doch existierte daneben eine nicht unbeträchtliche Anzahl privater Schulen, vorwiegend in der Trägerschaft einer der beiden christlichen Konfessionen. In der DDR wiederum setzte sich ein Schulwesen in ausschließlich öffentlicher Trägerschaft durch, das der Religion als einer Privatsache keinen innerschulischen Raum zuwies und das sich v. a. auf die Konzepte der weltlichen Schule aus der Weimarer Tradition stützte.

Beide Linien folgten Traditionen, die während des Kaiserreichs entstanden und

nach der Novemberrevolution und während der Weimarer Republik heftig miteinander konkurrierten. Kein Wunder, prallten doch an der Frage weltliche Schule vs. Bekenntnisschule fundamentale Gegensätze aufeinander, deren Ursachen nicht zuletzt in gesellschaftlichen und machtpolitischen Konflikten begründet waren. Die Bekenntnisschule institutionalisierte nichts Anderes als das Bündnis zwischen Thron und Altar, eine Art „cuius regio, eius religio“ auch im Lokalen. Die weltliche Schule hingegen entsprach den Vorstellungen der Arbeiterbewegung und fortschrittlicher Liberaler und Humanisten und sollte anstelle des Gebets die Mündigkeit setzen. Noch heute finden sich nur in der Hansestadt Bremen und in Berlin Schulsysteme, in denen der Religionsunterricht außerhalb des obligatorischen Fächerkanons verbleibt. Der Versuch, in Berlin über ein Volksbegehren Religion an die Berliner Schule zurück zu bringen, scheiterte im Mai 2009.

Vor rund 100 Jahren öffneten die ersten weltlichen Schulen in Deutschland, in Berlin-Adlershof am 15. Mai 1920 zum ersten Mal mit ministerieller Genehmigung. Heute befindet sich hier die Anna-Seghers-Gemeinschaftsschule (Treptow-Köpenick).⁵ Horst Groschopp nahm dieses Jubiläum zum Anlass, auf 100 Jahre weltliche Schule und das Fach Lebenskunde zurückzublicken und diese schulpolitische und weltanschauliche Bildungstradition, die noch immer in einer Minderheitenposition verblieb

5 <https://hpd.de/artikel/startschuss-fuer-jubilaeumsjahr-weltliche-schule-18053>, Zugriff am 29. Dezember 2020; <https://www.anna-seghers-schule.de/ueber-uns/geschichte-der-schule.html>, Zugriff ebendann.

ben ist, näher zu beleuchten. Unterstützt wurde er dabei von Eckhard Müller, Daniel Küchenmeister, Andreas Goeschen, Michael Schmidt und Peter Schulz-Hageleit. Horst Groschopp wirkt seit seiner Dissertation 1978 als Kulturwissenschaftler, Alltagshistoriker und kulturwissenschaftlicher Publizist und beschäftigt sich vor allem mit Fragen des Humanismus und seiner Verbandsgeschichte, Theorie und Praxis. In der Reihe „Humanismusperspektiven“ des Alibri-Verlages wirkt er als Herausgeber und Verfasser mehrerer Bände. 1989 zählte er zu den Mitbegründern des Freidenkerverbandes der DDR und trat 1994 dem Humanistischen Verband Deutschlands bei, dem er von 2004 bis 2009 vorstand. Historikerinnen und Historikern dürfte Horst Groschopp überdies als Autor des alltagsgeschichtlichen Buchs „Zwischen Bierabend und Bildungsverein“ bekannt sein.⁶

Der Versuch der Durchsetzung einer weltlichen Schule begann in Thüringen in den 1920er-Jahren, als die linkssozialdemokratische Regierung von Ministerpräsident August Frölich – ihr Volksbildungsminister war Max Greil (USPD) – reformpädagogische Initiativen zu unterstützen begann. Carl Theil, ebenfalls ein Reformpädagoge und SPD-Mitglied, konzipierte den Lebenskundeunterricht als Gesellschaftskunde für den „Aufbau der kommenden Gesellschaft“ und als „gefährdete Vorpostenstellung“. (S. 11) Doch die frühe Etablierung des Faschismus als Regierungskraft in Thüringen 1930 zerstörte jäh das Aufblühen dieses fortschrittlichen Schulkonzepts, für das sich auch der bekannte Pädagoge

Fritz Karsen engagierte. Mit welchen Hindernissen engagierte „dissidente“ Lehrkräfte in der Weimarer Republik zu kämpfen hatten, verdeutlicht die von Groschopp zitierte Feststellung aus dem Jahr 1930, dass der Weg der Schulreform zur weltlichen Schule ein „Leidensweg“ sei, und dass „noch jetzt im zwölften Jahr des Bestehens der Verfassung der deutschen Republik dem dissidentischen Lehrer selbst an der ‚Sammelschule‘ die Anstellung verweigert wird“. (S. 12) Doch alle Bestrebungen, über die Durchsetzung weltlicher Schulen ein neues, kirchenunabhängiges Schulwesen zu etablieren, scheiterten am Beharrungswiderstand der konservativen und klerikalen Kräfte und wurden mit dem Beginn der Nazidiktatur unterdrückt. Doch nicht nur politischer Gegenwind behinderte eine säkulare Schulreform, auch die Laufbahnbenachteiligungen für dissidente Lehrkräfte, die Fußangeln des Föderalismus und der Bürokratie taten ihr Übriges. Nach dem Ende des Faschismus versuchte man vor allem in der Sowjetischen Besatzungszone, an die reformpädagogische Tradition der weltlichen Schule sowie der Lebenskunde bzw. Staatsbürgerkunde anzuknüpfen, wohingegen fortschrittliche Bestrebungen wie in Bremen und in Hessen durch die Grundgesetzberatungen des Parlamentarischen Rates unterlaufen wurden: Nicht der Staat könne bekenntnisfreie Schule als Regelschulen einrichten, sondern diese könnten allein auf Antrag von Erziehungsberechtigten staatlich geprüft und genehmigt werden, eine Einzelfallregelung also. (S. 32) Nur die „Bremer Klausel“, die außerhalb der Hansestadt noch für West-Berlin gilt, sichert die bekenntnisfreie Schule bzw. die

6 Horst Groschopp: Zwischen Bierabend und Bildungsverein, Berlin 1985.

Neutralität (Berlin).

Auf diese historische Einführung (S. 9-34) folgt eine Spurensuche entlang der freidenkerischen Wiege einer bildungspolitischen Konzeption unter der Überschrift „Weltliche Schule und Moralunterricht“. (S. 35-68) Die Spurensuche führt über die verschiedenen aufgewiesenen Diskurse und politischen Auseinandersetzungen zur Gründung der Schule in Adlershof und über die engagierte Lehrerin Maria Krische zum Vorsitzenden der Freireligiösen Gemeinde, Adolph Hoffmann, dem „Zehn-Gebote-Hoffmann“.⁷ Spannend lesen sich auch die folgenden, die verschiedenen Handlungsebenen (Schulrecht/Schulpraxis, gescheiterte Reichsschulgesetzgebung, Konzeptionen und Wege des Lebenskundeunterrichts) betreffenden Kapitel. Wenn man dann reflektiert, dass mit der Herstellung der staatlichen Einheit 1990 ein drittes Mal der Stab über die weltliche Schule als Regelschule gebrochen wurde, muss man feststellen, dass die Debatten in der Weimarer Republik noch heute von erheblichem Belang sind.

Der zweite Teil des Bandes ist gefüllt mit einer Bibliografie zu weltlicher Schule und Lebenskunde und mit einem Dokumentationsteil mit 19 Dokumenten, in denen u. a. auch August Bebel, Konrad Haenisch, Heinrich Schulz, Clara Zetkin, SPD und KPD und Carl Theil zu Wort kommen. Ebenfalls enthalten sind darin Beiträge von

Horst Groschopp und seinen Mitautoren, von denen Eckhard Müller und Daniel Küchenmeister Mitglieder unseres Förderkreises sind.

Holger Czittrich-Stahl

Mario Candeias (Hrsg.): Klassentheorie. Von Making und Remaking, Argument Verlag 2021, 560 Seiten, 20 €.

In dem neuen, von Mario Candeias, dem Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebenen Buch geht es um Theorien, die über Klassen, konkret die „Arbeiterklasse“, in der marxistischen und marxistisch-feministischen Linken entwickelt wurden.

Nach Candeias hängt die Position der Arbeiter*innen, und damit auch die Möglichkeit zu Kämpfen im Wesentlichen von drei Faktoren ab. Erstens der Stellung im Produktionsprozess, also in welchem Sektor mit welcher Wertschöpfung man/frau zu welchen Bedingungen beschäftigt ist. Dann zweitens der Zugang zu Infrastruktur und zum „öffentlichen“, also den Bereichen wie z. B. Gesundheit, Wohnen, Bildung und Mobilität, in denen es heute viele öffentlich wahrnehmbare Konflikte gibt (S. 13, 31). Der dritte Bereich ist Konsum (und Kultur). Konsum wird hier als struktureller Zusammenhang mit der Produktion gedacht. Nicht zu vergessen ist der Staat als Feld des Klassenkampfes und als Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Hegemonie besteht eben, nach Gramsci, aus Zustimmung und Gewalt.

Nach diesem Raster einer modernen, von Gramsci herkommenden Klassentheorie

⁷ Hans-Wolf Ebert, Volker Heiermann, Lars Hoffmann (Hrsg.): Vom Waisenkind zum Minister der Revolution 1918 – Das Leben Adolph Hoffmanns, Berlin 2018, S. 24-30; vgl. die Buchvorstellung durch Volker Heiermann in Mitteilungen, Heft 54 (September 2018), S. 55 ff.

orie hat Candeias nun die über zwei Dutzend Texte ausgesucht. Sie sind im Buch thematisch sortiert und stammen aus einem Zeitraum von 1906 (Rosa Luxemburg) bis heute. Nach drei historischen (zweimal Gramsci und, wie erwähnt Luxemburg) kommen ein Dutzend aus der Zeit von 1963 bis 1988, also der der ungefähren klassischen Phase des Fordismus (u. a. von Balibar, Bourdieu, Dalla Costa, Stuart Hall und zu Poulantzas und Negri).

Nach einem Sprung folgen weitere zwölf aus dem Zeitraum 2002 bis heute (also der Hochphase des Neoliberalismus?). Hier sind u. a. Dörre, Frigga Haug, Ursula Huws, Gayatri Chakravorty Spivak und fünf Texte aus 2017 ff. zur Debatte um „Neue Klassenpolitik“ zu finden. Jetzt zu kritisieren, was fehlt (etwa Althusser, oder weitere feministische Denkerinnen) ist wohlfeil, zumal der Herausgeber in seiner sehr guten und pointierten Einleitung (S. 9-35) darauf hinweist, dass nicht alle erwünschten Abdruckrechte eingeholt werden konnten.⁸

Was aber nun vorliegt, ist ein preiswertes, umfangreiches Lesebuch zur entwickelten neomarxistischen und marxistisch-feministischen Klassentheorie. Es ist ein kleiner Beitrag zur Wiederaneignung eines reichhaltigen Fundus. Das formulierte Ziel einer queeren, ökologischen Klassenpolitik, die Identitäts- und Klassenpolitik nicht als Widerspruch denkt, ist sympathisch. Ob die „verbindende Partei“ und die „verbindende Klassenpolitik“, wie sie in der LINKEN und

von einzelnen linken GewerkschafterInnen propagiert wird, dafür ein Instrument sein kann, muss sich noch weiter zeigen.

Bernd Hüttner

Ingo Stützle (Hrsg.): Work-Work-Balance. Marx, die Poren des Arbeitstags und neue Offensiven des Kapitals, Dietz Berlin, 2020, 263 S.

Acht Stunden sind kein Tag.

In seiner thematischen Einführung steckt Herausgeber Ingo Stützle den Rahmen der insgesamt elf Beiträge ab, die zentrale historische und aktuelle Aspekte des Arbeitstags diskutieren. Der Kampf um den Normalarbeitstag, eine Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit und die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen waren seit Mitte des 19. Jahrhunderts zentrale Forderungen der Arbeiterbewegung. Auch Marx und Engels befassten sich in vielen ihrer tagesakturellen, politischen und wissenschaftlichen Schriften mit der Normierung des Arbeitstags und den damit verbundenen Herausforderungen.

Marx diskutiert im Kapital Band I im achten Kapitel, überschrieben mit „Der Arbeitstag“, u. a. die Grenzen des Arbeitstags, den Heißhunger des Kapitals nach Mehrarbeit, Tag- und Nacharbeit sowie den Kampf um den Normalarbeitstag. Ihm zufolge ist „die Schöpfung eines Normalarbeitstags ... das Produkt eines langwierigen, mehr oder minder versteckten Bürgerkriegs zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse“ (Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Band 23,

⁸ Diese ist online https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Candeias_Klassentheorie_U1_S1-35_.pdf

S. 316). Im Prozess der Kapitalverwertung mit dem Ziel der Mehrwertproduktion und angetrieben durch einen permanenten Konkurrenzkampf der Einzelkapitale ist der Einsatz der Arbeitskraft von alles entscheidender Bedeutung. Durch den Kauf der Ware Arbeitskraft erwirbt ein Kapitalist das Recht, deren Gebrauchswert im Verlauf eines Arbeitstages zu nutzen.

Laut Marx ist der Arbeitstag keine konstante, sondern eine variable Größe (Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Band 23, S. 246), die sich innerhalb historisch und durch gesellschaftlich Kräfte veränderbarer physischer und sozialer Schranken bewegt. Bestimmt werden die Grenzen des Arbeitstags bzw. die Grenzen zwischen Arbeits- und Lebenszeit erstens durch die Klassenverhältnisse und die Klassenkämpfe zwischen Arbeit (Betriebsräte und Gewerkschaften) und Kapital sowie zweitens durch sozialpolitische Gesetze, beispielsweise zu Arbeitszeiten (Stichwort: Normalarbeitstag, Arbeitsbedingungen, Kranken-, Renten- und Unfallversicherung). Anders ausgedrückt: Der Kampf um die Länge und inhaltliche Ausgestaltung der Arbeitszeit ist nicht nur eine ökonomische, sondern eine fortlaufende gesellschaftliche Auseinandersetzung. So wurde übrigens in Deutschland am 1. Januar 1919 erstmals der achtstündige Normalarbeitstag eingeführt.

Auf drei Beiträge sei kurz eingegangen. Hanna Meißner weist in ihrem Text einerseits auf die Stärken der Marxschen Kapitalismusanalyse in Form der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion des Kapitals hin und deckt andererseits bedeutende Lücken in deren abstrakt-logischen Strukturzusammenhang auf. Marx übersieht

das, was jenseits des Produktionsprozesses stattfindet, nämlich „wie ... menschliche Arbeitskraft entsteht und wie sie sich regeneriert (Stichwörter: Patriarchat, Sorgearbeit in den Familien, Anm. JWG), woher Rohstoffe und Ressourcen kommen (ökologische Krisen, Anm. JWG) und mit welchen gesellschaftlichen Folgekosten ihr Einsatz verbunden ist“ (Hanna Meißner, S. 50).

Christoph Deutschmann verdeutlicht die gesellschaftliche Bedeutung des Normalarbeitstags; er bezeichnet ihn als „konstitutiv für den modernen Kapitalismus (Deutschmann, S. 56). Mit dem Normalarbeitstag sei eine entscheidende Bedingung für die Entstehung des modernen Arbeitsmarkts entstanden. Die gesellschaftlich und politisch im Verlauf der Zeit errungenen Erfolge einer Arbeitszeitverkürzung sind oftmals fragil, so Deutschmann. Die Gegenseite nutzt viele sich bietende Gelegenheiten zur Fragmentierung und Segmentierung der abhängig beschäftigten Frauen und Männer, beispielsweise in Form von Privilegien für einzelne Gruppen und um diese dann gegen andere Gruppen ausspielen zu können.

„Im Prozess der Normalisierung der Lohnarbeitsexistenz“ kommt Christian Brütt zufolge dem Staat eine zentrale Bedeutung zu (Brütt, S. 143). Er habe „marktkorrigierende und marktermöglichende Funktionen.“ Am Anfang steht die Vertragsfreiheit der LohnarbeiterInnen, die zur rechtlichen Absicherung staatlicher Intervention und Absicherung in Form entsprechender Gesetze bedarf. In seiner Funktion als Rechts- und Sozialstaat schafft der Staat die Grundlage dafür, dass die Arbeitskraft als Ware auf dem Markt zur Ver-

fügung steht. Zugleich greift der Staat aber auch, wie Brütt in seinem Beitrag schildert, kompensierend, kontrollierend sowie kommodifizierend und dekommodifizierend in die Produktions-, Distributions- und Reproduktionssphäre ein (S. 144 ff.). Wie insbesondere Nicos Poulantzas in seiner „Staatstheorie“ (Hamburg, 2002) zeigt, ist der Staat jedoch keineswegs auf die Funktion eines „ideellen Gesamtkapitalisten“ zu reduzieren.

Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem Streit um Lebens- und Arbeitszeit (Gisela Notz); mit der Geschichte des Kampfs um die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit (Gisela Notz); Karl Marx, die Frauen und die Fabrikgesetze (Regina Wecker), interessant hier ein Überblick über die Entwicklung der Arbeitszeitgesetzgebung in der Schweiz; gewerkschaftlicher Arbeits- und Leistungs politik (Kalle Kunkel); der Vergesellschaftung von Pausenzeiten zwischen prekären Verhältnissen und Optimierung des Selbst (Gabriela Muri); der Erosion der Normalarbeitszeit und der Normalisierung der Teilzeitarbeit (Claudia Sorger); der Rentenfrage im Kontext sozialer Reproduktion (Christian Christen); dem Kampf um den Achtstundentag in Österreich (Lukas Egger/Leo Kühberger) und dem Konzept einer „Ökonomie der Zeit“ bei Marx (Norman Jakob).

Zusammenfassend bietet Ingo Stütze mit dem Sammelband einen rundum gelungenen, facettenreicher Überblick über den Zusammenhang von Arbeitszeit und Lebenszeit sowie den damit verknüpften gesellschaftlichen Kämpfen. Die vielen historischen und aktuellen Beispiele verdeutlichen deren enorme Bedeutung; so

ermöglicht etwa die österreichische Arbeitszeitnovelle von 2018 wieder eine tägliche Höchstarbeitszeit von zwölf und eine wöchentliche von 60 Stunden. Um Fortschritte zu erzielen, sind daher eng miteinander verzahnte gesellschaftliche Kämpfe auf mehreren Ebenen notwendig: den einzelnen Betrieben bzw. den Einzelkapitalen, in Tarifverträgen mit den Arbeitgeberverbänden bzw. einzelnen Kapitalfraktionen und in der Gesetzgebung.

Jürgen Wagem-Gutensohn

Bernd-A. Rusinek, Der Fall Greifeld, Karlsruhe – Wissenschaftsmanagement und NS-Vergangenheit, KIT Scientific Publishing, Karlsruhe 2019, 361 S.

Zur Kontinuität „furchtbarer Juristen“ im Staatsdienst der Bundesrepublik sind unzählige Aufsätze und Monografien in den vergangenen vierzig Jahren erschienen. So furchtbar wie diese Juristen NS-Verbrechen normativ begründet und gerechtfertigt haben, so furchtbar ist auch die oftmals ohne Unterbrechung fortgeführte Karriere im Öffentlichen Dienst der jungen Bundesrepublik. Ein Protagonist dieses Schlages ist der von Bernd-A. Rusinek akribisch untersuchte Dr. iur. Rudolf Greifeld. Unter Zugrundelegung verschiedener Quellen und Materialien zeichnet Rusinek das Bild eines Anhängers des NS-Regimes und eines aufstrebenden Verwaltungsjuristen, der es durch ein Netzwerk von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und Förderern bis zum Hauptadministrator des 1956 gegründeten Karlsruher Kernforschungszentrums geschafft hat. Greifeld erhielt für seine Leis-

tungen 1969 die Würde des Ehrensenators der Universität Karlsruhe und 1974 das Große Bundesverdienstkreuz. Die bereits 1975 aufgedeckte Verstrickung Greifelds in antisemitische Vermerke des NS-Besatzungsregimes in Frankreich wurde unter anderem durch weitere Veröffentlichungen von Dietrich Schulze im Online-Magazin der Neuen Rheinischen Zeitung wiederaufgerollt. In diesem Zusammenhang wurde die posthume Aberkennung seiner Ehrensenatorwürde gefordert. Im Zuge der wiederaufflammenden Kontroverse erstellte Rusinek im Auftrag des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), dem Nachfolger des Karlsruher Kernforschungszentrum, 2015 ein Gutachten zu den Vorwürfen. Dieses Gutachten liegt nunmehr in erweiterter Form als Monografie vor.

Rusinek zeichnet zu Beginn des ersten Teils des Buches die Biografie Greifelds nach. Hierbei ist vor allen Dingen die Untersuchung seiner Studienzeit von Interesse: Rusinek kommt dabei zum Ergebnis, dass bereits zu Studienzeiten ein antisemitisches und völkisches Weltbild Greifelds nachweisbar ist. Als Schriftwart des Vereins deutscher Studenten (VdSt) in München, wo er Jura von 1931 bis 1933 studierte, war er Mitglied in einer dezidiert antisemitischen und rassistischen Vereinigung, die die Weimarer Republik als „Judenrepublik“ charakterisierte (S. 39) und zu Kaiserreichszeiten bereits antisemitische Denker, wie Heinrich von Treitschke verehrten (S. 42). Der Übergang in die Organisationen des NS-Regimes war unausweichlich und erfolgte fließend: Greifeld wurde ab Mai 1933 Rottenführer der SA in Bautzen und 1937 Mitglied in der NSDAP.

Nach seinem Rechtsreferendariat (1935-1939) war Greifeld ab Juni 1940 bis September 1941 im besetzten Frankreich als Kriegsverwaltungsrat in Paris tätig (S. 57). Rusinek geht hierbei den Vorwürfen nach, ob Greifeld tatsächlich der Organisator des Besuches Adolf Hitlers im Juni 1940 gewesen war, wie ihm unterstellt wurde. Hierbei analysiert Rusinek sowohl Bildaufnahmen des Besuches als auch verschiedene Materialien (S. 62 ff.). Dabei kommt er zum Ergebnis, dass aufgrund seiner Stellung als Kriegsverwaltungsrat es äußerst unwahrscheinlich sei, eine solch große und bedeutende Aufgabe für das NS-Regime zu übernehmen. Weder auf den Bildern noch in anderen Archivmaterialien könne eine Beteiligung festgestellt werden (S. 72 f.). Anders stellt es sich mit dem antijüdischen Nachtlokalvermerk vom Januar 1941 dar: Dort regt Greifeld an, Juden den Eintritt in Nachtlokale zu verbieten, die von Wehrmachtsangehörigen frequentiert werden. Dieser Vermerk kann sodann zurecht als geistige Vorbereitung des im Juli 1942 ergangenen Erlasses zum Aufenthaltsverbot von Juden an öffentlichen Orten aufgefasst werden (S. 98). Greifeld verschwieг später, dass er an antisemitischen Aktivitäten in Frankreich beteiligt gewesen war (S. 97). Von 1942 bis 1945 war Greifeld anschließend Mitglied in der Wehrmacht und als Offizier an der Ostfront bis zur amerikanischen Kriegsgefangenschaft 1945 tätig (S. 119 ff.).

Die Entnazifizierungsmaßnahmen gegen Greifeld entpuppten sich als Farce. Zwar war seine Mitgliedschaft in einschlägigen NS-Organisationen und seine Tätigkeit im Verwaltungs- und Militärapparat bekannt,

dennoch wurde seine Selbsteinstufung als „Mitläufer“ von der Spruchkammer akzeptiert. Als Jurist in dem Württembergischen Sparkassenverband nach 1945 wechselte er ab April 1948 zunächst ins württembergische Wirtschaftsministerium unter dem damaligen Wirtschaftsminister und Sozialdemokrat Hermann Veit (S. 153 ff.). Veit war ein entscheidender Förderer der Karriere von Greifeld. Ob Veit als Antifaschist und linker Sozialdemokrat von den Machenschaften Greifeld in der französischen Besatzungsverwaltung Kenntnis hatte, kann Rusinek nicht abschließend feststellen, jedoch vermutet er, dass hier eine gewisse Unkenntnis vorliegen musste, da dies zu Veits Haltung zum NS-Regime einen eklatanten Widerspruch darstellen würde. So war Veit in der NS-Zeit als Rechtsanwalt für Regimegegner und Antifaschisten tätig und musste selbst Repressalien über sich ergehen lassen. Vom Wirtschaftsministerium stieg Greifeld als Geschäftsführer des Karlsruher Kernforschungszentrums ab 1956 auf. Dieses Amt hielt er bis 1974 inne.

Die Kontroverse um Greifeld fing mit den Recherchen des jüdischen Physikers Léon Gruenbaum an, der ab 1970 im Karlsruher Forschungszentrum eine befristete Stelle antrat, dessen Vertrag aber 1973 nicht verlängert wurde und auslief. Gruenbaum vermutete, dass die antisemitische Einstellung Greifelds dabei eine Rolle gespielt habe. Gemeinsam mit Serge und Beate Klarsfeld veröffentlichten sie auf einer Pressekonferenz im Oktober 1975 den Nachtlokalvermerk von Greifeld aus dem Jahre 1941 und deckten die Verstrickungen Greifelds im NS-Regime auf (S. 227 ff.). Dies führte zum Rücktritt Greifelds im De-

zember 1975 aus dem Lenkungsausschuss des französischen Forschungszentrums Laue Langevin (ILL), in dem er seit 1966 Mitglied gewesen ist.

Rusinek beleuchtet in seiner Abhandlung die weiteren Geschäftsführer des Karlsruher Forschungszentrums unter dem Aspekt der Verstrickung mit dem NS-Regime. Seine akribischen Untersuchungen zu Greifeld und zu den weiteren Geschäftsführern zeichnen sich durch eine nüchterne und distanzierte sowie detailreiche Methodik aus. Die Sprache ist verständlich und nicht komplex. Die Einbettung der einzelnen Lebensabschnitte Greifelds in den politischen Kontext der Zeit ist gelungen und auch die kritische Herangehensweise, die Vorwürfe gegen Greifeld objektiv zu untersuchen, gelingt ihm auf voller Linie. Ein sehr zu empfehlendes Buch über eine Person, die stellvertretend für unzählige Biografien von Juristen, Beamten und Wissenschaftlern steht, die im NS-Regime als willige Akteure mitgewirkt haben, aber ihre Tätigkeiten in der Bundesrepublik aufgrund intakter Netzwerke schnell in Vergessenheit brachten.

Ridvan Ciftci

Gerhard Feldbauer: Mussolini und kein Ende? Die Saat ist fruchtbar noch. Papy-Rossa Verlags GmbH, Köln 2020. 191 S. 14,90 €.

Italiens faschistischer Diktator Mussolini wurde am 28. April 1945 hingerichtet. Ein von den Alliierten anerkanntes Tribunal der italienischen nationalen Einheitsregierung für Norditalien (CLNAI) hatte ihn zum

Tode verurteilt. Die Exekution nahmen Partisanen der Garibaldi-Brigaden unter ihrem Kommandeur, Oberst Walter Audisio, vor. Die Hinrichtung besiegelte den Sieg über Mussolinis seit 1922 bestehende faschistische Diktatur, in deren Schlussphase er seit Oktober 1943 Handlanger des Besatzungsregimes Hitlerdeutschlands in Italien gewesen war.

Feldbauer fragt danach, wie es kommen konnte, dass 49 Jahre später, am 11. Mai 1994, der Führer der faschistischen Forza Italia (FI), Silvio Berlusconi, zusammen mit der als Movimento Sociale Italiano (MSI) wiedergegründeten Partei Mussolinis und der an der hitlerfaschistischen Blut- und Bodenideologie ausgerichteten Lega Nord eine Regierung bilden konnten, die mit Unterbrechungen fast 10 Jahre an der Macht blieb. Letztes Kapitel eines derartigen Regimes mit neofaschistischem Einschlag sei 2018/19 die 14-monatige Regierung unter dem parteilosen Premier Giuseppe Conte mit der Lega unter ihrem Chef Matteo Salvini als Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident, an der sich die unter einem linken Aushängeschild agierende, aber rechts ausgerichtete Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) beteiligte.

Am 22. April 1944 waren die Kommunisten in Salerno in die Regierung Badoglio eingetreten. Togliatti sprach von der „Regierung der nationalen Einheit“, die ein Bekenntnis zum Antifaschismus ablegte. Die Pläne reaktionärer Kreise der USA und Großbritanniens zur Konservierung der faschistischen Machtstrukturen waren mit der „Wende von Salerno“ gescheitert. Die Kommunistische Partei, die zu einer Massenpartei anwuchs, wurde führende Kraft

des Nationalen Befreiungskomitees. Nach der Niederlage des Faschismus bestand von April bis zum Spätherbst 1945 eine klassische revolutionäre Situation. Die IKP trat für eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung ein. Ihr Vorhaben, die beiden Arbeiterparteien zu vereinigen, scheiterte jedoch an der Ablehnung des rechten Flügels der Sozialistischen Partei (ISP).

Im Oktober 1946 räumte Togliatti auf einer Organisationskonferenz Versäumnisse der IKP ein. Die nach dem Sieg der Resistenza vorhandene günstige Ausgangssituation sei nicht genutzt worden. Unterblieben sei die Mobilisierung der Massen. IKP-Autoren sprachen in ihrer „Geschichte der Resistenza“ im Jahre 1972 vom „Kontrast zwischen den Idealen der Resistenza und den verfolgten demokratischen Zielen.“ Feldbauer stellt fest, dass Togliatti sich nach dem Sieg über den Faschismus grundsätzlich an die mit Stalin getroffene Vereinbarung hielt. Diesem sei es nicht, wie ihm generell von westlicher Seite bis heute unterstellt werde, um weltweite revolutionäre Veränderungen gegangen. Ihm ging es viel mehr „um die Sicherung des erreichten Einflusses auf der Grundlage der Fortsetzung einer einvernehmlichen Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten.“ (S. 78)

Die IKP hatte zur Untermauerung des parlamentarischen Weges zahlreiche Zugeständnisse gemacht. Dazu zählten: Die Auflösung der CLN-Komitees in den von den Partisanen befreiten Gebieten, die widersprüchliche Hinnahme der Entwaffnung der Partisanen, die Abgabe der Gesetzeshoheit der Verfassungsgebenden Versammlung an die Regierung, die Anerkennung der von Mussolini mit dem Vatikan

abgeschlossenen Lateranverträge und die Auflösung des „Hohen Kommissariats zur Verfolgung der Regimeverbrecher“ (Amnestiegesetz).

Die IKP und die Italienische Sozialistische Partei (ISP) glaubten, die Macht der Monopole per Gesetz brechen und mit dem Rest der Kapitalistenklasse ein „Gentleman Agreement“ schließen zu können. Die Obstruktions- und Sabotagestrategie der Klasse, die darum kämpfte, wieder die herrschende zu werden, wurde von den linken Parteien und auch den Gewerkschaften mit einer großen Konzessionsbereitschaft beantwortet. Diese Positionierung kam Stalins Ziel entgegen, die Antihitlerkoalition aufrechtzuerhalten.

Eine große Rolle spielte der Vatikan. Ohne die Unterstützung der Kurie wäre es nach 1945 nicht möglich gewesen, faschistische Strukturen über die Niederlage Mussolinis hinwegzueretten und als eine Stütze der Herrschaft des Kapitals den neuen Machtbedingungen anzupassen. Papst Pius XII. wurde zum Schirmherrn der Rettung abertausender Faschisten über die im Geheimdienstjargon „Rattenlinien“ genannten Fluchtrouten nach Südamerika.

Den angloamerikanischen Alliierten ging es nicht nur darum, jeden linken Einfluss zu unterbinden, sondern auch darum, eine antifaschistisch-demokratische Nachkriegsentwicklung zu verhindern. In den von ihnen besetzten Gebieten in Südtalien verblieben selbst die faschistischen Präfekten und ihr Anhang in ihren Ämtern. Eine antifaschistische Säuberung der staatlichen Strukturen und des gesellschaftlichen Lebens unterblieb weitgehend. Ihnen war es darum gegangen, das Land von Mussoli-

ni zu befreien, das Systems aber zu erhalten.

Bei den Pariser Friedensverhandlungen im Jahre 1947 lehnten die USA die von der UdSSR geforderte Klausel ab, niemals wieder faschistische Organisationen zu erlauben und Kriegsverbrechen nicht ungesühnt zu lassen. Faschistische Kräfte in Italien konnten vor allem deshalb wieder zu einer ernststen Gefahr werden, weil die USA sie zur Sicherung Italiens als ihrer Einfluss-sphäre und Südflanke der künftigen NATO im Kalten Krieg gegen den Ostblock brauchten.

Feldbauer spannt den Bogen von der paramilitärischen Geheimorganisation der NATO „Gladio“ über die Rolle der Geheimloge „P2“ bis zur „Öffnungspolitik nach links“ der Democrazia Cristiana (DC) unter Aldo Moro, von der kritischen Bewertung des Eurokommunismus bis zum Zerfall der IKP nach 1989 und zur unzureichenden Koordinierung der linken Splitterparteien, die die skandalösen Regierungsperioden Silvio Berlusconi erst ermöglichten. Mit dem Mord an Moro wurde nicht nur der Linken, sondern auch der traditionell nach links tendierenden bürgerlichen Mitte eine strategische Niederlage bereitet, die bis ins 21. Jahrhundert hinein zum Vormarsch der Rechten beitrug. Im November 1994 erfolgte die Enthüllung von Plänen des Pentagon: Falls die Kommunisten in Italien legal an die Macht kämen, würde eine sofortige Intervention stattfinden, Sardinien und Sizilien abgetrennt und ein Guerillakrieg eröffnet.

Siegfried Prokop

Günter Benser: Zeitsprung. Tagesnotizen 1948 und 2018. Mit einem Geleitwort von Jürgen Hofmann, edition bodoni, Berlin 2021, 300 S.

Günter Benser, einer der namhaftesten, aus der DDR hervorgegangenen, deutschen Zeitgeschichtler hat mit diesen „Tagesnotizen 1948 und 2018“ zu seinem 90. Geburtstag ein wichtiges und fraglos reizvolles Buch auf den Markt geworfen. Der Rezensent, nur ein halbes Jahr älter als der Autor und in diesen Jahren selbst Verfasser von Tagebuch-Notizen, die er leider aus Furcht, dass sie in falsche Hände geraten könnten, in den Fünfzigerjahren vernichtete, kennt die Schwierigkeiten und die Probleme einer solchen Veröffentlichung und freut sich, dass solch eine ehrliche, gehaltvolle Quelle aus längst vergangener Zeit erschienen ist. Ich habe zwar Zweifel, ob die Enkel und Urenkel des Autors und andere junge Leser aus dieser 3. und 4. Folge-Generation in der Wohlstandsgesellschaft von heute die Aussagen des 1948er-Tagebuchs, wo Schmalhans Küchenmeister war und die Mutter oft weinte, weil sie nicht wusste, was sie kochen sollte, voll verstehen werden. Doch für die Geschichtsschreibung über die unmittelbare Nachkriegsperiode besitzt die Dokumentation einen hohen Wert, zumal sie der Autor durch interessante Tagesnotizen aus 2018 ergänzt hat.

Günter Benser hat der Veröffentlichung ein Kapitel „Zum besseren Verständnis“ vorausgeschickt. Es ist freilich weit mehr als eine Einführung in die folgende Dokumentation. Im Grunde begegnet uns darin eine kurzgefasste Autobiografie der Kindheits- und Jugendjahre von G. B., faktisch

bis zu seiner Delegation an die ABF. Der Arbeiterjunge verliert mit 7 Jahren seinen Vater; er gibt die Schule auf und lernt im Elbtalwerk Industriekaufmann, gründet in seiner sächsischen Heimatstadt Heidenau, einer Hochburg der Arbeiterbewegung, Ende 1945, in der Tradition der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung stehend, den Antifaschistischen Jugendausschuss und kurz darauf die FDJ. Er wird Kassierer verschiedener Organisationen und FDJ-Funktionär. Er ist einer der Aktivsten in der Organisation; und man ist erstaunt, was er in dem einen Jahr 1948 alles auf die Beine brachte, was er in der FDJ und als Jugendlicher leistete, nicht nur als Kassierer, sondern auch im Laienspiel, mit Vorträgen bei Heimabenden, als Redaktionssekretär der Wandzeitung, in sonntäglichen Arbeitseinsätzen, als Schüler der Volkshochschule. Überdies herrschte in Heidenau damals das später so benannte fröhliche Jugendleben, Tanzabende waren Pflicht. Es beeindruckt das hohe geistig-kulturelle Niveau des 17-Jährigen, der ziemlich klare Auffassungen über den Expressionismus bis zu Büchners Wozzek, Wilhelm Busch, Goethes Faust Zweiter Teil und dem Verhältnis von Wissenschaft, Religion und Glaube äußerte. Gedenkfeiern zum 100. Jahrestag der Revolution von 1848/49 fanden statt. Die Film-Einschätzungen, die zahlreichen sowjetischen in der Regel etwas – zurecht – kritischer, sprechen für Ausgewogenheit und Stilempfinden des jungen Mannes.

Doch 1948 war zugleich eine Zeit des Umbruchs, es begann in der sowjetischen Besatzungszone nicht nur die Wirtschaftsplanung, sondern auch die Orientierung auf das Vorbild Sowjetunion, in der Ju-

gendarbeit die Preisgabe der FDJ-Überparteilichkeit und ihre Bindung allein an die SED. Die FDJ sollte Parteijugend werden, wie es später hieß, Kampfesreserve der SED. Das publizierte Tagebuch spiegelt die Konflikte, Diskussionen, Auseinandersetzungen, ja Gruppenbildungen um genau diese politischen Grundsatzfragen, bei denen G.B. hellwach meist Gegenpositionen vertritt, Zweifel äußert, SPD-Standpunkte zu vertreten für richtig hält (was offensichtlich auf alte familiäre Haltungen zurückzuführen war), ja bisweilen sogar den Austritt aus der FDJ überlegt. Aber die gesellschaftliche Praxis fand ihn immer wieder auf der Arbeiterseite, die eine Sympathie für die vom Kapital bestimmte LDP verbietet, den Kapitalismus überwinden will und dabei zugleich illusionäre gleichmacherische Haltungen zustande und gegen die Besatzungsmacht zur Geltung bringt. Der Rezensent, damals seit Januar 1947 Oberschüler und überdies noch „Vertriebener“, kennt und teilt das gerade im Jahr 1948 buchstäbliche, von Irrwegen nicht freie Ringen um neue, den komplizierten gesellschaftlichen Verhältnissen adäquate politische Überzeugungen, in denen anfängliche Unzufriedenheit wegen der offenkundigen Defizite an Freiheit und Demokratie immer wieder auftauchen. Er gründete in diesem Jahr die FDJ-Gruppe seines thüringischen Wohnorts, bevor er ein Jahr später als Student in der FDJ vollends Karriere machte.

Es war eine kluge Entscheidung des Autors, den tagtäglichen Notizen von 1948, solche aus dem 70 Jahre späteren 2018 entgegenzusetzen. Da erscheint nicht nur Altersweisheit der jugendlichen Aufbruchstimmung gegenübergestellt. Hier spiegeln

sich auch wesentliche innen- und außenpolitische Markierungen des Jahres 2018, namentlich der Streit Seehofer-Merkel um die Flüchtlingsfrage, oder die Eskapaden Donald Trumps bis hin zu der für Deutschland katastrophal ausgegangenen Fußball-Weltmeisterschaft in Russland. Man erfährt hier auch, dass der junge G. B. – wie der Rezensent – den „Start“ las (S. 49), lernt des Autors Meinung über den selbstbestimmten Suizid kennen (S. 72/122). Vor allem aber nutzt der Autor die Tagesnotiz von 2018 wiederholt, um weitere wichtige ergänzende Erläuterungen zu den Dokumenten von 1948 zu geben. Und schließlich erhält der gründliche Leser auch Informationen über die Benersche Großfamilie mit zwei Töchtern und einem Sohn, mehreren Enkel und inzwischen auch schon Urenkeln und über das Freizeitsiedler Dorf Motzen – eine schöne Konfrontation zu 1948.

Jürgen Hofmann, Geschäftsführender Sprecher der Historischen Kommission der Partei „Die Linke“, hat in einem warmherzigen Geleitwort vor all den Zeithistoriker Günter Benser gewürdigt und namentlich seine Verdienste um die Rettung des Zentralen Parteiarchivs und der Bibliothek des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung und um den „Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ herausgestellt. Günter Benser gehört, so meine ich, mit seinen Veröffentlichungen in die deutsche Geschichtskultur, nicht vordergründig in eine Subkultur. Ein Personenverzeichnis und eine Publikationsliste des Autors vervollständigen das gut lesbare Buch.

Walter Schmidt

Heinz Niemann: Kleine Geschichte der SED. Ein Lesebuch, verlag am park in der edition ost, Berlin 2020, 773 S., ISBN 978-3-947094-55-4.

Der umfangreichen Nachwende-Literatur zur SED-Geschichte hat der Autor eine Publikation beigesteuert, in der er seine spezifische Sichtweise vorträgt. Seine „Kleine“ Geschichte umfasst immerhin 773 Seiten mit 465 Anmerkungen. Historiker und über wichtige Strecken auch Insider, hat er sich vor allem auf jene Bereiche konzentriert, die zeitgenössisch als „Generallinie“ der Partei verstanden wurden. Er deckt auf, wie deren Erarbeitung und Durchsetzung den objektiv gegebenen Kräfteverhältnissen und Aktionsmöglichkeiten unterlag, nie alternativlos war und wie sehr damit machtpolitische und persönliche Auseinandersetzungen innerhalb der Parteiführung verbunden waren. Folgerichtig treten die Entscheidungssituationen in den Vordergrund – der Übergang von der Antihitlerkoalition zum Kalten Krieg und die Bildung von zwei deutschen Staaten, die Juniereignisse 1953 und der eingeschlagene „Neue Kurs“, der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen, die Berlin-Frage und die als „Mauerbau“ in die Historiografie eingegangenen Grenzsicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961, der „Prager Frühling“ und die Invasion der Staaten des Warschauer Paktes, Ulbrichts im Neuen Ökonomischen System gipfelnde Reformpolitik, sein Sturz und die in eine gesamtgesellschaftliche Krise führende zunehmend realitätsferne Politik unter Erich Honecker. Mit der chaotischen Grenzöffnung vom 9. November, die der Partei alle durchgreifenden Gestaltungs-

möglichkeiten entzog, endet für N. die Geschichte der SED.

Zu einem besonderen Anliegen dieser als „Lesebuch“ untertitelten Veröffentlichung, erklärt der Autor in der Vorbemerkung, er wolle ein möglichst gerechtes Urteil über Personen abgeben, was er besonders in seiner Beurteilung von Walter Ulbricht und Erich Honecker demonstriert. Es kann nicht überraschen, dass bei einem solchen Herangehen die derzeit dominierenden Interpretationen der SED-Geschichte gegen den Strich gebürstet werden. Das bedeutet allerdings nicht, dass hier kritische Sichten durch schönfärberische, rechtfertigende Darstellungen ersetzt werden. Aber N. beharrt auf der Legitimität einer Alternative zu dem das menschliche Leben auf unserem Planeten bedrohenden Spätkapitalismus. Er erklärt Geschichte nicht vom Ende her, sondern fragt nach den unter objektiven und subjektiven Bedingungen möglichen Handlungsspielräumen, betrachtet den Weg der SED beziehungsweise der DDR nicht isoliert, sondern als Ringen zwischen zwei sich bekämpfenden Gesellschaftssystemen und ist bemüht, auch das Verhältnis von Theorie und Praxis aufzudecken. Im Unterschied zu nicht wenigen anderen Autoren, sind bei ihm Ulbrichts Widersacher nicht per se die weitsichtigeren, der Situation besser gerecht werdenden Akteure.

So gelangt N. bei seiner Analyse bestimmter Entscheidungssituationen zu bedenkenswerten Einschätzungen: Seiner Ansicht nach wäre 1953 ein Flächenbrand „wohl weitgehend einzudämmen, wenn nicht gar zu verhindern gewesen, hätte nicht eine Vielzahl von Fehlern der Parteiführung und vor allem Ulbrichts den Ini-

tiatoren und Wortführern des Ausstands in Berlin geholfen ... Das zentrale Krisenmanagement, welches man nach den Korrekturbeschlüssen für überflüssig hielt, versagte kurzfristig völlig“ (S. 117/118). Obwohl er ernstzunehmende Gründe für die Grenzsicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 anführt, fällt seine Gesamteinschätzung illusionslos aus: Die DDR „hatte eine schwerwiegende offene Feldschlacht im Kalten Krieg der Systeme verloren ... Ein Offenhalten der Grenze und damit das Recht auf Freizügigkeit zu garantieren war zu diesem Zeitpunkt unvereinbar mit der Bewahrung der Existenz des Staates.“ (S. 330)

Den erfolgreichsten Entwicklungsabschnitt der DDR hat N. überschrieben: „Das ‚rote Wirtschaftswunder‘“. Im Vordergrund steht selbstverständlich das nach der Ablösung Chruschtschows von sowjetischer Seite beargwöhnte Neue Ökonomische System, das von einer flexiblen Jugendpolitik, Reformen der Justiz und einer neuen Verfassung der DDR, von deutschlandpolitischen Initiativen und einen neuem Umgang mit der SPD der Ära Brandt tangiert wurde. Das „Kahlschlag-Plenum“, mit dem die kulturelle Szenerie der DDR und viele Schriftsteller, Künstler und Kulturpolitiker persönlich schwer beschädigt wurden, deutet er primär als eine Inszenierung des von Ulbricht wiederholt brüskierten konservativen Flügels der Führungscrew der SED gegen die Reformpolitik des Ersten Sekretärs und Staatsratsvorsitzenden. Der Einmarsch der Staaten des Warschauer Paktes in die ČSSR, wurde – N. zufolge – von Ulbricht keineswegs herbeigesehnt, aber mitgetragen.

Nachdenklich sollte den Leser auch die

Bewertung der Verdrängung Ulbrichts von der Parteispitze stimmen, die dieser als braver Parteisoldat diszipliniert hinnahm. Der Verf. meint, dass Ulbricht die Hoffnung gehegt habe, er könne auf dem VIII. Parteitag der SED noch die Prinzipien seiner Wirtschaftsstrategie sowie seine deutschlandpolitische Konzeption verankern, um dann selbstbestimmt seine Spitzenämter niederzulegen. „Sich Rückendeckung im ZK und in der Parteimitgliedschaft zu verschaffen, wäre die einzige Chance für Ulbricht gewesen, sich eventuell durchzusetzen. Er erwog oder wagte sie nicht, vielleicht eine Frage des Alters. So sollte er Opfer des auch von ihm geprägten und fortwirkenden stalinistischen Parteistils werden.“ (S. 543/544). Auf die Frage, wieso Ulbricht Honecker solange gewähren ließ und keinen seine Intensionen fortführenden Nachfolger gesucht hat, vermag auch N. keine Antwort zu geben.

Der Rest ist vielen noch in frischer Erinnerung: Von der Bevölkerung gern angenommene, aber ökonomisch nicht gedeckte sozialpolitische Geschenke, fortschreitende internationale Anerkennung der DDR und Beiträge der DDR zur Entspannungs- und Abrüstungspolitik, bei zunehmendem Realitätsverlust angesichts der sich verschlechternden ökonomischen und politischen Konditionen der DDR, einmündend in eine gesamtgesellschaftliche Krise. Dieser Entwicklung stand Honecker orientierungs- und sprachlos gegenüber, allzu lange toleriert von einem zwiespältigen, tatenlosen Politbüro. Das Urteil des Verf. über die verspäteten, hilflos wirkenden Korrekturbemühungen unter Egon Krenz fällt sehr ernüchternd aus. So markiert die

Grenzöffnung vom 9. November 1989 für ihn das eigentliche Ende der SED.

Der Leser mag nicht jede Wertung des Autors belächeln, seine Sympathie für den späten Ulbricht nicht in diesem Maße teilen und manche Lücke registrieren. Doch es verdient hohe Anerkennung, wie N. der generellen Delegitimierung der DDR entgegentritt, die objektiven und subjektiven Widersprüche ihres Entwicklungsweges aufdeckt, die Politik der SED sowie die Ursachen ihres Scheitern aus äußeren und inneren Ursachen erklärt, auf die immer auch die nicht konsequent zu Ende geführte Überwindung des Stalinismus einwirkte. Und das in einem Buch, das viel authentisches Material unterbreitet und gut lesbar ist.

Günter Benser

Baudenkmal bundesschule bernau e. V. (Hrsg.): Der Architekt Georg Waterstradt – Ein Lebensbild. Zum 70. Jahrestag der Grundsteinlegung für die Erweiterungsbauten der Bundesschule Bernau am 14. Mai 1950. Beiträge zur Bau- und Nutzungsgeschichte, Heft 9, Februar 2020. 200 Seiten, 65 Illustrationen, 5 €.

Die Bundesschule des ADGB in Bernau gehört zum UNESCO-Weltkulturerbe und ist einer der bekanntesten Gebäudekomplexe aus der Bauhaus-Schule. Das „Bauhaus“ mit seinen wohl bekanntesten Architekten Walter Gropius und Mies van der Rohe erlebte 2019 seinen 100. Geburtstag. Ob es gebührend gewürdigt wurde ist eine andere Frage, die ich jedenfalls nicht eindeutig beantworten würde. Umso wichtiger

ist es, an einen Architekten zu erinnern, der mit seinen Erweiterungsbauten der nun dem FDGB gehörenden Bundesschule, deren Grundsteinlegung am 14. Mai 1950 erfolgte, das heutige Erscheinungsbild mitformte: Georg Waterstradt (1915-1990). Wie die Architekten der ADGB-Bundesschule, Hannes Meyer und Hans Wittwer, ist Waterstradt so gut wie vergessen, auch weil sein Stil dem damaligen Verständnis von sozialistischem Bauen nicht völlig entsprach und als „Modernismus“ abgetan wurde, andererseits weil die Nachwendezeit ihre Ignoranz gegenüber DDR-Leistungen nicht ablegen mochte.

Der Verein „Baudenkmal bundesschule bernau e. V.“ hat mit dem 9. Heft der Schriftenreihe, verantwortet von Dr. Peter Steininger und Dr. Joachim Böttcher, Georg Waterstradt wieder in das Gedächtnis unserer Zeit zurück geholt. Dabei erwähnt Steininger in seinem Eröffnungsbeitrag, dass es Waterstradt in der DDR, in der er sich „mit aller Kraft, viel Enthusiasmus und politischem Glauben für die Schaffung einer neuen Gesellschaft engagierte“, nicht immer einfach hatte. Im Laufe der „Formalismusdebatte“ der Fünfzigerjahre, in der auch der Bauhausstil u. a. von Walter Ulbricht abgekanzelt wurde, geriet Waterstradts dem Bauhaus folgender Erweiterungsstil in Misskredit. Doch der Architekt und Gewerkschafter trug Vieles mit Fassung, wenngleich es ihm eine besonders schwelende Kränkung blieb, dass sein Schaffen stets ohne die Erwähnung des Bernauer Projekts gewürdigt wurde.

Waterstradt wurde, wie Böttcher in seinem biografischen Beitrag schreibt, am 8. Juni 1915 in Breslau geboren. Da sein

Vater als Musiker, Sozialdemokrat und Gewerkschafter auch politisch aktiv war, lag eine linke Politisierung nahe. Nach einer kurzen Mitgliedschaft im Sozialistischen Schülerbund trat Waterstradt 1932 dem KJVD bei. Da seine Mutter der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörte, erfuhr die Familie von Beginn der NS-Diktatur an Diskriminierungen und Verfolgungen. Seit November 1932 Mitglied der KPD, wurde Waterstradt durch den SA-Mord am Reichsbannermann und Studenten Walter Steinfeld in Breslau zum überzeugten Antifaschisten. Das trug ihm, nachdem seine Widerstandstätigkeit an der schlesisch-tschechischen Grenze verraten worden war, eineinhalb Jahre Haft und Folter ein. Viele seiner Lebensstationen werden mit Dokumenten und Fotos, die zum Teil dem Familiennachlass entstammen, illustriert.

Seit Februar 1949 arbeitete Waterstradt als Angestellter für den FDGB als Leiter der Vermögensverwaltung in Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone und kam noch vor der DDR-Gründung mit dem Projekt „Bundesschule“ in Kontakt. Doch sollte sie nicht in Bernau bleiben, wie unter der Ägide des ADGB, sondern in der Nähe des Brandenburger Tores neu entstehen. Doch in der SED sträubte man sich dagegen, so dass nun Bernau zum Bauort werden konnte. Auch der Wiederaufbau des zerstörten Gewerkschaftshauses am Michaelkirchplatz zählte nun zu den Aufgaben Waterstradts als Architekt und Bauleiter. In direkter Anlehnung an den Bauhausstil der ADGB-Bundesschule (Meyer/Wittwer) ergänzten Waterstradts Pläne das Ensemble. Durch die neuen Baukörper wurde nun ein dreieckiger Innenhof geformt; das Gesamt-

ensemble fügt sich, wie Böttcher schreibt, reizvoll in die umgebende Landschaft ein. Es folgten weitere wichtige berufliche Stationen Waterstradts, der sich ebenso für den Wohnungsbau, in den Gewerkschaften und als Publizist betätigte. Am 2. Oktober 1990 verstarb er in Berlin. Er hatte vorher den Verein „Baudenkmal bundesschule bernau e. V.“ mitgegründet, um die Zerschlagung des Ensembles zu verhindern.

Es folgt ein Kapitel mit Erinnerungen an Waterstradt. Seine Tochter Doris Olhöft beschreibt ihn mit großer Nähe und Zuneigung. Seine prinzipiell solidarische, aber mitunter durchaus kritische Haltung zum realen Sozialismus und seinen Antifaschismus habe er nie aufgegeben. Lothar Lindner, langjähriger Vorsitzender der FDGB-Gewerkschaft IG Bau-Holz hebt besonders die Arbeit des Architekten und Bauleiters an der Seite der Gewerkschaften hervor, z. B. als Chefredakteur von „Der Bau“, der offiziellen Gewerkschaftszeitung, oder als Mitherausgeber der „Chronik Bauwesen DDR“. Friedrich Karl Borck vom Verein „bbb“ erinnert sich an die Gründungsveranstaltung am 4. Mai 1990 in Räumlichkeiten der Bundesschule.

Unser Vereinsmitglied Prof. Dr. Heinz Deutschland beschließt den Reigen der Texte mit einer ergänzten Fassung seiner Rede vom 4. Mai 1990: „Die Bernauer Gewerkschaftsschule im Wandel der Zeiten“ anlässlich des 60. Jahrestages der Eröffnung der Bundesschule des ADGB 1930. In diesem Text erfährt man Wesentliches über die Entstehung der Bundesschule und über den Tag ihrer feierlichen Eröffnung in Anwesenheit z. B. von Johannes Sassenbach und Theodor Leipart. Wir lesen über die

Unterrichtsgestaltung und die Lehrangebote und über die Synthese von Natur und Architektur, die die Bundesschule so reizvoll machte. Heinz Deutschland gibt uns Einblick in die klassische Bibliothek, aber auch in das Hineinbrechen der Dunkelheit mit Beginn der Nazidiktatur. Natürlich erinnert auch Heinz Deutschland an Waterstradt und seine Rolle beim Wiederaufbau der Gewerkschaften und ihrer Häuser. Eine Chronik der wichtigsten Lebensdaten

Waterstradts und je ein repräsentatives Literatur- und Personenverzeichnis runden das Heft ab, das uns in zwei Epochen deutscher Gewerkschaftsgeschichte zurückführt und an einen Architekten erinnert, der aus den Erfahrungen der Weimarer Republik und des Kampfes gegen ihre Zerstörer, die Faschisten, an der Seite der Gewerkschaften Wertvolles leistete.

Holger Czitrich-Stahl

Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung

4

trafo Wissenschaftsverlag
in der trafo Verlagsgruppe
Dr. Wolfgang Weist, Berlin
62. Jahrgang 2020

- Jörg Wollenberg: Auf der Suche nach der „Volksgemeinschaft“ –
Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft nach 1918 5
- Oliver Reschke: Einmal Kommunist, immer Kommunist 69
- Silke Neunsinger: Arbeitergeschichte im Keller? Zur Bedeutung der
Archive und Bibliotheken der Arbeiterbewegung in Skandinavien
für die Arbeitergeschichte 73
- Ulrich Busch: Geld und Geldkritik im Staatssozialismus 83
- Günter Wehner: Gegen das Vergessen und Verdrängen. Zum Erschei-
nen des abschließenden 10. Bandes der zweiten Auflage des Lexikons
„Widerstand in Berlin gegen das NS-Regime 1933 bis 1945. Ein biogra-
phisches Lexikon“ 103
- Holger Czitrich Stahl / Rainer Holze: 30 Jahre deutsche Einheit –
30 Jahre ostdeutsche Historiografie. Interview mit Prof. Dr. Siegfried
Prokop 107
- Würdigung
- Holger Czitrich-Stahl: 90 Jahre und kein bisschen leise. Prof. Dr.
Günter Benser zum 90. Geburtstag 121

Siegfried Prokop: Prof. Dr. Jörg Roesler – Pionier der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung – Eine Würdigung zum 80. Geburtstag 133

Rezensionen

Mitteilungen. Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V., Nr. 58, September 2020, 99 S., ISSN 1869-3709. (*Rainer Holze/Eckard Müller*) 136

Florence Hervé (Hg.): Mit Mut und List. Europäische Frauen im Widerstand gegen Faschismus und Krieg. Neue Kleine Bibliothek 283, 294 S., PapyRossa Verlag GmbH & Co. KG, Köln 2020, ISBN 978-3-89438-724-2. (*Helga E. Hörz*) 138

Siegfried Prokop: Lebenswege in der DDR. Skizzen und Beiträge zu Persönlichkeiten aus Kultur, Politik und Wissenschaft. edition bodoni (Neuruppin-Buskow), 1. Auflage, 2018, 287 S., ISBN 978-3-947913-05-3. (*Rainer Holze*) 142

Karsten Heinz Schönbach: Faschismus und Kapitalismus. Ein Bündnis zur Zerschlagung von Demokratie und Arbeiterbewegung. Mit einer Dokumentation aus den geheimen Dokumenten der Hitler-Förderer aus Großindustrie und Hochfinanz. trafo Wissenschaftsverlag, Berlin 2020, 365 S., ISBN 978-3-86464-062-9. (*Oliver Reschke*) 144

Egginger Gonzales, Dennis: der Rote Stoßtrupp. Eine frühe linkssozialistische Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus. Lukas Verlag, Berlin 2018, 794 S., ISBN 978-3-86732-274-4. (*Günter Wehner*) 150

Niklas Frank: Auf in die Diktatur! Die Auferstehung meines Nazi-Vaters in der deutschen Gesellschaft. Ein Wutanfall von Niklas Frank. 2020 by Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH. ISBN 978-3-8012-0566-9. (*Helga E. Hörz*) 152

Walter Schmidt, Erinnerungen eines deutschen Historikers. Vom schlesischen Auras an der Oder übers vogtländische Greiz und thüringische Jena nach Berlin. Autobiografie. trafo Literaturverlag Berlin. 2. Aufl. 2020, 558 S., ISBN 978-3-86475-112-0 (<i>Kurt Wernicke</i>)	154
Die DDR als kulturhistorisches Phänomen zwischen Tradition und Moderne. Hrsg. von Dorothee Röseberg / Monika Walter. (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Band 63). Berlin: trafo Wissenschaftsverlag 2020, 343 S. ISBN 978-3-86464-214-2. (<i>Horst Groschopp</i>)	158
Dierk Hirschel, Das Gift der Ungleichheit. Wie wir die Gesellschaft vor einem sozial und zerstörerischen Kapitalismus schützen können. Bonn: Verlag J.H.W. Nachf. GmbH 2020; ISBN 978-3-8012-0570-6, 256 S. (<i>Herbert Hörz</i>)	163
Kalender 2021. Wegbereiterinnen XIX. AG SPAK Bücher (Neu-Ulm 2020), ISBN 13-978-3-945959-49-7. (<i>Rainer Holze</i>)	166
Jahresinhaltsverzeichnis 2020	169

